

Baden-Württemberg postmigrantisch

Einstellungen der Bevölkerung Baden-Württembergs zu Musliminnen und
Muslimen in Deutschland

Coşkun Canan, Naika Foroutan, Mara Simon, Albrecht Hänig

Länderstudie Baden-Württemberg

Impressum:

Canan, Coşkun/ Foroutan, Naika/ Simon, Mara/ Hänig, Albrecht (2018): Baden-Württemberg postmigrantisch – Einstellungen der Bevölkerung Baden-Württembergs zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland, Berlin.

Alle Rechte liegen bei den Autorinnen und Autoren.

Humboldt-Universität zu Berlin
Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät
Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
Forschungsprojekt „Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)“
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Layout und Satz:

Die Sprachkiste, Priska Schorlemmer, Mannheim, www.die-sprachkiste.de

Druck:

Hausdruckerei der Humboldt-Universität zu Berlin

ISBN: 978-3-945654-14-9

Coverbild: © GeoBasis – DE / BKG 2014, <http://www.bkg.bund.de>; bearbeitet

Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin (BIM) wird durch die Gemeinnützige Hertie-Stiftung und den Deutschen Fußball-Bund (DFB), die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert und unterstützt.

Die Forschungsgruppe JUNITED – Junge Islambezogene Themen in Deutschland ist ein Förderprojekt der Stiftung Mercator im Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Autorinnen und Autoren

Coşkun Canan

Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)

Naika Foroutan

Stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)

Mara Simon

Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)

Albrecht Hänig

Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)

Inhalt

Verzeichnis der Abbildungen	9
Verzeichnis der Tabellen	11
Zusammenfassung zentraler Ergebnisse	13
Einleitung	15
Forschungsstand.....	21
Methodik	23
I. Baden-Württemberg als postmigrantisches Bundesland?	25
Migrationsgeschichte Baden-Württembergs	25
Demographie	26
Politik und Integration in Baden-Württemberg.....	28
Musliminnen und Muslime in Baden-Württemberg	33
Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Baden-Württemberg	37
Salafismus in Baden-Württemberg.....	41
Zwischenfazit I	44
II. Einstellungen der Bevölkerung Baden-Württembergs zu religiöser Vielfalt am Beispiel der Akzeptanz von Islam und Muslimen in Deutschland.....	45
1. Diversitätsbezüge: Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen in Baden-Württemberg..	45
Stereotype und Vorurteile	45
Verhältnis zwischen der eigenen Gruppe und der Gruppe der Musliminnen und Muslime.....	47
Zwischenfazit II	50

2.	Religionsbezüge: Einstellungen zu religionspolitischen Themen.....	51
	Beschneidung	51
	Moscheebau	53
	Religionsunterricht	54
	Das Kopftuch im Klassenzimmer	56
	Zwischenfazit III	59
3.	Wissens- und Kontaktbezüge: Wissen über und Kontakt zu Musliminnen und Muslimen.....	59
	Wissen	60
	Wissensquellen.....	61
	Bezugsgröße: Wie hoch wird der Anteil der Musliminnen und Muslime in Deutschland geschätzt?	61
	Kontakt.....	62
	Zwischenfazit IV	64
	Gesamtfazit.....	65
III.	Schlussfolgerungen/Empfehlungen.....	69
1.	Institutionelle Verankerung erneuern.....	69
2.	Islamischen Religionsunterricht ausweiten – strukturelle Anerkennung des Islams vorantreiben ...	69
3.	Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Teilbereichen vorantreiben	70
	Literaturverzeichnis	71
	Bisherige Veröffentlichungen der Forschungsgruppe im Rahmen der Erhebung des UNITED-Projektes	85
	Kontakt	87

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1:	Einstellungen der Bevölkerung Baden-Württembergs zu Musliminnen und Muslimen (in Prozent, gewichtet) ...	46
Abbildung 2:	Einstellungen zu Musliminnen und Muslimen im restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet).....	47
Abbildung 3:	Stereotypisierung von Musliminnen und Muslimen in der Bevölkerung Baden-Württembergs (in Prozent, gewichtet)	48
Abbildung 4:	Stereotypisierung von Musliminnen und Muslimen im restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet).....	49
Abbildung 5:	Bereitschaft zu mehr Anerkennung gegenüber Musliminnen und Muslimen in Baden-Württemberg und im restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet)	50
Abbildung 6:	Einstellungen zur Aussage „Die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen sollte verboten werden“ in der Bevölkerung Baden-Württembergs im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet)	53
Abbildung 7:	Einstellungen zum Moscheebau in der Bevölkerung Baden-Württembergs im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet)	54
Abbildung 8:	Einstellungen zu islamischem Religionsunterricht in der Bevölkerung Baden-Württembergs im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet)	56
Abbildung 9:	Einstellungen zum Tragen des Kopftuches bei Lehrerinnen in der Bevölkerung Baden-Württembergs im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet)	59
Abbildung 10:	Einschätzung des eigenen Wissens über Muslime (in Prozent, gewichtet).....	60
Abbildung 11:	Kontakt der Bevölkerung Baden-Württembergs zu Musliminnen und Muslimen in unterschiedlichen Bereichen (in Prozent, gewichtet).....	63

Abbildung 12: Kontakt zu Musliminnen und Muslimen im restlichen Bundesgebiet in unterschiedlichen Bereichen (in Prozent, gewichtet)..... 64

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg laut Mikrozensus 2014.....	27
Tabelle 2:	Bevölkerung in Baden-Württemberg nach Religion.....	28
Tabelle 3:	Am häufigsten genannte Wissensquellen zu Musliminnen und Muslimen (Mehrfachnennung möglich) (in Prozent, gewichtet).....	61
Tabelle 4:	Schätzung des Anteils der Musliminnen und Muslime an der Bevölkerung in Deutschland (in Prozent, gewichtet)	62

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen überwiegend positiv – aber auch negative Einstellungen vorhanden

- *Baden-Württemberg ist Musliminnen und Muslimen gegenüber mehrheitlich offen eingestellt:* 63,5 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg sind der Meinung, dass die eigene Gruppe Musliminnen und Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen sollte. Weiterhin lehnt eine deutliche Mehrheit (73,4 Prozent) der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger das Stereotyp, Musliminnen und Muslime seien eine soziale Belastung in Deutschland, ab. Zudem empfinden 54,3 Prozent der Befragten die muslimische Kultur als bereichernd.
- *Gleichzeitig spielen bei einem nicht unerheblichen Teil der Befragten in Baden-Württemberg Stereotypisierungen von Musliminnen und Muslimen eine Rolle:* So meinen fast 28 Prozent der befragten baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger, Musliminnen und Muslime seien aggressiver als sie selbst. Ungefähr jeder Vierte (27,3 Prozent) findet, dass Musliminnen und Muslime viele Dinge in Deutschland bedrohen, die die Befragten für gut und richtig halten.
- *Bildungsbezogene Stereotype sind bei einem Drittel der baden-württembergischen Befragten weiterhin vorhanden:* So betrachten fast 32,5 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung Musliminnen und Muslime nicht im gleichen Maße als bildungsorientiert wie sie selbst. Zwar wären 63,7 Prozent der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger bereit, das eigene Kind auf eine Schule zu schicken, in dem jedes vierte Kind muslimisch ist. Dem steht aber gegenüber, dass fast ein Drittel (32,6 Prozent) nicht dazu bereit wäre.

Religionspolitische Fragen

- *Knapp 60 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung sprechen sich gegen die Beschneidung von Jungen aus:* In Baden-Württemberg fordern – sehr ähnlich zum restlichen Bundesgebiet – 60,6 Prozent ein Verbot religiöser Beschneidung von Jungen.
- *46,7 Prozent der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger sprechen sich für die Einschränkung vom Bau öffentlich-sichtbarer Moscheen aus.* Bzgl. der Einstellungen zum Bau von Moscheen unterscheidet sich Baden-Württemberg nicht signifikant vom restlichen Bundesgebiet.

- *Fast 70 Prozent der Befragten befürworten den islamischen Religionsunterricht:* Wie auch im restlichen Bundesgebiet spricht sich eine Mehrheit (68,0) für den islamischen Religionsunterricht aus.
- *Über 50 Prozent der Befragten lehnen das Kopftuch bei Lehrerinnen ab:* Eine Mehrheit in Baden-Württemberg (53,2 Prozent) lehnt das Kopftuch bei Lehrerinnen ab. Trotz der höheren Ablehnung unterscheidet sich Baden-Württemberg nicht signifikant vom restlichen Bundesgebiet.

Baden-württembergische Bürgerinnen und Bürger schätzen ihr Wissen über Muslime häufig als gering ein

- *Geringes Wissen über Musliminnen und Muslime:* Ein großer Teil der baden-württembergischen Befragten (ca. 62 Prozent) schätzt sein Wissen über Musliminnen und Muslimen als gering ein. Ihr Wissen beziehen baden-württembergische Bürgerinnen und Bürger vor allem aus Gesprächen mit Musliminnen und Muslimen (ca. 50 Prozent).
- *Fast 70% überschätzen den Anteil der Musliminnen und Muslime an der Bevölkerung in Deutschland:* Der Anteil der Musliminnen und Muslime an der Bevölkerung in Deutschland, der bei ca. fünf Prozent liegt, wird von 69,9 Prozent der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger teilweise stark überschätzt: 19,2 Prozent der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger vermuten dabei den Anteil zwischen 11 und 20 Prozent. Der Anteil derjenigen, die den Anteil mit 21 Prozent und mehr sehr stark überschätzen, liegt bei 27,5 Prozent. Auch hier entsprechen die Zahlen für die baden-württembergische Bevölkerung in etwa dem restlichen Bundesgebiet.
- *Die Kontakthäufigkeiten zu Musliminnen und Muslimen sind in Baden-Württemberg unterschiedlich stark ausgeprägt:* So haben in Baden-Württemberg 23,9 Prozent sehr oft oder oft und 42,9 Prozent manchmal oder selten Kontakt zu Musliminnen und Muslimen im Freundes- bzw. Bekanntenkreis. Am Arbeitsplatz hingegen haben 39,2 Prozent sehr oft oder oft und 30,2 Prozent manchmal oder selten Kontakt. Insgesamt sind die Kontaktbezüge in Baden-Württemberg stärker ausgeprägt als im restlichen Bundesgebiet

Einleitung

Forschungsgruppe

Die vorliegende Studie wurde durch die Forschungsgruppe „Junge Islambezogene Themen in Deutschland“ (JUNITED) an der Humboldt-Universität zu Berlin erstellt. Die Studie begleitet mit ihren wissenschaftlichen Ergebnissen die Junge Islam Konferenz (JIK).¹ Die Junge Islam Konferenz – Deutschland ist ein Dialogforum und Multiplikatorinnen- und Multiplikatorennetzwerk junger Menschen im Alter von 17 bis 25 Jahren. Sie ist ein Projekt der MUTIK gGmbH und der Humboldt-Universität zu Berlin, gefördert durch die Stiftung Mercator. Als bundesweites Forum bietet die Junge Islam Konferenz jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund eine Plattform für Wissensgewinn, Austausch und Teilnahme an gesellschaftlichen Debatten über die Rolle des Islam in Deutschland. Seit 2013 gibt es neben dem etablierten Dialogforum auf Bundesebene auch Dialogforen auf Länderebene. Alle Bundesländer können sich weiterhin für die Einrichtung und Durchführung einer Jungen Islam Konferenz als mehrjähriges Länderprogramm bewerben. Die JIK wurde in den Bundesländern Hamburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen bereits erfolgreich durchgeführt. In der JIK geht es darum, Islam- und Muslimbilder zu thematisieren und junge, selbstverständlichere Vorstellungen von Vielfalt im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Ein gesamtgesellschaftlicher Diskussionsprozess rund um das Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft soll angestoßen, Konflikte angesprochen und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden. Die JIK begreift sich deshalb als ein Projekt der außerschulischen politischen Bildungsarbeit für junge Menschen, die unter dem Motto „Haltung statt Herkunft“ zu den Themenfeldern Islam und Muslime und zum Umgang mit Vielfalt und Differenz in Deutschland arbeiten.

Die Forschungsgruppe JUNITED ist ein Förderprojekt der Stiftung Mercator an der Humboldt-Universität zu Berlin im Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM).²

Studienreihe

Die Länderstudie zu Baden-Württemberg basiert auf einem im Jahr 2014 bundesweit erhobenen Datensatz zu Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Gesellschaft, Religion und Identität. Die Daten wurden in Zusammenarbeit mit dem an der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelten Zentrum für empirische Sozialforschung (ZeS) erhoben.³ Die Größe des Datensatzes (n=8270) und die disproportional geschichtete Stichprobe erlauben es, Aussagen nicht nur für

1 Website der JIK: www.junge-islamkonferenz.de

2 Website des BIM: www.bim.hu-berlin.de

3 Website des ZeS: <https://www.sowi.hu-berlin.de/lehrbereiche/empisoz/zes>

Gesamtdeutschland, sondern auch für einzelne Bundesländer zu treffen. So mündete der Datensatz bereits in drei Bundes- (Foroutan et al. 2014a; Foroutan et al. 2015b; Canan and Foroutan 2016) und vier Länderstudien zu Hamburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (Foroutan et al. 2014b; Foroutan et al. 2015a; Foroutan et al. 2016; Canan et al. 2016). Es ist geplant aus dem erhobenen Bundesdatensatz einzelne Länderauskopplungen für möglichst viele Bundesländer vorzustellen, um am Ende der Projektphase ein breites Bild der Einstellungen in Deutschland zur pluralen postmigrantischen Gesellschaft zeichnen zu können. Die vorliegende Länderstudie zu Baden-Württemberg stellt die fünfte Studie in dieser Reihe dar und basiert auf den Vorgängerstudien. Die empirischen Daten der Studie stammen aus dem Frühjahr 2014. Die Umfrage wurde also zu einem Zeitpunkt durchgeführt, der nicht von gesellschaftlichen Verunsicherungen gekennzeichnet war, wie derzeit durch die Debatten um Fluchtmigration. Die Umfrage fängt damit eher eine Stimmung in der Bevölkerung aus einer Zeit auf, die relativ wenig von hitzigen gesellschaftlichen Kontroversen zu Migrationsfragen geprägt war. Sie zielt nicht darauf ab Einstellungen zu und Bewertung von aktuellen Migrationsfragen zu erfassen.

Inhaltlich befasst sich die Erhebung mit der Abwertung und Anerkennung von Minderheiten in Gesellschaften, die von Migration geprägt sind. Der Umgang mit kulturellen, ethnischen⁴, religiösen und nationalen Minderheiten wird hierbei exemplarisch am Beispiel der Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen in Deutschland als der größten religiösen Minderheit in diesem Land erhoben. Die Islam- und Muslimbilder dienen dabei als Gradmesser der gesellschaftlichen Haltung gegenüber einer sich pluralisierenden und heterogenisierenden Gesellschaft, die hier in ihrem Aushandlungsprozess als postmigrantisch bezeichnet werden soll.

Die Forschungsgruppe geht in der Studienreihe der Fragestellung nach, welche Einstellungen zu Gesellschaft, Religion und Identität sich bei der Bevölkerung in Deutschland finden lassen, nachdem sich von politischer Seite die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Deutschland ein Einwanderungsland oder – mehr noch – eine Migrationsgesellschaft (Brodin and Mecheril 2007) geworden ist, die von Migration in Form von Ein- und Auswanderung geprägt ist.

Die vorliegende Länderauskopplung stellt dar, welche Einstellungen die Bevölkerung Baden-Württembergs gegenüber Diversität und religiöser Vielfalt – am Beispiel der Einstellung gegenüber der muslimischen Bevölkerung – aufweist. Sie soll

4 „Ethnisch“ beschreibt die Fremd- wie auch Selbstzuschreibung zu bestimmten Gesellschaftsgruppen. Merkmale und Zugehörigkeitskriterien von Gruppen unterliegen allerdings einem beständigen Wandel, so dass die Vorstellung von festen, klar abgrenzbaren und quasi-natürlichen „Ethnien“ die Gefahr der Essentialisierung, Festschreibung und Vereinheitlichung birgt. In der vorliegenden Studie werden diese Begriffe sozialkonstruktivistisch verwendet: Sie dienen der Anerkennung bestehender Fremd- und Selbstzuschreibungen (etwa als „kurdisch“ oder „sorbisch“) bei dem gleichzeitigen Wissen darum, dass diese Zuschreibungen und Zugehörigkeiten gerade in der postmigrantischen Gesellschaft von Wandel und Widersprüchen geprägt sind.

damit Politik, Schulen, Behörden, NGOs, Studierenden und Lehrenden, fachlich und gesellschaftspolitisch interessierten Leserinnen und Lesern und nicht zuletzt den Mitgliedern der Jungen Islam Konferenz einen wissenschaftlich fundierten Überblick über den Stand der Aushandlungsprozesse im Bundesland und die Einstellungen dazu in der Bevölkerung geben.

Postmigrantische Gesellschaften

In Politik und Gesellschaft hat sich die Wahrnehmung durchgesetzt, dass Migration kein temporärer Status mehr ist, sondern mittel- und langfristig eine strukturelle, soziale, kulturelle und emotional-identifikative Transformation von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zur Folge hat. Für uns stellen sich daher folgende Fragen:

Was passiert NACHDEM Migration als konstituierender Bestandteil der Gesellschaft politisch anerkannt worden ist und Deutschland nun als Einwanderungsland gilt? Als postmigrantisch sollen daher jene Gesellschaften bezeichnet werden, in denen:

1. eine politische Anerkennung erfolgt, ein Einwanderungsland zu sein – das gilt für Deutschland offiziell seit der Süßmuth-Kommission 2001;
2. Rechte, Repräsentationen, Positionen und Partizipation von Minderheiten auf Basis ihrer Zugehörigkeit zum Einwanderungsland Deutschland offensiv ausgehandelt werden;
3. Migration zu einem omnipräsenten Thema im öffentlichen Diskurs geworden ist. Die Positionierungen sind dabei ambivalent – geprägt von vermehrtem Kontakt auf der einen Seite und gleichzeitig fehlendem Wissen auf der anderen Seite, von Identitätspolitik, von kognitiver Akzeptanz und emotionaler Distanz;
4. Neue Allianzen außerhalb kultureller, ethnischer, religiöser und nationaler Herkunft entstehen. Die Positionierung findet vor allem entlang einer Haltung zu Migration und Pluralität statt;
5. Migrations- und vielfaltsoffenen Einstellungen stehen migrationsfeindliche Positionierungen antagonistisch gegenüber, womit sich Pole bilden, die sich über das Migrantische hinaus abwehren.

Dieser Wandel in eine postmigrantische Gesellschaft, die Migration irgendwann als globale Kontinuität begreift und das Migrantische, also die reale oder zugeschriebene Herkunft, als Trennungslinie hinter sich lässt, geht auch mit Reibungen und Konflikten einher. Migration ist in diesen Gesellschaften als Thema keineswegs „überwunden“, sondern omnipräsent. Minderheitenrechte und -positionen werden ausgehandelt sowie die Frage nach der nationalen Identität neu gestellt. Dementsprechend sind postmigrantische Gesellschaften auch von einem Konflikt

zwischen Migrationsbefürwortern und -gegnern geprägt, was sich zuletzt auch exemplarisch an den Pegida- und No-Pegida-Demonstrationen beobachten lassen konnte.⁵

Der für die Titelreihe gewählte Terminus „postmigrantisch“ steht hier für eine Analyseperspektive auf Aushandlungsprozesse, die in Kommunen, Städten, Regionen und Bundesländern in Deutschland stattfinden, nachdem Migration als politische Realität anerkannt worden ist. Postmigrantisch steht dabei nicht für einen Prozess der beendeten Migration, sondern für eine Gesellschaftsanalyse die sich mit den Konflikten, Identitätsbildungsprozessen, sozialen und politischen Transformationen auseinandersetzt, die nach erfolgter Migration einsetzen. Eine ausführlichere Darlegung unseres Verständnisses von „postmigrantisch“ findet sich in der Studie „Deutschland postmigrantisch III“ (Canan and Foroutan 2016; Foroutan 2016).

Um den Stand postmigrantischer Auseinandersetzungen in Deutschland zu erforschen, haben wir im Rahmen der Erhebung die Bevölkerung in Deutschland zu folgenden Aspekten befragt:

1. Diversitätsbezüge: Wie ist die Einstellung zu Differenz und zu Diversitätsprozessen, die sich durch und nach der Migration einstellen – sprich Einstellungen zu kultureller, ethnischer, religiöser und nationaler Vielfalt, die durch und nach Migrationsbewegungen entstehen? Welche Öffnungs- und welche Schließungsmuster sind gegenüber religiösen Minderheiten gegeben? Welche soziale Nähe wird hergestellt und wie manifestiert sich Distanz?
2. Religionsbezüge: Wie sind die Einstellungen zu den demokratisch legitimen Rechten von Minderheiten (in dem Fall Musliminnen und Muslimen) nach Partizipation, Sichtbarkeit und Gleichbehandlung? Welche Rechte werden ihnen zugestanden, welche verwehrt? Wird kulturell-religiöse Entfaltungsmöglichkeit gewährleistet und wertgeschätzt oder als Bedrohung empfunden und abgewertet? Welche räumliche Präsenz wird als legitim betrachtet und wo ist sichtbare Präsenz umstritten?
3. Wissens- und Kontaktbezüge: Wie hoch schätzt die Bevölkerung Baden-Württembergs ihr Wissen über Musliminnen und Muslime ein? Woher beziehen die baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger ihr Wissen? Sehen sie Musliminnen und Muslime als Teil ihrer Gesellschaft?

5 Einen sehr lesenswerten Beitrag zu Pegida lieferte der Soziologe Heinz Bude im Rahmen der Dresdener Reden 2015 im Dresdener Schauspielhaus (Bude 2015).

Die vorliegende Studie konzentriert sich bei der Auswertung der Ergebnisse auf die Einstellung der Bevölkerung Baden-Württembergs gegenüber Musliminnen und Muslimen. Die Akzeptanz einer pluralen, vielfältigen, postmigrantischen Gesellschaft als neuer deutscher Lebensrealität lässt sich am Umgang mit und der Einstellung zu kulturellen, ethnischen, religiösen oder nationalen Minderheiten messen. Eine der größten kulturellen bzw. religiösen Minderheiten in diesem Land sind derzeit Musliminnen und Muslime. Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass der Umgang mit jener Gruppe als „Seismograph“ gesehen werden kann, um die Einstellungen gegenüber Konzepten wie Diversität, Vielfalt, Pluralität und freiheitlich-demokratischer Grundordnung innerhalb der Gesamtbevölkerung bzw. in diesem Fall innerhalb der Bevölkerung Baden-Württembergs zu messen.

Im ersten Teil der Länderstudie werden einige soziokulturelle und -strukturelle Hintergrundinformationen zu Baden-Württemberg gegeben: Wie divers und vielfältig ist das Bundesland? Wo leben Musliminnen und Muslime in Baden-Württemberg? Wie stark ist die Abwehrhaltung gegenüber Diversität (festgemacht an rechtspopulistischen, rechtsextremistischen und salafistischen Strömungen)?

Im zweiten Teil des Heftes wird Datenmaterial zur Analyse der Einstellungen von baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Vielfalt und Heterogenität mit Bezug auf die größte religiöse Minderheit in Deutschland präsentiert. Hier werden Distanz- und Näherrelationen überprüft, um die Bezugspunkte der Bevölkerung Baden-Württembergs zu Diversität zu messen. Von Interesse ist dabei, welche Rolle Stereotype und Fremdgruppenmarkierungen für die Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen spielen. Außerdem werden die Einstellungen zu religionspolitischen Themen wie Beschneidung, Moscheebau, (islamischem) Religionsunterricht und Kopftuch untersucht und in den rechtlichen Kontext eingeordnet.

Anschließend werden die Wissensbezüge der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger erfasst. Auf welcher Bezugsgröße bauen sie ihr Wissen auf? Über- oder unterschätzen sie den Anteil der Musliminnen und Muslime an der deutschen Bevölkerung? Dabei werden die Ergebnisse für Baden-Württemberg mit den Ergebnissen für das restliche Bundesgebiet verglichen.

Forschungsstand

Um die Ergebnisse der vorliegenden Erhebung zu Einstellungen der baden-württembergischen Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen in Deutschland einordnen zu können, sollen in diesem ersten Teil bereits erschienene und für unsere Publikation relevante Veröffentlichungen zusammengetragen werden. Wie sehen Nähe- und Distanzrelationen gemessen anhand von ausgrenzenden Einstellungen, Diskriminierungswahrnehmungen und Verhaltenspotenzialen in diesen Studien aus?

Die Surveys der Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ untersuchen Trends und Langzeitentwicklungen auf Bundesebene, lassen sich jedoch auch länderspezifisch auswerten. Aufgrund der geringen Fallzahl ist dies allerdings nur auf Basis der kumulierten Daten der einzelnen Untersuchungen möglich. Dabei zeigt sich auf Basis der Werte von 2002 bis 2006, dass die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger fremdenfeindliche Aussagen eher ablehnen. Damit liegt Baden-Württemberg in der Rangliste der Bundesländer die offen gegenüber kultureller, ethnischer, religiöser und nationaler Vielfalt sind über dem Bundesdurchschnitt (Gostomski, Küpper and Heitmeyer 2007:106ff). Die Studie „Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus“ kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass Ausländerfeindlichkeit in Baden-Württemberg im Vergleich geringer ausgeprägt ist als in den meisten anderen Bundesländern, Baden-Württemberg liegt hier auf dem zweiten Platz der Rangliste, hinter Rheinland-Pfalz. Antisemitismus ist hingegen stärker ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt (Decker, Kiess and Brähler 2015).

Das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg hat zwischen 2012 und 2015 mehrere Studien zum Themenkomplex Migration und Integration herausgegeben. Untersucht wurden vor allem die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Minderheiten und dem Themenkomplex Integration aber auch die Auswirkungen spezifischer politischer Maßnahmen. Die Studie „Gelebte Vielfalt“ (Ministerium für Integration Baden-Württemberg 2012) kommt zu dem Ergebnis, dass die Bevölkerung Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber durchschnittlich eher positiv eingestellt ist. Stellt jedoch deutliche Unterschiede in der Einstellung je nach Bildungsabschluss der Befragten fest. Eine spezifische Untersuchung zur Akzeptanz des muslimischen Kopftuches kommt zu dem Ergebnis, dass dieses zwar von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird, 31 Prozent jedoch eine ablehnende Haltung vertreten. Außerdem zeigt sich, dass das Kopftuch stärker abgelehnt wird, wenn die entsprechenden Frauen repräsentative Aufgaben haben. So lehnen rund 20 Prozent der Befragten das Kopftuch bei einer im Krankenhaus angestellten Ärztin ab, bei einer Nachrichtensprecherin hingegen äußern 53 Prozent eine ablehnende Haltung. Auch die Einführung eines muslimischen Feiertages wird von 49 Prozent der Befragten abgelehnt (Ministerium für Integration Baden-Württemberg 2015b).

Alles in allem zeigen diese Studien eher eine offene Haltung der baden-württembergischen Bevölkerung gegenüber Personen mit Migrationshintergrund. Die Haltung gegenüber Musliminnen und Muslimen bzw. die Akzeptanz von Rechten und Freiheiten von Musliminnen und Muslimen fällt jedoch deutlich negativer aus.

Die folgende Länderstudie greift nun wie im Eingangskapitel beschrieben ähnliche und neue Fragestellungen auf. Die Ergebnisse werden zudem mit Ergebnissen des Bundesdurchschnitts verglichen und in einem größeren Rahmen diskutiert.

Methodik

Die im Folgenden vorgestellten Daten beruhen auf einer telefonischen Umfrage, die das Zentrum für empirische Sozialforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin für das Forschungsprojekt JUNITED vom 24.09.2013 bis 15.04.2014 ausgeführt hat. Insgesamt wurden dabei 8270 in Deutschland lebende Personen befragt, darunter 811 Bürgerinnen und Bürger aus Baden-Württemberg. Für die Umfrage wurden auf Grundlage des Gabler-Häder-Verfahrens zufällig generierte Telefonnummern für Festnetz- und Mobilanschlüsse verwendet. Der Anteil der Mobilfunkanschlüsse beträgt in der Baden-Württembergstichprobe 39,8 Prozent.

Die bundesweite Erhebung hat eine bereinigte Ausschöpfungsquote von 15,2 Prozent. Für Baden-Württemberg lässt sich aufgrund der fehlenden regionalen Zuordnung von Mobilfunknummern lediglich die Ausschöpfungsquote für die Festnetzstichprobe ausweisen: Sie liegt mit 13,9 Prozent leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 15,5 Prozent.

Um verlässliche Aussagen über die Bevölkerung in Baden-Württemberg treffen zu können, wurden die Daten gewichtet: Mithilfe eines Designgewichts wurden unterschiedlich große Auswahlwahrscheinlichkeiten für einzelne Personen ausgeglichen und mittels eines Redressmentgewichts eine Angleichung an einige aus der Bevölkerungsstatistik bekannte Parameter (Alters-, Geschlechter- und Schul- sowie Berufsbildungsstruktur) vorgenommen.

Aufgrund der zufällig gezogenen Stichprobe können die Ergebnisse auf die baden-württembergische Bevölkerung verallgemeinert werden. Aussagen über die gesamte baden-württembergische Bevölkerung lassen sich mithilfe sogenannter Konfidenzintervalle treffen, innerhalb derer mit einer 95 prozentigen Wahrscheinlichkeit der wahre Anteilswert liegt. Diese Konfidenzintervalle sind abhängig von der Stichprobengröße und von dem erhobenen Anteilswert. Bezogen auf die 811 Befragten in Baden-Württemberg heißt das etwa:

- Wenn 50 Prozent der Befragten einer Aussage zustimmen, ist davon auszugehen, dass mit 95 prozentiger Wahrscheinlichkeit in der Grundgesamtheit der Anteil der Zustimmenden zwischen 46,6 Prozent und 53,4 Prozent liegt.
- Bei einer Zustimmung von 80 Prozent liegt dieser Wert zwischen 77,5 Prozent und 82,5 Prozent.

Konfidenzintervalle verdeutlichen die mit einer Schätzung der Populationsparameter auf Grundlage der Stichprobe verbundene Unsicherheit. Dies ist für die Interpretation der Ergebnisse relevant. Aufgrund dieser Unsicherheit sind in der Stichprobe gefundene Unterschiede zwischen zwei Gruppen nicht eins zu eins auf die Grundgesamtheit übertragbar. Vielmehr muss mithilfe statistischer Signifi-

kanztests ermittelt werden, ob dieser Unterschied auch für die Grundgesamtheit anzunehmen ist. Genauere Informationen können im Methodenbericht der Studie nachgelesen werden (Beigang, Kalkum and Schrenker 2014).

I. Baden-Württemberg als postmigrantisches Bundesland?

Migrationsgeschichte Baden-Württembergs

Baden-Württemberg wurde 1952 durch den Zusammenschluss der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern gegründet (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2017). Schon lange vor der offiziellen Gründung des Bundeslandes wurde die Region durch unterschiedlichste Migrationsbewegungen geprägt, besonders Arbeitsmigration war von großer Bedeutung. Bereits ab der zweiten Hälfte des 17ten Jahrhunderts kamen vor allem Handwerker und Bauarbeiter aus Tirol und Norditalien, darüber hinaus wurden Menschen aus beinahe allen europäischen Staaten vom höfischen Leben in der Region des heutigen Baden-Württembergs angezogen. Italienische Kaufleute siedelten sich in den Städten an, wurden vielfach Teil des städtischen Bürgertums und stiegen in einflussreiche Positionen auf (Maier 2004a; Maier 2004b; Weber 2005:48).

Im 19ten Jahrhundert kam es zu großen Auswanderungswellen nach Russland, Polen und in die Donau Länder, auch nach Nordamerika wanderten viele Menschen aus, wenn auch deutlich weniger. Die Gründe für die Auswanderung waren vor allem politische und religiöse Repression, Armut sowie die Kriege mit Frankreich (Heilig and Kircher 2004; Maier 2004b).

Ende des 19ten Jahrhunderts und zu Beginn des 20ten Jahrhundert wurde Baden-Württemberg wieder zum Einwanderungsziel, vor allem Land- und Industriearbeiter aus Italien und Osteuropa kamen in den Südwesten Deutschlands. Diese wurden auf Grund von Industrialisierung und Arbeitskräftemangel, besonders im Eisenbahnbau, dringend benötigt und machten etwa 1907 knapp 7,5 Prozent der Beschäftigten aus (Heilig and Kircher 2004:40). Als zu Beginn des Zweiten Weltkrieges viele ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter versuchten, Deutschland wieder zu verlassen, wurde mit Ausreiseverboten und Arbeitszwang reagiert. Viele jüdische Bürgerinnen und Bürger wanderten bereits seit den 1920er Jahren, auf Grund von antisemitischer Hetze vor allem durch rechte Parteien, aus. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden die meisten der verbliebenen Jüdinnen und Juden deportiert. Gleichzeitig wurden Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter eingesetzt um den Mangel an Arbeitskräften auszugleichen. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges kehrten die meisten Zwangsarbeiter freiwillig oder unfreiwillig in ihre Herkunftsländer zurück, diejenigen, die in Südwestdeutschland blieben, gliederten sich in den 50er Jahren in die Nachkriegsgesellschaft ein. Auch Vertriebene und Geflüchtete aus Süd- und Südosteuropa, einige von ihnen die Nachfahren derer, die im 18. Jahrhundert ausgewandert waren, kamen nach Baden-Württemberg und siedelten sich an – bis 1961 knapp 1,2 Millionen. Von den geflohenen und deportierten Jüdinnen und Juden kehrten nur wenige zurück, bis in die 1980er Jahre umfassten die jüdischen Gemeinden in Baden-Württemberg nur einige Hundert Personen (Maier 2004b; Meier-Braun 2005; Weber 2005:45ff).

Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs in den 1950er Jahren wurden vermehrt Arbeitskräfte aus dem Ausland angeworben, bereits vor dem ersten offiziellen Anwerbeabkommen mit Italien 1955 versuchte der baden-württembergische Bauernverband italienische Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben. Es folgten Anwerbeabkommen mit Spanien, Griechenland, der Türkei, Portugal, Jugoslawien, Tunesien und Marokko. Diejenigen die nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehrten nutzen nach dem Anwerbestopp in den 1970er Jahren oft das Recht auf Familiennachzug und siedelten sich gemeinsam mit ihren Familien an. Ende des 20ten Jahrhunderts kamen vor allem Kriegsflüchtlinge und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach Baden-Württemberg. Durch den Zuzug aus der ehemaligen Sowjetunion wuchs die jüdische Gemeinde Baden-Württembergs wieder an und umfasst heute etwa 9000 Mitglieder (Heilig and Kircher 2004; Meier-Braun 2005:77f; Urban and Dorothea 2017; Weber 2005:45f).

Demographie

In Baden-Württemberg lebten 2014 laut Statistischem Bundesamt rund 10.666.000 Personen. Von diesen haben rund 2.893.000 einen sogenannten Migrationshintergrund (im engeren Sinne)⁶, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt demnach knapp 27 Prozent. Damit liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung Baden-Württembergs deutlich über dem Bundesdurchschnitt (21,0 Prozent) (Statistisches Bundesamt 2014).

Die Zahlen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg lassen sich noch weiter ausdifferenzieren. Etwas mehr als die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit, wiederum etwas mehr als die Hälfte dieser Personen (55 Prozent) verfügt über eigene Migrationserfahrung (8,1 Prozent der Gesamtbevölkerung), während rund 45 Prozent in Deutschland geboren wurden (6,8 Prozent der Gesamtbevölkerung). Von den Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind rund 77 Prozent selbst nach Deutschland migriert, 23 Prozent wurden in Deutschland geboren, sie machen jeweils 9,4 und 2,8 Prozent der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs aus (Tabelle 1).

Die häufigsten Herkunftsländer der Personen mit Migrationshintergrund sind die Türkei (16,7 Prozent), Italien (7,5 Prozent), Polen (6,5 Prozent), Rumänien (6,2 Prozent) sowie Kasachstan (6,0 Prozent) (Mikrozensus 2014)⁷.

6 Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes hat eine Person einen „Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen. Die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges und ihre Nachkommen gehören nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund, da sie selbst und ihre Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind“ (Statistisches Bundesamt 2017).

7 Auf Anfrage beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Tabelle 1: Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg laut Mikrozensus 2014

	In Prozent
Bevölkerung Baden-Württemberg	100
Davon Bevölkerung Baden-Württembergs mit Migrationshintergrund	27,1
Darunter Deutsche mit Migrationshintergrund mit eigener Migrationserfahrung	8,1
Darunter Deutsche mit Migrationshintergrund ohne eigene Migrationserfahrung	6,8
Darunter Ausländerinnen und Ausländer mit eigener Migrationserfahrung	9,4
Darunter Ausländerinnen und Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	2,8

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014

Darüber hinaus ist Baden-Württemberg religiös vielfältig. Laut den Daten des Statistischen Bundesamtes (Zensus 2011) gehören 37,6 Prozent der Bevölkerung Baden-Württembergs der römisch-katholischen Kirche an, etwas weniger, rund 34,1 Prozent der evangelischen Kirche. Damit bilden diese die größten Religionsgemeinschaften Baden-Württembergs, andere Kirchen sowie die jüdischen Gemeinden haben deutlich geringere Mitgliederzahlen (Tabelle 2).

Über die Anzahl der Musliminnen und Muslime in Baden-Württemberg liegen keine Daten vor, sie werden in den amtlichen Statistiken nicht erfasst und fallen neben Konfessionslosen und anderen unter die 21,6 Prozent der Bevölkerung die keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft angehören. Anhand der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“, lässt sich ihre Zahl jedoch schätzen. Basierend auf der Schätzung dieser Studie lebten 2008 in Deutschland ca. 4,05 Millionen Musliminnen und Muslime, 16,6 Prozent der Musliminnen und Muslime (ca. 672.300 Personen) lebten der Studie zufolge in Baden-Württemberg (Haug, Müssig and Stichs 2009). Damit entspricht der Anteil der Musliminnen und Muslime an der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs in etwa 6,3 Prozent. Aufgrund der Fluchtmigration aus mehrheitlich muslimischen Ländern dürfte dieser Anteil leicht angestiegen sein (siehe Stichs 2016).⁸

8 Siehe hierzu auch Stichs (2016:5). Tatsächlich gibt es nur einen leichten Anstieg gegenüber dem genannten Anteil (6,3 Prozent), da die Zahl der in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime zuvor überschätzt wurde.

Tabelle 2: Bevölkerung in Baden-Württemberg nach Religion

Religion	Anzahl	In Prozent
Römisch-katholische Kirche	3.916.160	37,6
Evangelische Kirche	3.552.450	34,1
Evangelische Freikirchen	119.620	1,1
Orthodoxe Kirchen	222.890	2,1
Jüdische Gemeinden	7.210	0,1
Sonstige	344.060	3,3
Keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft zugehörig	2.248.600	21,6

Quelle: Zensus 2011, Prozente eigene Berechnungen ⁹

Politik und Integration in Baden-Württemberg

„Wir sind ein Einwanderungsland“ (zitiert nach Meier-Braun 2005:74) – diesen Satz sagte der damalige baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth bereits 1979 inmitten einer in den Jahren 1979/80 kurz aufflammenden gesellschaftlichen Debatte um Integrationskonzepte. Er war mit diesem Eingeständnis der bundesrepublikanischen Diskussion um gut 20 Jahre voraus. Während jener Phase bemühte sich die baden-württembergische Landesregierung, an vorderster Stelle hinsichtlich dieser Thematik wahrgenommen zu werden und veröffentlichte eine „Gesamtkonzeption zur Verbesserung der Situation der zweiten Ausländergeneration“. Nichtsdestotrotz fiel Lothar Späth beziehungsweise die Landesregierung bereits im Jahr 1980 in einer sich rasch veränderten öffentlichen Debattenlage wieder mit restriktiven integrationspolitischen Forderungen auf. So ist es vielleicht wenig verwunderlich, wenn Meier-Braun abschließend rät, dass die Integration in Baden-Württemberg bis zum Erscheinungsjahr seines Beitrags 2005 nur teilweise gelungen sei und Nachholbedarf im Hinblick auf eine nachhaltige Integrationspolitik bestehe: „Besonders was die Integration in Schule, Berufsbildung und Arbeitsmarkt angeht, zeigen sich Defizite [...]“ (Meier-Braun 2005:74ff). Sandra Kostner (2015) sekundiert zehn Jahre darauf in ihrem Text zur Integrationspolitik in Baden-Württemberg diese Einschätzung und stellt fest, dass dort erst relativ spät mit einer aktiven Integrationspolitik begonnen wurde.¹⁰

9 Vgl. Website des Zensus 2011: https://ergebnisse.zensus2011.de/#dynTable:statUnit=PERSON;absRel=ANZAHL;ags=08;agsAxis=X;yAxis=RELIGION_AUSF, zuletzt geprüft am 02.05.2017.

10 Auch wenn die damalige Landesregierung betonte, zumindest was die Bundesebene betrifft, das erste Bundesland gewesen zu sein, das einen Entwurf eines Integrationsgesetzes in den Bundesrat eingebracht habe (Landtag Baden-Württemberg 2001:5).

Ein Beitrag¹¹ des damaligen Innenministers des Landes Baden-Württemberg Heribert Rech über die im Jahr 2005 existierenden Prämissen der Integrationspolitik bietet sich als Ausgangspunkt für die Darlegung der politischen Integrationsgeschichte an, offenbart er doch den damals noch überschaubaren, aber seit Anfang der 2000er Jahre¹² stetig anwachsenden Grad der Auseinandersetzung mit diesen Sachverhalten. In dem Überblickstext über die integrationspolitischen Maßnahmen, für die das Land 2004 sieben Millionen Euro ausgab, identifiziert er neben einem Fokus auf frühkindliche beziehungsweise bildungsbezogene Fördermaßnahmen sowie der Integration in das Wirtschafts- und Arbeitsleben, die Beherrschung der deutschen Sprache als wichtigsten Faktor einer gelungenen Integration (Rech 2005:100ff.).

Die Ausführungen Rechs basierten dabei auf dem vom Innenministerium Baden-Württemberg im Jahr 2004 veröffentlichten Bericht namens „Integration in Baden-Württemberg“, in dem die zentrale Bedeutung der Integration für die Politik der Landesregierung betont und die wichtigsten Handlungsfelder vorgestellt wurden. Bereits bei einem Blick in dessen Vorwort fällt auf, dass die Integrationspolitik in jener Zeit noch sehr stark auf die Gruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie Ausländerinnen und Ausländer ausgerichtet war, während andere Gruppen, die gleichfalls in die Kategorie Menschen mit Migrationshintergrund¹³ fallen, nur am Rande Erwähnung fanden.¹⁴ Zum damaligen Zeitpunkt existierten bereits einige integrationsspezifische Institutionen. So wurden im Jahr 2002 sowohl die „Koordinierungsrunde Integration“ als ressortübergreifendes Gremium der Ministerien sowie der „Landesarbeitskreis Integration“ (vormals: Landesarbeitskreis für Spätaussiedlerangelegenheiten) als Landesverband kommunaler Migrantenvertretungen konstituiert (Innenministerium Baden-Württemberg 2004:19f.). Zuvor waren bereits die Posten des Ausländerbeauftragten (seit 1996) sowie Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler (seit 1976) eingerichtet worden (Integrationsbeauftragte der Landesregierung 2010:25f.). Die allgemeine Koordinierungsfunktion für alle Integrationsmaßnahmen wiederum oblag damals dem Innenministerium (Innenministerium Baden-Württemberg 2004:19).

Zur Einschätzung der Integrationspolitik der baden-württembergischen Landesregierungen Anfang sowie Mitte der 2000er Jahre sollten die Koalitionsverträge

-
- 11 Anmerkung: Der Beitrag erschien im selben Sammelband wie der Text von Meier-Braun.
12 Für einen Überblick der Integrationsmaßnahmen im Jahr 2001 vgl. Landtag Baden-Württemberg (2001).
13 Die Bezeichnung „mit Migrationshintergrund“ fand in Deutschland erst ab 2005 in der offiziellen Statistik Verwendung. Der hier zu Grunde gelegte Bericht aus dem Jahr 2004 benutzt diese Kategorie jedoch bereits –vorrangig aber nicht ausschließlich für die Subpopulation der Minderjährigen mit Migrationshintergrund.
14 Die Landesregierung schrieb selbst drei Jahre zuvor: „Die Förderung der Integration von Ausländern, die rechtmäßig auf Dauer hier leben, und die Förderung der Eingliederung von Spätaussiedlern sind vorrangige Anliegen der Landesregierung“ (Landtag Baden-Württemberg 2001:5). Und das obwohl zu diesem Zeitpunkt das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht bereits geändert worden war, infolgedessen perspektivisch immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund die deutsche statt eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen würden.

zwischen der FDP und CDU aus dem Jahre 2001¹⁵ und 2006¹⁶ nicht außer Acht gelassen werden. Sie beinhalten jeweils Abschnitte zur Ausländer- bzw. Integrationspolitik und versuchen die Eckpunkte einer aktiven bzw. – im Vergleich zum bis dato existierenden Status quo – aktiveren Integrationspolitik zu benennen. Der zweitgenannte Koalitionsvertrag enthielt zudem die Vereinbarung, während der Legislaturperiode ein integrationspolitisches Leitbild zu entwerfen (CDU/FDP Baden-Württemberg 2006:41). Nachdem im selben Jahr die Einsetzung des Kabinettsausschusses „Integration“ erfolgte, erstellte die Landesregierung zwei Jahre später auf Grundlage des soeben erwähnten Leitbilds den „Integrationsplan Baden-Württemberg“ (Integrationsbeauftragte der Landesregierung 2008).

Was hat sich seitdem getan? Nach einer Phase langsamer, aber stetiger Vertiefung in Richtung einer umfassenderen Integrationspolitik versprach der Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2011 zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowohl eine inhaltliche Neuausrichtung als auch Vertiefung (Bündnis 90/Die Grünen/SPD 2011:70ff.). Noch im selben Jahr wurde – erstmalig und bislang auch einzigartig auf Länderebene – ein komplett eigenständiges Ministerium für Integration gegründet¹⁷, welches daraufhin die Koordinierungsfunktion vom Innenministerium übernahm.¹⁸ Ein Jahr nach der Gründung veröffentlichte das Ministerium für Integration die Studie „Gelebte Vielfalt. Ergebnisse und Analysen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Integration in Baden-Württemberg 2012“. Als die erste in dieser Form erschienene Studie für Baden-Württemberg untersucht sie die „Erfahrungen mit Zuwanderern, Einschätzungen zum Stand der Integration, Integrationserwartungen [und] mögliche Integrationshemmniss[e] im Alltag [...]“ (Ministerium für Integration Baden-Württemberg 2012:3; 5). Demnach bewerten 61 Prozent der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger die Integration in ihrem Bundesland als „sehr gut“ beziehungsweise „gut“ gelungen. Gleichzeitig sehen die Befragten mit einer knappen Mehrheit die Zuwanderinnen und Zuwanderer als verantwortlich für die Integration an. Was die Chancen(un)gleichheit betrifft, geht eine substanzieller Anteil der baden-württembergischen Bevölkerung davon aus, dass die Einwandererinnen und Einwanderer nicht die gleichen Chancen haben wie die Einheimischen. Beispielsweise antworteten 61 Prozent der Befragten hinsichtlich der Frage, ob Chancengleichheit bei der Wohnungssuche zwischen beiden Gruppen bestehe, mit „Nein“ (Ministerium für Integration Baden-Württemberg 2012:31).

15 Koalitionsvertrag abrufbar unter: http://www.fdp-bw.de/docs/Koalitionsvereinbarung_2001.pdf, zuletzt geprüft am 05.04.2017.

16 Koalitionsvertrag abrufbar unter: <https://www.nachhaltigkeit.info/media/1234776207phpeB3fSx.pdf>, zuletzt geprüft am 05.04.2017.

17 Nachdem die Oppositionspartei CDU über die Legislaturperiode hinweg fortwährend starke Kritik an dem Ministerium beziehungsweise an dem Aufbau des Ministeriums äußerte (Kostner 2015:214f.), wurde es mit dem Regierungswechsel 2016 wieder abgeschafft und der Aufgabenbereich Integration und Migration in das Innen- sowie Sozialministerium verlegt.

18 Für einige weitere, hier im Text nicht dargelegte Aspekte hinsichtlich der umgesetzten Maßnahmen in Folge der Gründung des Integrationsministeriums vgl. Ministerium für Soziales und Integration (2013).

Eine an diese Untersuchung anknüpfende und ebenso vom Integrationsministerium¹⁹ initiierte Studie aus dem Jahr 2014 trägt den Titel: „Integration gelungen? Die fünf größten Zuwanderergruppen in Baden-Württemberg im Generationenvergleich“. Sie vergleicht Menschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Italien, der ehemaligen Sowjetunion und Polen hinsichtlich verschiedener Dimensionen – darunter rechtlicher Status und Einbürgerung, Bildung und Arbeit, sprachliche Potenziale und geteilte Werte sowie Einstellungen – und weißt Spezifika der Integration für die jeweiligen Gruppen aus (Diehl et al. 2014).

Abseits eines augenscheinlich gesteigerten Interesses der Politik, Daten über beziehungsweise Einstellungen zu Menschen mit Migrationshintergrund mittels Umfragen zu erheben, wurden in dieser Legislaturperiode auch konkrete integrationspolitische Maßnahmen umgesetzt. Die seit 2011 eingeführten Einbürgerungserleichterungen²⁰, die erfolgte Unterzeichnung der Charta der Vielfalt²¹, das einjährige Modellprojekt „Anonym Bewerben in Baden-Württemberg“ (Krause, Rinne and Zimmermann 2014) sowie die durchgeführte Einbürgerungskampagne „Deutsche Sprache, Deutsche Vielfalt, Deutscher Pass“ (Ministerium für Integration Baden-Württemberg 2013) werden in diesem Zusammenhang von Kostner (2015:218) als (weitere) wichtige Etappen der baden-württembergischen Integrationspolitik eingeschätzt.

Ein wesentlicher Schritt war ferner die im Jahr 2013 erfolgte Einführung eines Landesprogramms zur „Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration“, um die Integrationsarbeit auf der kommunalen Ebene stärker strukturell zu verankern, zu vernetzen und mitzusteuern (Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg 2017b). Im Rahmen dieses auch „VwV-Integration“ abgekürzten Förderprogramms unterstützt die Landesregierung die Kommunen jährlich mit drei Millionen Euro. Ein Jahr darauf folgte die Veröffentlichung eines Konzeptpapiers mit dem Titel „Engagementstrategie Baden-Württemberg – Lebensräume zu „Engagement-Räumen“ entwickeln“, in dem die Maßgabe formuliert wurde, Rahmenbedingungen zu gestalten, die zivilgesellschaftliches Engagement und Partizipation begünstigen. Darin werden Menschen mit Migrationshintergrund – neben weiteren – explizit als Zielgruppe benannt (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren 2014:2ff.).

19 Natürlich beschäftigten sich schon zuvor mehrere, von anderen Institutionen veranlassete Studien mit der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg. Vgl. beispielsweise das „Freiwilligensurvey 2009. Sonderauswertung Baden-Württemberg“ (Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011) oder die Arbeit zur „Integration von Migranten in Baden-Württemberg. Die Situation im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt“ (Lehmann and Wapler 2009). Nebst dem existiert die offizielle Berichtreihe zum Integrationsmonitoring der Länder (Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg 2017a).

20 Die gesetzlichen Grundlagen der Einbürgerung werden zwar vom Bund vorgegeben, aber die Länder haben Gestaltungsspielraum, was die Umsetzung betrifft (Kostner 2015:218).

21 Vgl. <http://www.charta-der-vielfalt.de/charta-der-vielfalt/ueber-die-charta.html>, zuletzt geprüft am 05.04.2017.

Als einer der ganz zentralen Bausteine der Integrationspolitik kann das vor zwei Jahren eingeführte und unter dem Motto der Integration als gemeinschaftliche Aufgabe der ganzen Gesellschaft gefasste Partizipations- und Integrationsgesetz eingeschätzt werden, womit Baden-Württemberg als drittes Bundesland ein solches Gesetz auf den Weg brachte. Es ist Bestandteil des übergeordneten „Gesetzes zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in Baden-Württemberg“ (Landtag Baden-Württemberg 2015c). Dieses Gesetzespaket folgt nach eigener Auskunft dem Leitsatz des „Fordern und Fördern“ und stellt „Grundsätze für gelingende Integration sowie konkrete Integrationsaufgaben des Landes“ (Ministerium für Integration Baden-Württemberg 2015a) auf. Eines der primären Ziele ist die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung²², die darauf abzielt, den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in den Behörden repräsentativ zur Zusammensetzung der Bevölkerung zu gestalten (Ministerium für Integration Baden-Württemberg 2015a).²³ Parallel dazu sollen in allen Gremien, in denen die Exekutive ihren Einfluss bei der Auswahl der Mitglieder geltend machen kann, Menschen mit Migrationshintergrund hinreichend vertreten sein. Während sich die Landesregierung darüber hinaus verpflichtet, alle fünf Jahre dem Landtag bezüglich des Stands der Integration Rechenschaft abzulegen, soll im Bildungssektor die Vermittlung interkultureller Kompetenz gestärkt werden. Als nennenswerte institutionelle Neuerung wurde ein Beirat für Integration gegründet, der die Regierung im Hinblick auf Fragen der Integrations- und Migrationspolitik berät (Landtag Baden-Württemberg 2015c:1f.; 9).

Trotz dieser zahlreichen politischen Initiativen ist beziehungsweise war die Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund im baden-württembergischen Landtag – die als ein Anhaltspunkt für die gesellschaftspolitische Repräsentation sowie Gleichstellung von Personen mit Migrationshintergrund in diesem Bundesland interpretiert werden kann – selbst im Jahr 2013 immer noch unterdurchschnittlich. So hatten Ende 2013 sechs von 138 Abgeordneten einen Migrationshintergrund, was einem Anteil von 4,3 Prozent entspricht. Gemessen an der Anzahl von Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund, die damals 25,5 Prozent betrug, offenbart sich hierbei eine eindeutige Diskrepanz im Vergleich mit der Verteilung im Landtag (Gesemann and Roth 2014:67).

Unabhängig von den bislang erörterten Entwicklungen ist mit dem Anstieg der Zahlen an Geflüchteten vor allem in den letzten drei Jahren eine neue Herausforderung für die Landespolitik entstanden.²⁴ In diesem Zeitraum lag die auf dem

22 Vgl. hierzu die Informationsschrift „Land der Vielfalt – Land der Chancen. Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung Baden-Württemberg“ (Ministerium für Integration Baden-Württemberg 2014).

23 Ein Instrument, um diese Maßgabe zu erreichen, war die noch im selben Jahr gestartete Kampagne „Vielfalt macht bei uns Karriere. Willkommen im öffentlichen Dienst“. Vgl. <http://www.vielfalt-macht-karriere.de/informieren/die-kampagne.html>, zuletzt geprüft am 05.04.2017.

24 Dieses Kapitel sowie die folgenden beruhen in Teilen auf dem Kapitel „Nordrhein-Westfalen als postmigrantisches Bundesland?“ des Hefts „Nordrhein-Westfalen postmigrantisch“ (Canan et al. 2016:18ff.).

„Königsteiner Schlüssel“²⁵ beruhende Verteilungsquote für Asylbewerberinnen und Asylbewerber bei knapp dreizehn Prozent für Baden-Württemberg, womit das Bundesland auf dem dritten Platz rangiert (Gemeinsame Wissenschaftskonferenz 2017). Real gingen 2015 57.578 und 2016 84.610 Erstanträge ein (Landeszentrale für politische Bildung 2017:7). Die Zahl der insgesamt aufgenommen Asylsuchenden betrug dabei allein im vorletzten Jahr 185.000 (Landeszentrale für politische Bildung 2017). Die Landesregierung reagierte auf diesen Anstieg und führte zwei Flüchtlingsgipfel durch, um sich mit den entscheidenden Akteurinnen und Akteuren im Land zu koordinieren. Darüber hinaus stellte sie weiteres Geld im Haushalt zur Verfügung, um zum Beispiel die Landkreise stärker zu unterstützen und um in neue Erstaufnahmestellen zu investieren. Konträr zu diesen integrationsfördernden Maßnahmen gibt sie gleichzeitig mehr Geld für den Bereich der Abschiebung aus (Landeszentrale für politische Bildung 2017).²⁶

Zur Lebenslage der Asylsuchenden liegen bislang noch keine umfassenden Daten²⁷ vor. Absehbar ist, dass infolge der gestiegenen Flüchtlingszahlen ebenso die Anzahl der Musliminnen und Muslime weiter wachsen wird. Dabei treffen sie auf eine bereits seit mehreren Jahrzehnten bestehende muslimische Community.

Musliminnen und Muslime in Baden-Württemberg

Symbolisch spiegelt sich die wandelnde politische Landschaft im Zuge einer stärkeren Einbeziehung sowie Repräsentation des muslimischen Bevölkerungsanteils²⁸ an Beispielen wieder, wie der Entscheidung, bei der 2014 stattgefundenen Novellierung des Südwestrundfunk-Staatsvertrags erstmalig einer Vertreterin oder einem Vertreter der muslimischen Verbände in Baden-Württemberg einen Platz im Gremium zu garantieren (Münster 2014:2). Oder an dem Fakt, dass mit Muhterem Aras 2011 die erste Muslima in den baden-württembergischen Landtag beziehungsweise die erste Abgeordnete mit Migrationshintergrund direkt in einen deutschen Landtag gewählt wurde (Aras 2015).

25 „Nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ wird festgelegt, wie viele Asylsuchende ein Bundesland aufnehmen muss. Dieser richtet sich nach Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2017).

26 Für eine Übersicht hinsichtlich einer Reihe von spezifischen Maßnahmen und Angeboten für Flüchtlinge vgl. Task Force Flüchtlinge in Ausbildung (2016;) Ministerium für Kultus, Jugend und Sport (2017) oder Ministerium für Soziales und Integration (2017).

27 Für einige rudimentäre demographische Daten vgl. Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration (2017).

28 Für einen Überblick islamischer Organisationsstrukturen beziehungsweise muslimischer Vereinigungen in Baden-Württemberg vgl. Hamdan (2016) oder Schmid, Akca and Barwig (2008:25ff.). Die zweitgenannte Studie bietet zudem einen guten Startpunkt, um sich mit dem (inter-)religiösen Dialog in der baden-württembergischen Zivilgesellschaft zu beschäftigen. Einige weiterführende Informationen zum muslimischen Gemeindeleben in Baden-Württemberg finden sich wiederum in dem Forschungsbericht zum „Islamischen Gemeindeleben in Deutschland“. So befanden sich 2012 nach NRW die meisten dieser Gemeinden in Baden-Württemberg (Halm et al. 2012:233).

Historisch betrachtet nimmt bereits der im letzten Kapitel vorgestellte Bericht „Integration in Baden-Württemberg“ aus dem Jahr 2004 ausführlicher Bezug auf die Religion als wichtigen Baustein des Zusammenlebens und betrachtet sie als ein Schlüssel zur Integration. Mit Blick auf den Islam werden explizit die damals „70.000 Kinder und Jugendliche muslimischen Glaubens an öffentlichen Schulen“ (Innenministerium Baden-Württemberg 2004:90) sowie der islamische Religionsunterricht genannt.

Um dieser Realität gerecht zu werden, erfolgte im Schuljahr 2006/07 nach jahrelangen Vorgesprächen die Einführung des islamischen Religionsunterrichts als Modellprojekt.²⁹ Zur Unterstützung führte Baden-Württemberg 2007 eine Zusatzausbildung für Lehrerinnen und Lehrer an drei pädagogischen Hochschulen ein.³⁰ Organisiert und getragen wurde diese jeweils von Professorinnen und Professoren für katholische Theologie (Khorchide 2009:54). Vier Jahre darauf gründete man das Zentrum für Islamische Theologie in Tübingen (ZITh) als „deutschlandweit erste Einrichtung seiner Art“ (Deutscher Bundestag 2016:10). Zum Wintersemester 2013/14 fügte die Universität den Lehramtsstudiengang „Islamische Religionslehre“ mit aktuell rund 20 Studienanfängerinnen- und Studienanfängerplätzen im Bachelorstudiengang³¹ dem Angebot des ZITh hinzu (Deutscher Bundestag 2016:10). Die Einführung des passenden Masterstudienganges ist für die kommenden Jahre geplant (Landtag Baden-Württemberg 2016a:3). Das ZITh ist mit zur Zeit insgesamt 160 Studierenden somit die einzige Institution in Baden-Württemberg, die Lehrerinnen und Lehrer für den gymnasialen, islamischen Religionsunterricht ausbildet (Deutscher Bundestag 2016:10).

Werfen wir einen Blick zurück und folgen den Entwicklungsschritten der Integrationspolitik in Baden-Württemberg abseits des Religionsunterrichts chronologisch, dann ist nach eigenem Bekunden der erste eigenständige und systematische Rapport, der sich konkret nur mit den Musliminnen und Muslimen im Bundesland beschäftigt und eine umfassende Bestandsaufnahme über deren Situation zu bieten versucht, der 2005 veröffentlichte Bericht für den Ministerrat „Muslime in Baden-Württemberg“. Mit ihm stellte die Politik den Anspruch, insofern einen Perspektivwechsel einzuläuten, als dass er nicht nur eine empirische Datenbasis generieren, sondern als Wegweiser für eine zukünftige Integrationspolitik dienen sollte (Staatsministerium 2005:3f.).

Viele der darauf folgenden maßgeblichen Etappen der Integrationspolitik im Hinblick auf die muslimische Bevölkerung sind sicherlich mit der Gründung des Ministeriums für Integration zu verknüpfen. In der Folge kam es zu einer Reihe von institutionellen und gesetzlichen Neuregelungen. Noch im Gründungsjahr des Ministeriums richtete die damalige Integrationsministerin den Runden Tisch Islam

29 Für weitere Details zu diesem Thema vgl. das Kapitel „Religionsunterricht“ auf Seite 54ff. dieses Hefts.

30 Für weitere Informationen zu diesem für Lehramtsstudiengänge an Grundschulen, Werkreal-, Haupt- sowie Realschulen gedachten und aktuell an vier Pädagogischen Hochschulen angebotenen Erweiterungsstudiengang vgl. Landtag Baden-Württemberg (2016a:4).

31 Der 2013/14 gestartete Staatsexamenstudiengang läuft aus und wurde zwei Jahr nach dessen Einrichtung in ein Bachelor-Master-Modell überführt.

(RTI) ein, der sich seitdem halbjährlich trifft, um ausgewählte Themen zu diskutieren, und das Ziel verfolgt, den Dialog mit Musliminnen und Muslimen zu fördern und zu institutionalisieren. Der 40 Köpfe starke Teilnehmer- und Teilnehmerinnenkreis setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern muslimischer Verbände, Persönlichkeiten des muslimischen Lebens in Baden-Württemberg und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beteiligter Ministerien sowie weiterer Institutionen zusammen (Ministerium für Integration 2015). Mit der Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes schritt unterdessen die Gleichstellung der muslimischen Glaubensgemeinschaft mit der jüdischen sowie christlichen weiter voran. Seitdem dürfen sich Musliminnen und Muslime ebenso wie die Anhängerinnen und Anhänger der beiden anderen Religionen unter bestimmten Bedingungen an ihren wichtigsten religiösen Feiertagen von der Arbeit frei nehmen (Ministerium für Integration Baden-Württemberg 2015a).

Als zusätzliches Aktionsfeld der Integrationspolitik hat sich in den letzten Jahren einerseits die islamische Seelsorge – vor allem in Bezug auf den Strafvollzug³² – hervor getan. Die in etwa 1.500 muslimischen Gefangenen sollen mithilfe des 2015 initiierten Förderprogramms „Islamische Gefangenen-seelsorge in Baden-Württemberg“ eine flächendeckende religiöse Betreuung erhalten (Südwest Presse 2016). Zuvor hatten oftmals christliche Seelsorgerinnen und Seelsorger diese Aufgabe übernommen. Um die Versorgungslage zu verbessern und mittelfristig für alle Justizvollzugsanstalten in dem Bundesland eine Seelsorge für muslimische Gefangene anbieten zu können, bildete man zusätzlich 25 Gefangenen-seelsorgerinnen und -seelsorger fort (Justizministerium Baden-Württemberg 2016).

Auch das Thema der muslimischen Bestattungsriten ist zusehends in den Fokus gerückt.³³ Schon 2012 wies die Landesregierung darauf hin, dass die Träger der Friedhöfe eigene Gräberfelder für Musliminnen und Muslime einrichten können, bei denen die Gräber gen Osten (Mekka) zeigen, und dass Bestattungen innerhalb von 24 Stunden unter bestimmten Bedingungen möglich sind. Allerdings waren andere Besonderheiten muslimischer Bestattungsriten bis dato noch nicht möglich, so wie zum Beispiel die Bestattung ohne Sarg oder die „ewige“ Ruhezeit, gleichwohl im Einzelfall eine Verlängerung der Grabdauer beantragt werden konnte (Landtag Baden-Württemberg 2012b:4). Vor dem Hintergrund dieser Defizite und vor allem der Debatten im RTI sowie in der Öffentlichkeit entschied sich der Gesetzgeber, das Bestattungsgesetz zu novellieren, um eine Bestattung ohne Sarg sowie eine kurzfristige Beerdigung ohne Bedingungen zu ermöglichen (Landtag Baden-Württemberg 2014b:1).

32 Daneben soll die Seelsorge ebenso in anderen gesellschaftlichen Bereichen wie der Krankenhaus-seelsorge ausgebaut werden (Mannheimer Institut für Integration und interreligiösen Dialog 2014:24; 29).

33 Viele Menschen aus der älteren Generation lassen ihren Leichnam nach dem Tod immer noch in ihr Herkunftsland überführen, während sich die jüngere Generation verstärkt eine Beerdigung in Deutschland und daher eine Anpassung des Bestattungsgesetzes an die Bedürfnisse der Musliminnen und Muslime in Deutschland wünscht (Landtag Baden-Württemberg 2012b:4).

Zusätzlich wird versucht, sich verstärkt um muslimische Jugendliche³⁴ zu bemühen³⁵. Im Rahmen des „Jugendplan Zukunft“, der zunächst einmal den Anspruch hat, im Allgemeinen Jugendliche mit Migrationshintergrund zu fördern, sowie weiterer finanzieller und organisatorischer Unterstützung sollen muslimische Jugendorganisationen gestärkt werden (Landtag Baden-Württemberg 2015a:3ff.).

Die Anerkennungs- beziehungsweise Aushandlungsprozesse zwischen der muslimischen Community in Baden-Württemberg und den entsprechenden staatlichen Institutionen verliefen gleichwohl nicht konfliktfrei.³⁶

Der 2006 als Gesprächsleitfaden konzipierte Einbürgerungstest, bei dem Baden-Württemberg eine „Vorreitrolle“ einnahm, verdeutlicht dies (Shakush 2010). In der ursprünglichen Version zielte dieses, von den Kritikerinnen und Kritikern missbilligend auch „Muslim-Test“ genannte Verfahren darauf ab, „Einbürgerungswillige aus muslimischen Ländern exklusiv einer besonderen Überprüfung ihrer Verfassungstreue [zu] unterziehen“ (Halm 2008:14). Im Konkreten bestand die Absicht, mittels 30 Fragen die Haltung zu Themen wie der Gleichstellung der Frau oder Homosexualität zu überprüfen (Landtag Baden-Württemberg 2005:2). Dieses Instrument sollte es den Behörden ermöglichen, die Akzeptanz der Verfassungsnormen beziehungsweise der Werte- und Rechtsordnung von Bewerberinnen und Bewerbern um die deutsche Staatsangehörigkeit im Zweifel einer gesonderten Prüfung zu unterziehen (Kostner 2015:217). Viele der damaligen Beobachterinnen und Beobachter stufte diese Praxis als einen diskriminierenden Gesinnungstest ein (Brunn 2012:154). Denn gleichwohl die Religion gar nicht abgefragt wurde, galt der Test doch vorwiegend für die Staatsangehörigen aus den 57 Staaten der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (Kostner 2015:217; Landtag Baden-Württemberg 2005:3). Kurze Zeit nach Einführung wurde der Einbürgerungstest mittels einer bundeseinheitlichen Richtlinie schon wieder entschärft und 2011 infolge eines Regierungswechsels endgültig abgeschafft, da er einerseits als diskriminierend eingestuft wurde und andererseits die sicherheitspolitische Funktion gar nicht hätte erfüllen können (Kostner 2015:217f.). In der Zeit seines Bestehens wurden keine Ausländerinnen und keine Ausländer aufgrund des Einbürgerungstests abgelehnt (Süddeutsche Zeitung 2011).

Der Fall von Fereshta Ludin und die durch diesen mit ausgelösten Debatten im öffentlichen Raum – die auch unter dem Titel „Kopftuchdebatte“ beziehungsweise „Kopftuchstreit“ firmieren – sind ein weiteres Kapitel der konflikthaften Geschich-

34 Die Jugendstudie Baden-Württemberg 2015 liefert allerdings nur wenige Daten hinsichtlich dieser Subpopulation (Jugendstiftung Baden-Württemberg 2015).

35 Wissenschaftliche Arbeiten nehmen sich diesem Thema ebenso vermehrt an und bieten beispielsweise einen Einblick in die Organisationsstruktur islamischer Jugendarbeit in Baden-Württemberg (Hamdan and Schmid 2014).

36 Zum bundesweit häufig brisant gehandelten Thema der Absenz muslimischer Schülerinnen und Schüler im Sport- und Schwimmunterricht urteilten die Behörden in Baden-Württemberg 2006: „Kein übergeordnetes Problem“ (Schneiders 2012:82). Acht Jahre später erließ das Kultusministerium indessen einen Erlass, der eine Befreiung vom gemeinsamen Schwimmunterricht von da an untersagte (Islam iQ 2014).

te.³⁷ Im Zuge dessen verabschiedete Baden-Württemberg als erstes deutsches Landesparlament ein Gesetz zum Kopftuchverbot für Lehrerinnen im öffentlichen Schuldienst, womit abermals Baden-Württemberg mit an der Spitze der Bundesländer hinsichtlich dieser Entwicklung stand (Pazarkaya 2005:176).

Neben diesen anti-pluralistischen Episoden der Integrationsgeschichte existiert eine rechte Szene in dem Bundesland, die sich in ihrer politischen Haltung aktiv gegen Migrantinnen und Migranten im Allgemeinen und Musliminnen und Muslimen im Speziellen richtet.

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Baden-Württemberg

In der Öffentlichkeit gibt es eine Tendenz, die Situation in Baden-Württemberg bezüglich rechtsradikaler Aktivitäten als im bundesvergleich „verhältnismäßig gut“ zu beschreiben und nur auf die Existenz vereinzelter „brauner Flecken“ zu verweisen (Stuttgarter Nachrichten 2015). Nichtsdestotrotz gibt es eine seit langem aktive rechte Szene. Ein besonders aufsehenerregender Fall rechtsextremistischer Tendenzen innerhalb der Polizeibehörde, bei dem nachträglich publik wurde, dass zwei Beamte von 2001 bis 2002 enge Verbindungen zum European White Knights of the Ku Klux Klan (EWK KKK) pflegten, sorgte 2012 beziehungsweise erneut 2015 für Aufsehen (Landtag Baden-Württemberg 2012a; Landtag Baden-Württemberg 2015e). In einem diesbezüglichen Bericht des Innenministeriums konnten im Zeitraum von 2002 bis 2012 insgesamt 25 solcher Vorfälle mit rechtsextremem oder fremdenfeindlichem Hintergrund innerhalb der Polizei identifiziert werden (Innenministerium Baden-Württemberg 2012:5). In der Parteienlandschaft wiederum spiegelt sich der Umstand in der Partei „Die Republikaner“ wieder. Die im Grenzbereich von Konservatismus und Rechtsextremismus agierende Partei zog 1992 mit 10,9 Prozent der Stimmen in den Landtag ein³⁸ und scheiterte erst 2001 an der Fünf-Prozent-Hürde. Durch ihre Wiederwahl 1996 (9,1 Prozent) war ihnen „als erste Partei aus dem rechtsradikalen und rechtsextremen Spektrum in der Geschichte der Bundesrepublik der Wiedereinzug in ein Landesparlament gelungen“ (Neubacher 2001:59). Seitdem konnte sie allerdings nicht mehr in das Landesparlament einziehen und erzielte bei der letzten Wahl nur noch 0,3 Prozent der Stimmen.

Neben diesen genannten Entwicklungen kam es in der Vergangenheit immer wieder zu organisierten Aktionen, die dem Rechtsextremismus bis –terrorismus zugeordnet werden. Um nur drei besonders aufsehenerregende Beispiele zu nennen: 2009 nahm die Polizei in Weil am Rhein den „Stützpunktleiter“ der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ fest. Bei der in diesem Zusammenhang durchgeführten Durchsuchung seiner Wohnung konnten eine Reihe von Materia-

37 Für weitere Details zu diesem Thema vgl. das Kapitel „Das Kopftuch im Klassenzimmer“ auf Seite 56ff. dieses Hefts.

38 Während ihrer Zeit im Landesparlament agitierte diese Partei immer wieder gegen „den Islam“ (vgl. beispielhaft Landtag Baden-Württemberg 1998:4373ff.).

lien sichergestellt werden, die zum Bau einer Bombe hätten benutzt werden können (Bäßler et al. 2011).

Auch die rechtsextremistische Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) agierte nach aktuellem Kenntnisstand in Baden-Württemberg. Ihnen wird neben den bundesweiten Morden an 9 Personen mit Migrationshintergrund zur Last gelegt, den Mordanschlag auf zwei Polizeibeamte in Heilbronn verübt zu haben (Generalbundesanwalt 2012). Darüber hinaus scheint ein festes Kontakt –, wenn nicht Unterstützungsnetzwerk existiert zu haben, in dem sich das NSU-Trio während ihrer wiederholten Aufenthalte im Südwesten der Republik bewegte, wenngleich nach 2001 keine sicheren Beweise hinsichtlich des Besuchs bei Bekannten existieren (Ruf 2017).³⁹

Ein dritter, erst vor kurzem in den bundesweiten Medien für Aufsehen sorgender Fall war der des rechtsextremistischen „Druiden“ Burghard B. aus Schwetzingen, der mit Gleichgesinnten eine bewaffnete Terrorzelle gegründet haben soll, um – laut Aussagen des Generalbundesanwalt – Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, Geflüchtete sowie Jüdinnen und Juden zu verüben (Biermann and Geisler 2017). Dieses letztgenannte Beispiel unterstreicht die Gefahr, die derzeit von der rechten Szene in Baden-Württemberg ausgeht.

Zur aktuellen Lage lässt sich dabei generell⁴⁰ feststellen, dass das rechtsextremistische Personenpotenzial in Baden-Württemberg zwischen 2013 bis 2015 bei circa 1800 Personen stagnierte⁴¹ – wovon 810 als gewaltorientiert gelten. Zuvor hatte sich diese Kennziffer von 1993 bis 2013 um fast drei Viertel verkleinert (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:140ff.). Eine ganz andere Tendenz lässt sich jedoch für die Menge „politisch motivierter Kriminalität im Phänomenbereich Rechts“ feststellen: Nachdem für diese im Jahr 2014 ein leichter Rückgang auf 889 Fälle zu verzeichnen war, stieg sie im Jahr darauf sprunghaft auf 1.604 Fälle an, wobei sich die in diese Statistik eingehende Anzahl rechtsextremistischer Gewalttaten in diesem Zeitraum von 35 auf 71 Vorfälle fast verdreifachte. Einhergehend damit verdreifachten sich die fremdenfeindlichen Delikte fast auf 607 Vorfälle und stieg die Zahl rechtsextremistischer Demonstrationen ebenso wieder an (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:141).

In diesem Zusammenhang bilden Angriffe und Agitationen gegen Geflüchtete sowie ihre Unterkünfte⁴² in den letzten Jahren in Baden-Württemberg wie auch bun-

39 Um die offenen Fragen bezüglich der terroristischen Aktivitäten des NSU aufzuklären, setzte der baden-württembergische Landtag einen Untersuchungsausschusses ein (Landtag Baden-Württemberg 2014a).

40 Die folgenden Angaben beziehen sich auf den offiziellen Verfassungsschutzbericht. Es ist wahrscheinlich, dass er die Gesamtzahlen eher unterschätzt, da „[v]or allem in ländlichen Regionen die Bereitschaft, beispielsweise den Nachbarn anzuzeigen, wesentlich geringer“ sei (Timo Reinfrank, zitiert nach Stuttgarter Nachrichten 2015), weshalb die tatsächliche Dunkelziffer noch einmal bedeutend höher liegen könnte.

41 Entgegen einer weit verbreiteten Meinung bilden Frauen einen stetig wachsenden und nicht zu unterschätzenden Anteil dieser Gruppe (Landtag Baden-Württemberg 2013a:2).

42 Vgl. die Borschüre „Extremismus erkennen. Handreichung für Betreiber von Flüchtlingsunterkünften“ (Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg 2016:13ff.).

desweit eines der Hauptziele der rechten Szene.⁴³ Sie haben substantiell dazu beigetragen, dass die „Kriminalität im Phänomenbereich Rechts“ so stark angestiegen ist. So waren die Straftaten allein gegen Unterkünfte von Geflüchteten von 21 im Jahr 2014 auf 70 im darauffolgenden Jahr angestiegen – darunter neun Gewalttaten. Das Mitglieder- und Mobilisierungspotenzial der einzelnen rechtsextremistischen Gruppen wird vom Landesverfassungsschutz selbst nichtsdestotrotz als sehr gering eingeschätzt: Hinter der Vielzahl von Organisationen steht oftmals keine größere Anzahl an Mitgliedern (Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2016:32ff.; Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:141; 151).

Als zentrale Akteure der ideologisch und organisatorisch als uneinheitlich sowie zersplittert geltenden rechten Szene sind die politischen Parteien einzuschätzen (Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2016:31). Zum einen ist da der Landesverband der bundesweit agierenden rechtsextremistischen „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) zu nennen, der 410 Mitglieder im Jahr 2015 zählte, was ihn mit Abstand zur mitgliederstärksten rechtsextremistischen Partei Baden-Württembergs machte, obwohl der Landesverband im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern eine eher untergeordnete Rolle spielt. Die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) stellt zugleich die größte rechtsextremistische Jugendorganisation Baden-Württembergs dar. Bei der letzten Wahl verlor die NPD leicht an Stimmanteilen und kam auf 0,4 Prozent. Vorletztes Jahr war Baden-Württemberg – wie in beiden Jahren zuvor – Austragungsort des NPD-Bundesparteitags.

In Konkurrenz zur NPD um die rechte Wählerschaft sind in den letzten Jahren zwei neue Akteure entstanden. Einerseits gründete sich 2013 der baden-württembergische Landesverband der rechtsextremistischen Partei „Die Rechte“, der 2015 etwa 80 Mitglieder zählte. Der Landesverfassungsschutz konstatierte, dass der Verband personell und strukturell stagniere. Bei der Landtagswahl 2016 kam „Die Rechte“ auf marginale 718 Stimmen (Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2016:31; Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:177ff.).

Andererseits entstand 2015 der „Stützpunkt Württemberg“ – eine Art losere regionale Verankerung – der rechtsextremistischen Partei „Der III. Weg“ mit 30 Mitgliedern im Jahr 2015. Noch im Aufbau befindlich und ohne etablierte Parteistrukturen nahm sie nicht einmal an den letzten Landtagswahlen teil. Nichtsdestotrotz konnte sie „eine relativ hohe Aktivität gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften und gegen Asylbewerber“ (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:196) erzielen.

Als eine Partei im rechten Spektrum, die ebenso relativ neu ist, jedoch schon bewiesen hat, dass sie eine breitere Wählerschicht ansprechen kann, gilt die Alternative für Deutschland (AfD). Der Rechtsextremismusforscher Alexander Häusler sah die Bundes-AfD im September 2013 in ihrer damaligen Erscheinungsform noch als „[...] eine Partei mit sowohl neoliberalen wie auch national-konservativen

43 Für eine Übersicht bzw. Auswahl von Anschlägen auf Flüchtlingsheime in Baden-Württemberg vgl. Landeszentrale für politische Bildung (2017).

Einflüssen [...], die auf der politische [sic] Skala als rechts von der Union stehend mit Tendenzen zu einer rechtspopulistischen Ausrichtung gedeutet werden kann“ (Häusler 2013:93). Nach der Spaltung der Partei im Sommer 2015 verfasste Häusler einen weiteren Artikel, in dem er eruiert, dass die rechtspopulistische Prägung der AfD unter der neuen Vorsitzenden Frauke Petry deutlich zugenommen und der nationalkonservativ-neurechte Flügel parteiintern seine Machtbasis hätte ausbauen können – ein Vorgang, den er mit dem Begriff des „Rechtsrucks“ umschreibt (Häusler 2015:1, 8ff.). Der Landesverband in Baden-Württemberg konnte bei den letzten Wahlen mit 15,1 Prozent (23 Sitze) und als drittstärkste Kraft beziehungsweise größte Oppositionspartei ein gutes Ergebnis erzielen. Programmatisch orientiert man sich an der Bundespartei und agitiert gegen „den Islam“ und „die Flüchtlinge“ (Soldt 2016). Bereits kurze Zeit nach der Wahl geriet der Landesverband in bundesweite Schlagzeilen: Nachdem der vom Fraktionsvorsitzenden Jörg Meuthen geforderte Ausschluss des für seine antisemitischen Aussagen zusehends in der Öffentlichkeit kritisierten Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon scheiterte, verließ Meuthen mit seinen 14 Anhängerinnen und Anhängern die Fraktion und gründete eine eigene (Amadeu Antonio Stiftung 2016). Inzwischen ist der Streit jedoch weitestgehend beigelegt. Gedeon verließ letztlich doch die Fraktion und die übrigen 22 Abgeordneten bilden wieder eine gemeinsame Fraktion (Südwestrundfunk 2016b). Zusätzlich zu diesen Streitigkeiten, welche die Etablierung im Landtag verzögerten, sorgte der Austritt der AfD-Abgeordneten Claudia Martin aus der Fraktion und Partei für Aufsehen, bei dem sie die inhaltliche sowie politische Ausrichtung der Partei attackierte. So kritisierte sie unter anderem, dass sich die Partei zu sehr auf einen Diskurs gegen Geflüchtete und gegen den Islam fokussiere (Löer 2016).

Neben den vorgestellten Parteien existieren weitere Akteure im rechten politischen Spektrum in Baden-Württemberg.⁴⁴ Darunter befindet sich die sogenannte „Identitäre Bewegung Deutschland“⁴⁵ (IBD), die in den letzten Jahren zusehends bundesweit Aufmerksamkeit erregen konnte und rechtsextremistische bis völkische Positionen einnimmt (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:153). Sie besteht aus in lokalen Gruppen zusammengeschlossenen Aktivistinnen und Aktivisten, die über ein „ideologisch-organisatorisches Netzwerk“ (Hafeneger 2014:2) miteinander verbunden sind. Als Internetphänomen 2012 gegründet, hat die Identitäre Bewegung ihren Fokus zusehends in den analogen Raum verschoben, indem sie mittels „Adaption linker Subkultur“ (Brinker 2016) politische Aktionen durchführt, um ihre Botschaften in die öffentliche Sphäre zu tragen. Ihre inhaltlichen Ziele richten sich gegen den „Multikulti-Wahn“, die „unkontrollierte Massenzuwanderung“ und den „Verlust der eigenen Identität durch Überfremdung“ – Grundüberzeugen, die in einen veritablen anti-muslimischen Rassismus kulminieren (Bundesamt für Verfassungsschutz 2017).⁴⁶ In Baden-Württemberg

44 Neben den nun folgenden sind außerdem die sogenannten Reichsbürgerinnen und Reichsbürger nach einer Reihe von Vorfällen in den Fokus gerückt. Nach Recherchen des SWR leben mehr als tausend von ihnen in Baden-Württemberg (Südwestrundfunk 2017).

45 Hinsichtlich möglicher Verbindungen zwischen IBD und der AfD in Baden-Württemberg vgl. Speit (2016).

46 Ihre Gedanken fußen auf dem Konzept des Ethnopluralismus als eine Form des „Rassismus ohne Rassen“, das ein Vermischen „der Kulturen“ strikt ablehnt (Brinker 2016).

existierten im Jahr 2015 insgesamt vier regionale IBD-Strukturen mit jeweils eigenen Facebook-Auftritten. Trotz dieses bestehenden Organisationsgrads konnten im vorletzten Jahr kaum nennenswerte Aktionen in Baden-Württemberg verzeichnet werden. Zusätzlich zu einigen Demonstrationsteilnahmen, Flugblattaktionen und Stammtischen fielen die baden-württembergischen Vertreterinnen und Vertreter des IBD noch mit einem „Aktivistenwochenende“ auf (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:154; 157).

Neben dem IBD konnten sich auch Ableger beziehungsweise Abspaltungen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“⁴⁷ (PEGIDA) im Südwesten Deutschlands gründen, die jedoch niemals die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der PEGIDA-Veranstaltungen in anderen Regionen Deutschlands erreichten. So konnten beispielsweise die „Karlsruher gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (KARGIDA) am Anfang bei ihren teilweise im Wochenrhythmus erfolgten Kundgebungen ab Februar 2015 rund 150 Personen anziehen, unter denen vereinzelt Vertreterinnen und Vertreter rechtsextremistischer Parteien identifiziert werden konnten. Kurz darauf erfolgte allerdings die Abspaltung der KARGIDA-Gruppe von der PEGIDA-Bewegung (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:146).

Um aufgrund der in diesem Kapitel beschriebenen Entwicklungen die Prävention zu stärken, erweiterte das Innenministerium das schon bestehende „Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg“ (KPEBW) um den Aufgabenbereich des Rechtsextremismus (Innenministerium Baden-Württemberg 2016). Ein weiteres Präventionsprojekt, dessen Ziel es ist, junge Menschen für dieses Thema zu sensibilisieren, trägt den Namen „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“ (Landeszentrale für politische Bildung 2016).⁴⁸

Salafismus in Baden-Württemberg

Eine gleichsam ambiguitätsintolerante Strömung stellen die Salafisten dar. Ähnlich wie andere Formen von Radikalität und Extremismus verschafft der Salafismus vorrangig bei Jugendlichen in sozial oder identitär verunsicherten Lagen Orientierung. Somit spricht die Rhetorik und Idee des Salafismus auch junge Menschen⁴⁹ ohne Migrationsgeschichte an, besonders sind jedoch junge Musliminnen und Muslime meist aus sozial prekären und instabilen sowie identitär verunsicherten

47 Diese wurden im Jahr 2015 allerdings nicht vom baden-württembergischen Verfassungsschutz beobachtet, da keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen festgestellt worden seien (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:146).

48 Die Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus des LKA (BIG Rex) ist wiederum zentraler Bestandteil des landesweiten Programms „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“, um Menschen zu unterstützen, welche die Szene verlassen möchten. Nach eigenen Angaben konnten seit Beginn 177 Personen mit Unterstützung des BIG Rex aus der Szene auszusteigen (Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2016:33).

49 Salafistische Akteure versuchen explizit jüngere Menschen anzusprechen (vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung, Landeszentrale für politische Bildung und Ministerium für Kultus, Jugend und Sport 2016).

Lagen von der vereinfachenden Rhetorik der Salafistinnen und Salafisten fasziniert. Sie finden darin sinngebende Erzählungen, die sie vermeintlich aus dem Dilemma der immerwährenden Entscheidungsfindung befreien. Dazu gehört auch die nationale Identität, mit der viele Jugendliche mit Migrationshintergrund hadern. Selbst in Deutschland geboren, wird ihnen die deutsche Identität selten als etwas Selbstverständliches zugesprochen. Stattdessen werden sie als „Migrantenkinder“ oder auf Basis der nationalen Identität ihrer Eltern als beispielsweise Türkinnen und Türken oder Araberinnen und Araber adressiert, die nicht zur deutschen Gesellschaft dazugehören (vgl. Canan 2015). Während es ihnen meist gelingt, eine lokale Identität zu entwickeln, erfordert die Artikulation einer deutschen Identität vor diesem Hintergrund einen hohen Ressourcenaufwand und permanente Reflexion, die viele Jugendliche überfordert. Die Salafistinnen und Salafisten bieten demgegenüber eine neue, übergeordnete Identität an: nämlich diejenige als wahrer Muslim oder wahre Muslima. Die Idee der „ethnizitätsblinden Umma“, wie Rauf Ceylan und Michael Kiefer es nennen, ist deswegen gerade für junge Menschen mit Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen attraktiv (Ceylan and Kiefer 2013:75ff.) Sie führt allerdings notwendigerweise ihrerseits zu Ausgrenzung und Diskriminierung all jener, die nicht in das geschlossene salafistische Weltbild passen.

Die politische Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Salafismus in Baden-Württemberg ist noch relativ neu, was sich unter anderem daran festmachen lässt, dass für den Zeitraum vor 2011 keine Einträge in der Parlamentsdatenbank des Landes zu diesem Schlagwort vorliegen.⁵⁰ Das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet die wachsende salafistische Szene hingegen schon seit 2004 (Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg 2014). Die Zahl der insgesamt vom Landesverfassungsschutz registrierten Islamistinnen und Islamisten⁵¹ betrug im letzten Jahr in etwa 3500, darunter circa 620 Salafistinnen und Salafisten⁵² – jeweils ein leichter Anstieg zum Vorjahr –, die sich auf „15 Objekte oder Vereinigungen“ verteilen (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:44). Bundesweit kam damit jede zehnte Salafistin beziehungsweise jeder zehnte Salafist aus Baden-Württemberg (Holdenried 2015). 120 Salafistinnen und Salafisten galten Ende 2015 in Baden-Württemberg als gewaltorientiert, wovon wiederum bei 50 vermutet wird, dass sie sich in Syrien und dem Irak an Kampfhandlungen beteiligt hätten (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:33f.).⁵³ Zugleich konnte bei mehreren verdächtigen Islamistinnen und Islamisten aus Baden-Württemberg die Ausreise verhindert werden (Bäßler 2015). Aber nicht nur die Migration von Islamistinnen und Islamisten nach Syrien, sondern auch die Bemühungen der gezielten Rekrutierung von Asylbewerberinnen und Asylbewerber⁵⁴

50 Vgl. <http://www.statistik-bw.de/OPAL/>, zuletzt geprüft am 05.04.2017.

51 Laut dem Landesinnenministerium befinden sich zudem mindestens ein Fünftel der sogenannten „Gefährder“ in Baden-Württemberg (Kaiser 2017).

52 Die endgültigen Zahlen für 2016 sind allerdings erst mit dem noch zu veröffentlichenden Verfassungsschutzbericht 2016 zu erwarten.

53 Circa ein Drittel der Dschihadistinnen und Dschihadisten ist zurückgekehrt und stellt die Sicherheitsbehörden damit vor neue Herausforderung (Neu 2016).

54 Vor diesem Hintergrund hat das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg eine Handreichung für Betreiber von Flüchtlingsunterkünften zur Sensibilisierung gegen sowohl islamistischen Extremismus als auch Rechtsextremismus veröffentlicht (vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg 2016).

durch salafistische Akteurinnen und Akteure beschäftigen die Sicherheitsbehörden. So kam es im vorletzten Jahr zu 29 und im vergangenen Jahr zu mindestens 13 Kontaktaufnahmen von Islamistinnen und Islamisten zu Asylbewerberinnen und Asylbewerbern (Landtag Baden-Württemberg 2016b:3).⁵⁵

Salafistisch orientierte Personen beziehen sich auf eine idealisierte Gesellschaft im 7./8. Jahrhundert in Mekka und Medina und versuchen, sich an dieser zu orientieren (vgl. Steinberg 2012). Rauf Ceylan und Michael Kiefer haben für die gegenwärtige Erscheinungsform des Salafismus den Begriff „Neo-Salafismus“ geprägt (Ceylan and Kiefer 2013:75ff.). Dieser bietet in seinem Streben nach eindeutigen Grundprinzipien und Regeln einen sicheren Ankerpunkt mit festen Werten und Strukturen. Der Neo-Salafismus zeichnet sich durch einen auf Eindeutigkeit fixierten Blick auf die islamische Religion aus, was eine „[...] strikte Imitation und reine Befolgung ohne Reflexion und Einbettung der islamischen Botschaft in den jeweiligen historischen Kontext“ (Ceylan and Kiefer 2013:78) zur Folge hat: Der Koran soll wörtlich interpretiert werden, demnach sind auch nur Koran und die Sunna des Propheten (Sammlung der Taten und Aussprüche des Propheten Mohammed) als Quellen der Exegese zulässig (Kraetzer 2014:78).

Die salafistische Szene in Baden-Württemberg ist sehr divers, schwankt untereinander zwischen Zusammenarbeit bis offener Feindschaft und weist in vielen Fällen nur lose Organisationsstrukturen auf, gleichwohl existiert eine ausgedehnte Vernetzung. Vor zwei Jahren löste sich der erst fünf Jahre zuvor als Dachverband gegründete, aber erfolglos agierende „Hohe Rat der Gelehrten und Imame in Deutschland e. V.“ wieder auf. Programmatisch setzte man bis 2016⁵⁶ auf die 2011 gestartete Missionierungskampagne „LIES!“, bei der landesweit Korane verteilt wurden. Der Landesverfassungsschutz verzeichnete insgesamt circa 145 Bücher-tische im Rahmen dieser Aktivitäten (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:44; 48; 49).

Erwähnenswert ist neben mehreren Prozessen⁵⁷ gegen salafistische Personen aufgrund des Verdachts der Unterstützung terroristischer Vereinigungen⁵⁸ sowie Razzien (Bäßler 2015) zudem das 2015 vom baden-württembergischen Innenminister ausgesprochene Verbot des salafistischen Moscheevereins „Islamisches Bildungs- und Kulturzentrum Mesdschid Sahabe e. V.“, womit zum ersten Mal ein islamistischer Verein in Baden-Württemberg verboten wurde (Ministerium für

55 Der nachfolgende Abschnitt ist nahezu vollständig übernommen aus Foroutan et al. 2016:27.

56 Im November 2016 sprach der Bundesinnenminister de Maizière ein Verbot gegen die Vereinigung „Die wahre Religion (DWR)“ alias „LIES! Stiftung“/„Stiftung LIES“ aus (Bundesministerium des Inneren 2016).

57 Einer der wichtigsten Prozesse gegen eine islamistische Person in Baden-Württemberg betraf den Attentäter, der den Anschlag auf Angehörige der US-Streitkräfte am Frankfurter Flughafen am 2. März 2011 verübte (Landtag Baden-Württemberg 2011:2ff.).

58 Alles in allem wurden 74 Strafverfahren dem Themenfeld Islamismus im Jahr 2015 zugeordnet ((Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2016:16)).

Inneres, Digitalisierung und Migration 2016:44; 51ff.; 53f.). Letztes Jahr geriet eine salafistische Gruppierung besonders in den Fokus der Öffentlichkeit, nachdem sie bekannt gegeben hatte, in Fellbach-Oeffingen ihr bundesweit größtes Missionierungszentrum zu eröffnen, für das sie bereits ein entsprechendes Gebäude in dem Ort gekauft hatten. Der Fellbacher Gemeinderat verhinderte die Umsetzung des Plans letztlich (Südwestrundfunk 2016a).

Parallel zum Rechtsextremismus wird versucht mittels Projekten sowie Institutionen wie dem „Team Mex“⁵⁹ und dem „Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus“ gegen salafistische beziehungsweise islamistische Strukturen sowie Tendenzen anzugehen.⁶⁰

Zwischenfazit I

Gegenwärtig haben fast 27 Prozent der Bevölkerung Baden-Württembergs einen Migrationshintergrund. In Baden-Württemberg ist damit Migration kein Randphänomen und Migrantinnen und Migranten bereits über Generationen im Stadt- und Landbild vertreten. Migrantinnen und Migranten sowie ihre Nachkommen handeln die Politik und die gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Bundesland mit aus, auch hier wird Migration omnipräsent diskutiert, die Kontakte und Interaktionen steigen, die Offenheit gegenüber sichtbarer Pluralisierung zeigt sich in Positionierungen und symbolischer Anerkennung von Minderheiten (im Falle dieser Studie von Musliminnen und Muslimen). Gleichzeitig gibt es eine präsente Pluralitätsabwehr, die sich nicht nur in einer gestärkten Rechtsextremismusszene zeigt, sondern auch in einer Präsenz und Organisation salafistischer Gruppierungen. Baden-Württemberg kann somit als ein postmigrantisches Bundesland bezeichnet werden, das besonders von der Arbeitsmigration der 1950/60er Jahre geprägt ist, aber auch von Internationalisierungen und neuer Migration aus Südeuropa im Zuge der Finanzkrise und Fluchtmigration im Zuge des Sommers der Migration 2015. Die baden-württembergische Politik setzte sich erst in den 2000er Jahren mit der vorhandenen Diversität in ihrem Bundesland tiefergehend auseinander. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung fiel vielfältig aus. Es wurden beispielsweise Studien in Auftrag gegeben, um mehr Wissen zum Thema Migration und Integration zu erhalten, das einjährige Modellprojekt „Anonym Bewerben in Baden-Württemberg“ wurde initiiert oder ein Landesprogramm zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration wurde eingeführt. Dennoch verläuft das Integrationsgeschehen in Baden-Württemberg nicht immer konfliktfrei. So kommt es zum Beispiel oftmals zu Reibungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteurinnen oder Akteuren beim Thema Islam und dessen Eingliederung. Mit der AfD hat zudem eine national-konservative Partei in Baden-Württemberg Fuß gefasst, die stärker auf Homogenität statt Diversität setzt. Darüber hinaus sieht sich Baden-Württemberg mit extremistischen Gruppierungen wie rechtsextremen oder radikal-salafistischen Gruppen konfrontiert.

59 Im Rahmen dieses Projekts hat die Landeszentrale für politische Bildung den Glossar „Jugendszenen zwischen Islam und Islamismus“ veröffentlicht (Landeszentrale für politische Bildung 2014).

60 Für eine detailgenauen Darstellung vgl. Landtag Baden-Württemberg (2015d).

II. Einstellungen der Bevölkerung Baden-Württembergs zu religiöser Vielfalt am Beispiel der Akzeptanz von Islam und Muslimen in Deutschland

1. Diversitätsbezüge: Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen in Baden-Württemberg

Stereotype also Vorstellungen davon, was eine bestimmte Gruppe im Kern charakterisiert, beeinflussen die Wahrnehmung von und den Umgang mit dieser Gruppe und ihren Mitgliedern (Dovidio et al. 2010). Diese Vorstellungen stellen Vereinfachungen dar, die nicht unbedingt auf alle oder überhaupt auf irgendwelche Mitglieder einer Gruppe zutreffen müssen. Darüber können sich Personen bewusst sein, müssen es aber nicht. Wenn Stereotype mit einer Wertung verbunden sind und sich diese im Handeln niederschlägt, können sie zur Ausgrenzung, Abwertung oder Diskriminierung der stereotypisierten Gruppe führen. Wird Toleranz gegenüber Differenz und Pluralität als notwendiges Fundament einer demokratischen Kultur in postmigrantischen Gesellschaften verstanden, dann können ausgrenzende und abwertende Stereotype und Vorurteile gegenüber Minderheiten, wenn sie entsprechend instrumentalisiert werden, dieses Fundament aushöhlen (Zick, Küpper and Hövermann 2011:20).

Stereotype und Vorurteile können anhand von Einstellungsmessungen abgebildet werden. In den vergangenen Jahren gab es diesbezüglich unterschiedliche Einstellungsmessungen auf Bundesebene. Detlef Pollack zeigte etwa 2010 in der Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“, dass das Bild des Islam in Deutschland häufiger mit negativen Assoziationen einhergeht als mit positiven (Pollack 2010). Auch eine 2012 erschienene Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Allensbach und des Religionsmonitors 2013 bestätigen dies (Petersen 2012; Pollack and Müller 2013). Angelehnt an bereits vorhandene Messungen (Decker, Kiess and Brähler 2014; Heitmeyer 2012; Pollack 2010; Zick et al. 2011) wurden in dieser Studie anhand von sieben Aussagen Stereotype und Vorurteile gegenüber Musliminnen und Muslimen in Baden-Württemberg erfasst. Auf Grundlage der von uns erhobenen Daten ist es möglich, Einstellungsmuster der baden-württembergischen Bevölkerung zu kultureller, ethnischer, religiöser und nationaler Vielfalt, die durch und nach Migrationsbewegungen entsteht, zuverlässig zu beschreiben.

Stereotype und Vorurteile

Baden-württembergische Bürgerinnen und Bürger vertreten in Fragen des sozialen Zusammenlebens überwiegend positive Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen (Abbildung 1).

Defizitorientierte Stereotype, die besonders im Zuge der Sarrazin-Debatte bundesweit diskutiert wurden (Bade 2013), werden mehrheitlich nicht geteilt. So lehnt eine deutliche Mehrheit (73,7 Prozent) der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger das Stereotyp, Musliminnen und Muslime seien eine soziale Belastung in Deutschland, ab. Auch betrachtet eine Mehrheit (63,9 Prozent) Musliminnen und Muslime nicht als Bedrohung. Zudem empfinden 54,3 Prozent der Befragten die muslimische Kultur als Bereicherung.⁶¹ Die öffentliche Negativwahrnehmung gegenüber Musliminnen und Muslimen macht sich im bundesweiten Diskurs auch immer wieder an sogenannten „Problemschulen“ fest. Der muslimische Hintergrund von Schulkindern wird oftmals synonym mit einer Problematisierung der Lernsituation gefasst (Fincke and Lange 2012; Karakayalı and zur Nieden 2014). Entsprechende bildungsbezogene Stereotype scheinen bei einem nicht unerheblichen Teil in der baden-württembergischen Bevölkerung weiterhin vorhanden zu sein. Denn ungefähr ein Drittel (32,6 Prozent) der Befragten wäre nicht bereit, das eigene Kind auf eine Schule zu schicken, in dem jedes vierte Kind muslimisch ist. Für 63,7 Prozent der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger stellt dies hingegen kein Problem dar (Abbildung 2).

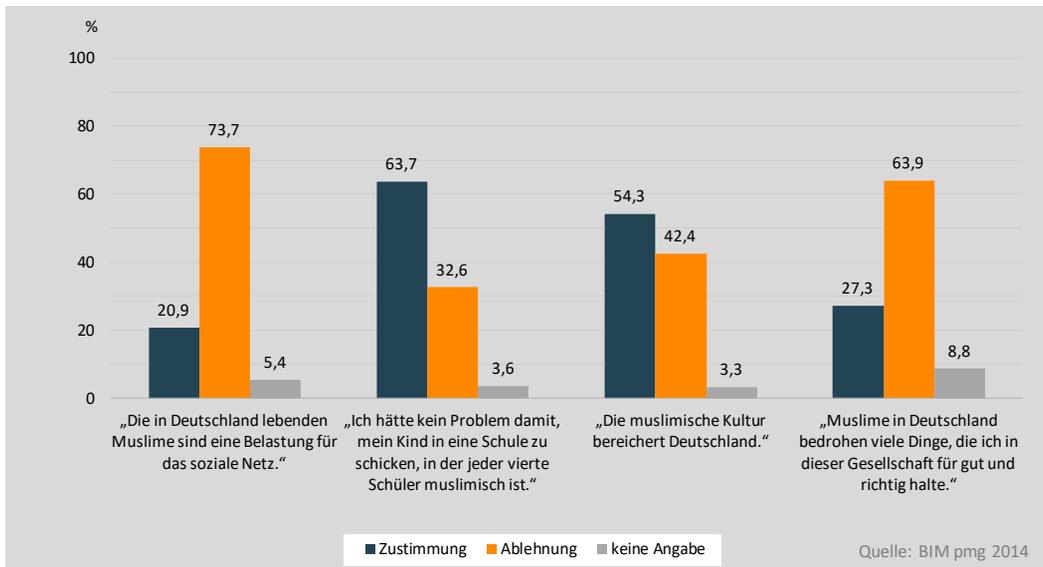


Abbildung 1: Einstellungen der Bevölkerung Baden-Württembergs zu Musliminnen und Muslimen (in Prozent, gewichtet)

Bei den vier formulierten Aussagen unterscheidet sich die baden-württembergische Bevölkerung nicht substantiell vom restlichen Bundesgebiet in ihren Einstel-

⁶¹ Zwar lehnen 42,4 Prozent diese Aussage ab, diese Ablehnung verweist allerdings nicht notwendigerweise auf eine negative Einstellung gegenüber Musliminnen und Muslimen als Individuen, wurde doch nicht erfasst, was genau die Befragten mit „muslimischer Kultur“ assoziieren. Überdies können ablehnende Antworten auch Ausdruck einer grundlegend religionskritischen Haltung sein, die – unabhängig vom Islam – das hohe Maß an Säkularität in der deutschen Gesellschaft bedroht sieht. Doch wenn man davon ausgeht, dass eine postmigrantische Gesellschaft von zahlreichen kulturellen Einflüssen lebt, dann kann eine Ablehnung durchaus als Skepsis gegenüber Vielfalt verstanden werden.

lungsmustern (vgl. Abbildung 1 und Abbildung 2). Damit liegt Baden-Württemberg hier im Bundesdurchschnitt.

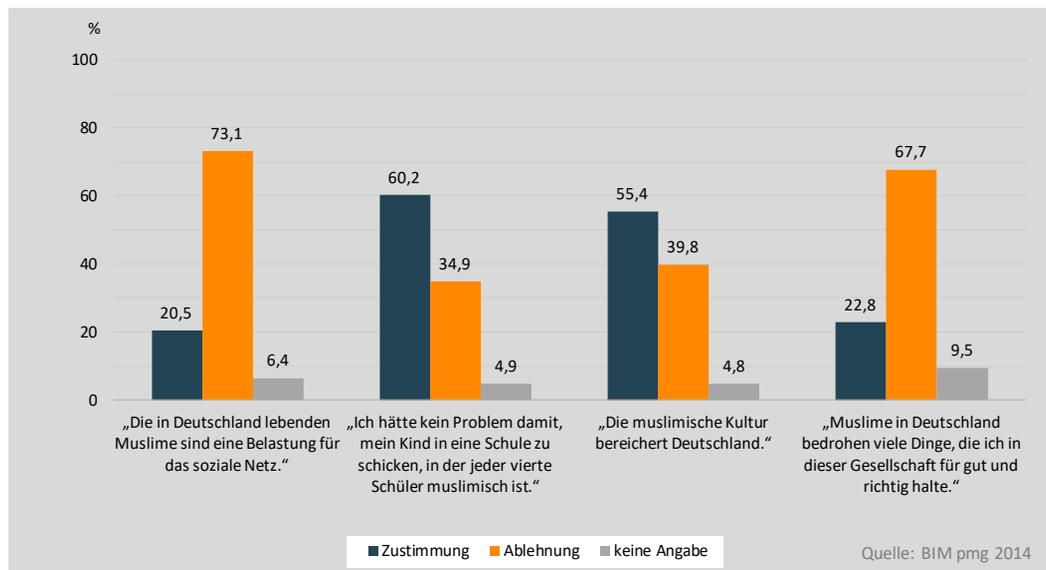


Abbildung 2: Einstellungen zu Musliminnen und Muslimen im restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet)

Verhältnis zwischen der eigenen Gruppe und der Gruppe der Musliminnen und Muslime

Stereotype gegenüber Gruppen, die als anders wahrgenommen werden, können zu einer kulturellen Essentialisierung führen (Shooman 2014), die die Fremdgruppe pauschal degradiert. Die eigene Gruppe kann dadurch ihren Selbstwert steigern, indem sie der fremden Gruppe negative Eigenschaften zuschreibt. Dadurch wird die eigene Gruppe als besser positioniert wahrgenommen (Tajfel and Turner 1986). Um herauszufinden, inwiefern nichtmuslimische Personen die Gruppe der Musliminnen und Muslime im Vergleich zur eigenen Gruppe stereotypisieren, wurden für drei themenverschiedene Aussagen jeweils ein „wir“ als Komplementärgruppe eingeführt. Zwei dieser Aussagen enthielten Stereotype, die vor allem um die Zuschreibungen ‚gewaltbereit‘ und ‚bildungsfern‘ kreisten, welche im Zuge der Sarrazin-Debatte häufig wiederholt wurden (Bade 2013). Eine dritte Aussage hatte eine normative Äußerung zur stärkeren Anerkennung von Musliminnen und Muslimen zum Gegenstand. In der Abbildung 3 sind die Ergebnisse zu dem gewalt- und bildungsbezogenen Stereotyp dargestellt.

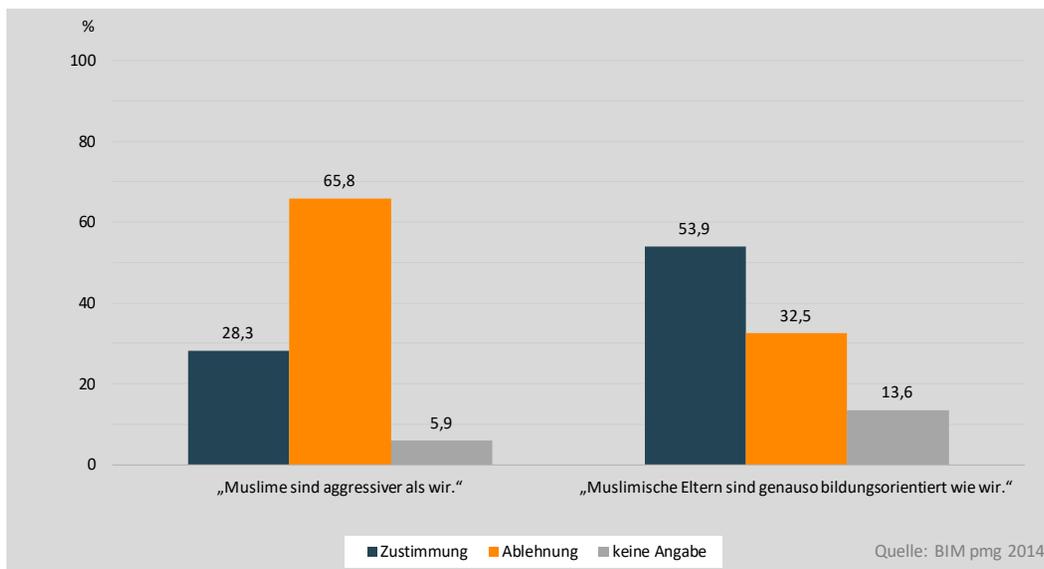


Abbildung 3: Stereotypisierung von Musliminnen und Muslimen in der Bevölkerung Baden-Württembergs (in Prozent, gewichtet)

28,3 Prozent der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger stimmen der Aussage „Muslime sind aggressiver als wir“ zu. 65,8 Prozent lehnen diese ab. Damit geht ungefähr ein Viertel der baden-württembergischen Befragten davon aus, dass es etwas spezifisch „Muslimisches“ gibt, das sehr negativ ist – nämlich ein hohes Aggressionspotential – und das bei der eigenen Gruppe nicht oder nicht in einem solchen Maße vorhanden ist. Ähnlich sieht es mit dem bildungsbezogenen Stereotyp aus. Hier sehen 32,5 Prozent die Gruppe der Musliminnen und Muslime als nicht genauso bildungsorientiert wie ihre eigene Gruppe an.

Das dargestellte baden-württembergische Ergebnis hinsichtlich des Verhältnisses der eigenen Gruppe zu der Gruppe der Musliminnen und Muslimen stimmt auch hier im Wesentlichen mit dem restlichen Bundesgebiet überein. 26,3 Prozent der Befragten im restlichen Bundesgebiet sehen Muslime als aggressiver als die eigene Gruppe an, während 63,9 Prozent der Befragten dies nicht tun. Und 55,4 Prozent der Befragten im restlichen Bundesgebiet nehmen Musliminnen und Muslime genauso bildungsorientiert wie ihre eigene Gruppe wahr. 29,7 Prozent der Befragten hingegen sehen dies nicht so (Abbildung 4).

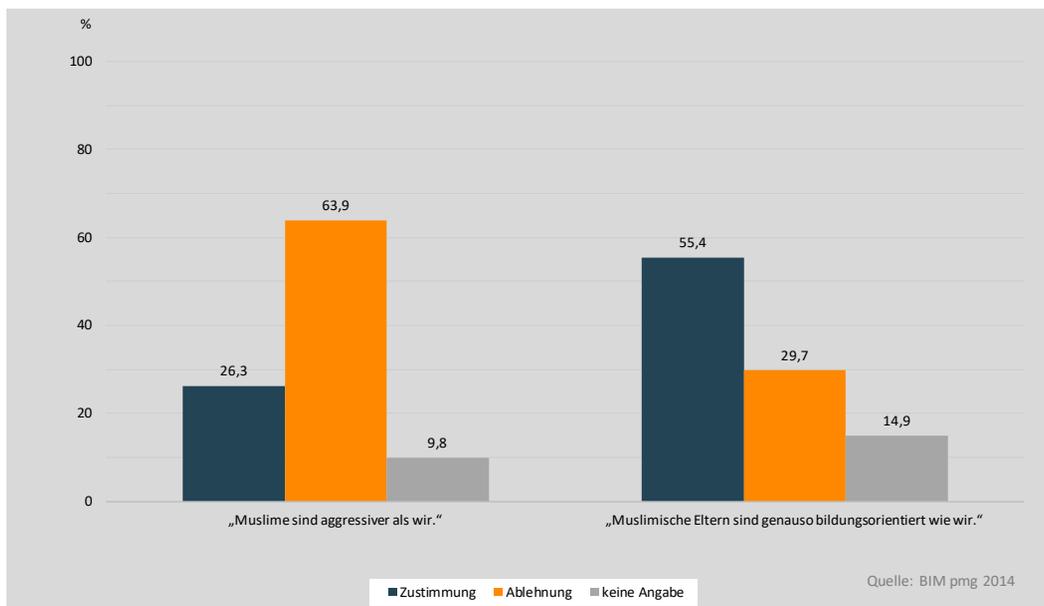


Abbildung 4: Stereotypisierung von Musliminnen und Muslimen im restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet)

Hinführend zum Kapitel 2, in dem es um die konkrete Anerkennung von religiösen Teilhaberechten geht, soll nun die Haltung der baden-württembergischen Bevölkerung im Hinblick auf die normative Äußerung „Wir sollten Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen“ dargestellt werden. Aus der Abbildung 5 geht hervor, dass in Baden-Württemberg eine Mehrheit der Befragten (63,5 Prozent) eine stärkere Anerkennung von Musliminnen und Muslimen befürwortet, während ungefähr 29,3 Prozent der Befragten ihr ablehnend gegenüberstehen. Die Anerkennungsbereitschaft in Baden-Württemberg unterscheidet sich leicht vom restlichen Bundesgebiet. Diese Unterschiede sind jedoch nicht signifikant.

Es ist also eine hohe Bereitschaft für mehr Anerkennung von Musliminnen und Muslimen in Baden-Württemberg, so wie im restlichen Bundesgebiet, – zumindest auf abstrakter Ebene – vorhanden.

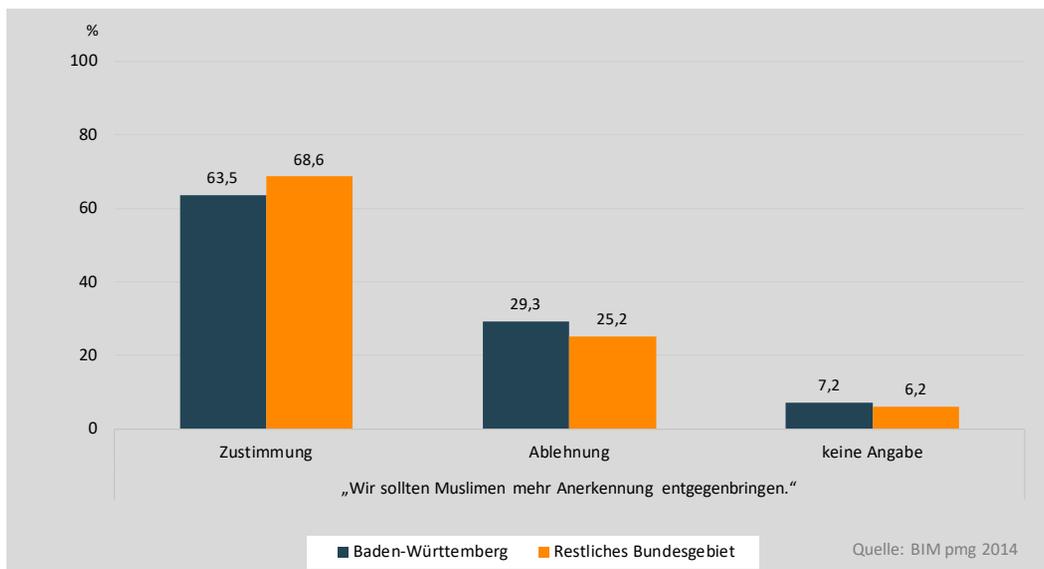


Abbildung 5: Bereitschaft zu mehr Anerkennung gegenüber Musliminnen und Muslimen in Baden-Württemberg und im restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet)

Zwischenfazit II

Die Einstellungen der baden-württembergischen Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen sind eher positiv - negative Einstellungen werden mehrheitlich nicht geteilt. So sind ungefähr 63,5 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg der Meinung, dass Musliminnen und Muslimen mehr Anerkennung entgegengebracht werden sollte. 73,1 Prozent der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger meinen zudem, dass Musliminnen und Muslime keine soziale Belastung in Deutschland sind. Gleichzeitig gibt es aber auch eine nicht unerhebliche Zahl an Befragten, bei denen Stereotypisierungen über Musliminnen und Muslime Anklang finden. So meinen 28,3 Prozent der befragten baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürgern, Musliminnen und Muslime seien aggressiver als sie selbst oder 32,5 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung betrachten Musliminnen und Muslime nicht in gleichem Maße als bildungsorientiert wie sie selbst. Dies ist insofern problematisch, als Stereotype Verallgemeinerungen und verzerrend sind, weil sie Gründe für soziale Ungleichheiten verbergen. So könnte Bildungsferne mit Musliminnen und Muslimen assoziiert werden, obwohl die Gründe für Bildungsungleichheiten weniger mit der Religion zusammenhängen als mit sozial-strukturellen Faktoren (Canan 2012). Gegenwärtige Chancenungerechtigkeiten im Bildungssystem können so allerdings nicht beseitigt werden – vielmehr werden sie dadurch verschleiert und deren Beseitigung verhindert, wenn als Argument kulturelle Inkompatibilitäten hervorgehoben werden. Daraus resultieren wiederum Vermeidungsstrategien, die soziale Ungleichheiten weiter festigen, zum Beispiel Segregationshandlungen. Stereotype können

so die Reproduktion von sozialen Ungleichheiten begünstigen, die aus Chancengerechtigkeiten entstehen. Was Einstellungen oder Stereotypisierungen zu Musliminnen und Muslimen angeht, liegt Baden-Württemberg im Bundesdurchschnitt.

2. Religionsbezüge: Einstellungen zu religionspolitischen Themen

Das Verhältnis von Staat und Religion ist angesichts sinkender Mitgliedschaften der großen christlichen Kirchen und der zunehmenden religiösen Pluralisierung beständigen Herausforderungen ausgesetzt.⁶² Dabei wird zum einen ganz grundsätzlich diskutiert, welcher Platz Religion im weltanschaulich neutralen Staat zukommen soll, zum anderen, inwieweit Minderheitenreligionen gleiche Rechte zugestanden werden sollen, wie sie insbesondere die katholische und evangelische Kirche genießen.

Die folgenden Abschnitte zu Beschneidungsverbot, Moscheebau, dem Tragen des Kopftuchs und islamischem Religionsunterricht bilden auf der einen Seite zentrale Punkte in der öffentlichen Diskussion auf Bundes- und Landesebene ab, auf der anderen Seite stellen sie entscheidende Wegmarkierungen für die gesellschaftliche Partizipation einer religiösen Minderheit – den Musliminnen und Muslimen – dar. Ergänzt werden sie um Fragen, die generell die Akzeptanz von bestimmten Kooperationsformen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften messen. Insofern soll im folgenden Kapitel analysiert werden, welche kulturelle, sozial-räumliche, strukturelle und symbolische Anerkennung religiöser Vielfalt die Bevölkerung Baden-Württembergs signalisiert. Religiöse Vielfalt steht hier exemplarisch für einen sichtbaren und symbolischen Bestandteil heterogener postmigrantischer Gesellschaften. Die Einstellung zu religiöser Vielfalt wird hier, wie bereits in der Einleitung formuliert, exemplarisch am Beispiel der Einstellung gegenüber der größten religiösen Minderheit – den Musliminnen und Muslimen in Deutschland – erhoben.

Beschneidung

Zu den großen religionspolitischen Debatten der letzten Jahre zählt auch die Frage der religiös motivierten Beschneidung von Jungen. Sowohl im Islam⁶³ als auch im Judentum ist die Beschneidung von Jungen vorgesehen. Sie stellt einen wesentlichen Teil der jüdischen und muslimischen Religion dar (Knobloch 2012; Rohe 2012). Im weltweiten Rahmen ist die Beschneidung von Jungen gar nicht so selten, immerhin sind laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation circa 30

62 Dieses Kapitel sowie folgende beruht in Teilen auf dem Kapitel „Einstellungen der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens zu religiöser Vielfalt am Beispiel der Akzeptanz von Islam und Musliminnen und Muslimen in Deutschland“ des Hefts „Nordrhein-Westfalen postmigrantisch“(Canan et al. 2016, 58ff).

63 Für eine differenzierte Einschätzung zur religiös motivierten Beschneidung bei Jungen und Männern im Islam vgl. Rohe (2012).

Prozent der Jungen und Männer über 15 Jahren weltweit beschnitten. Dies ist nicht immer auf religiöse Gründe zurückzuführen, so sind drei Viertel der nicht-jüdischen und nicht-muslimischen Männer in den USA ebenso beschnitten (World Health Organisation 2007:8).

Diese Praxis der Beschneidung wurde in Deutschland viele Jahre auch ohne gesetzliche Regelung toleriert. Erst als das Landgericht Köln im Mai 2012 die Beschneidung als Körperverletzung einstufte, entstand eine breite öffentliche, sehr kontrovers geführte Debatte. Im Zuge dieser wurde immer wieder unterstellt, dass jüdische und muslimische Eltern sich über die Grundrechte ihrer Kinder hinwegsetzen würden und das Kindeswohl für sie eine geringere Rolle spiele als die alten Traditionen. Die Debatte ging mit der Konstruktion eines regelrechten Dualismus zwischen „deutschem Rechtsdenken“ und „jüdisch-muslimischem Religionsritus“ (Darnstädt 2012) so weit, dass der damalige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, darin ein Aufflammen von Antisemitismus sah (Herzinger 2012) und sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel intervenierte (Spiegel-Online 2012). In deutschen Strafverfolgungsbehörden führte dies zu einer gewissen Unsicherheit, wie in den konkreten Fällen zu verfahren sei. Baden-Württemberg positionierte sich in der Weise, dass „rituelle Beschneidung von Jungen weiter grundsätzlich straffrei bleiben [sollten], wenn sie medizinisch korrekt ausgeführt“ würden (n-tv 2012). Die zuständigen baden-württembergischen Generalstaatsanwaltschaften planten in solchen Fällen von Ermittlungen abzusehen, bis eine einheitliche gesetzliche Regelung getroffen sei (n-tv 2012).

Im Dezember 2012 beschlossen dann Bundestag und Bundesrat ein solches Gesetz, wonach Beschneidungen durch die Eltern auch ohne medizinische Notwendigkeit veranlasst werden können. Der Bundestag begründet das in einem Entschließungsantrag damit, dass „[j]üdisches und muslimisches religiöses Leben [...] weiterhin in Deutschland möglich sein [muss]“ (Deutscher Bundestag 2012).

Trotz der inzwischen getroffenen gesetzlichen Regelung, die Musliminnen und Muslimen und Jüdinnen und Juden Selbstbestimmung garantiert, ist die Akzeptanz für dieses Recht in der Bevölkerung vergleichsweise gering: Einem Verbot der Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen stimmen 60,6 Prozent der Bevölkerung in Baden-Württemberg zu. Damit unterscheiden sie sich nicht vom restlichen Bundesgebiet (Abbildung 6). Offensichtlich wirkt das negative Bild, welches in der Debatte von der Beschneidung gezeichnet wurde, hier noch nach.

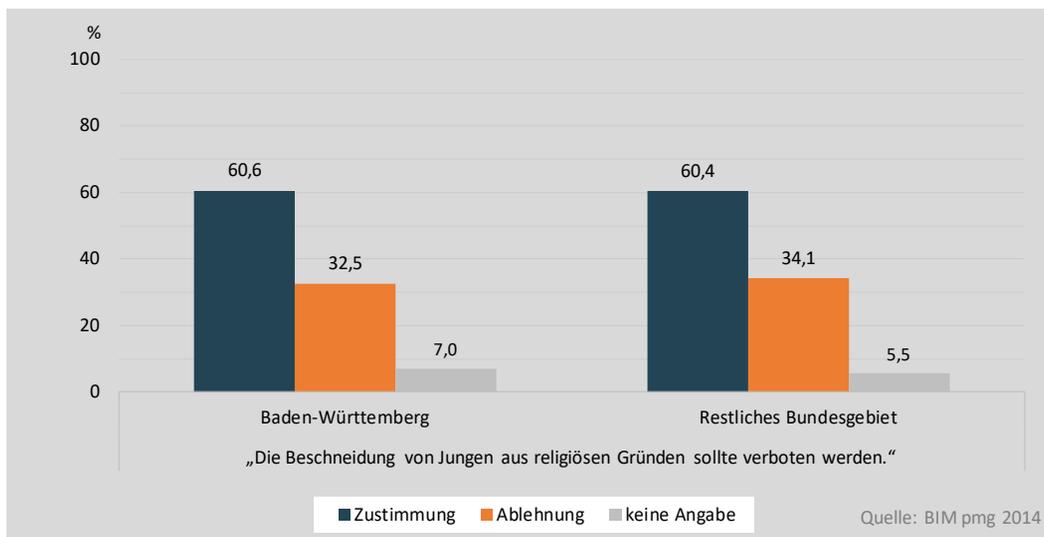


Abbildung 6: Einstellungen zur Aussage „Die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen sollte verboten werden“ in der Bevölkerung Baden-Württembergs im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet)

Moscheebau

Während die Frage der Beschneidung jüdische und muslimische Gläubige gleichermaßen betrifft, gab es in den letzten Jahren eine Reihe von gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, in denen es ausschließlich um das Recht von Musliminnen und Muslimen ging, ihren Glauben in Deutschland sichtbar zu leben. Dazu zählen die wiederkehrenden Debatten um den Bau von repräsentativen Moscheen.

Derzeit gibt es laut dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in Deutschland ca. 2800 Moscheen (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2015). Die meisten von ihnen befinden sich in Hinterhöfen, auf Fabrikgeländen oder in ehemaligen Ladenlokalen (Leggewie, Joost and Rech 2002). Da sie keine Kuppeln oder Minarette besitzen, sind sie von außen nicht sofort als Moschee erkennbar. Die seit den 1990er Jahren entstehenden sichtbaren und repräsentativen Moscheeneubauten sind Ausdruck davon, dass Musliminnen und Muslime Deutschland zunehmend als ihre neue Heimat verstehen (Kraft 2002; Rommelspacher 2009).

Moscheebauvorhaben besitzen auch deswegen für die Analyse postmigrantischer Gesellschaften eine hohe Bedeutung, da hier die symbolische Position ausgehandelt wird, die den Musliminnen und Muslimen innerhalb des Stadtraums von der etablierten nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft zugestanden wird (Leggewie et al. 2002). Mit der so entstehenden sozialräumlichen Präsenz muss

sich eine postmigrantische Gesellschaft auseinandersetzen, was eben zu Konflikten mit jenen führt, die ihre Vorrechte auf symbolische Etabliertheit im öffentlichen Raum in Frage gestellt sehen.

Moscheebauprojekte werden heftig diskutiert, weil sie für die nicht-muslimische Mehrheitsgesellschaft ein eindeutiges Signal des Ankommens und der Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland darstellen. Sie sind das Objekt, anhand dessen über ‚den Islam‘ gestritten oder mit ihm abgerechnet werden kann.

In Baden-Württemberg sprechen sich 46,7 Prozent für eine Einschränkung von öffentlich sichtbaren Moscheebauten aus; 49,9 Prozent lehnen eine solche Einschränkung ab. Die Bevölkerung Baden-Württembergs unterscheidet sich leicht vom restlichen Bundesgebiet, wo 54,9 Prozent eine Einschränkung ablehnen (Abbildung 7). Diese Unterschiede sind jedoch nicht signifikant.

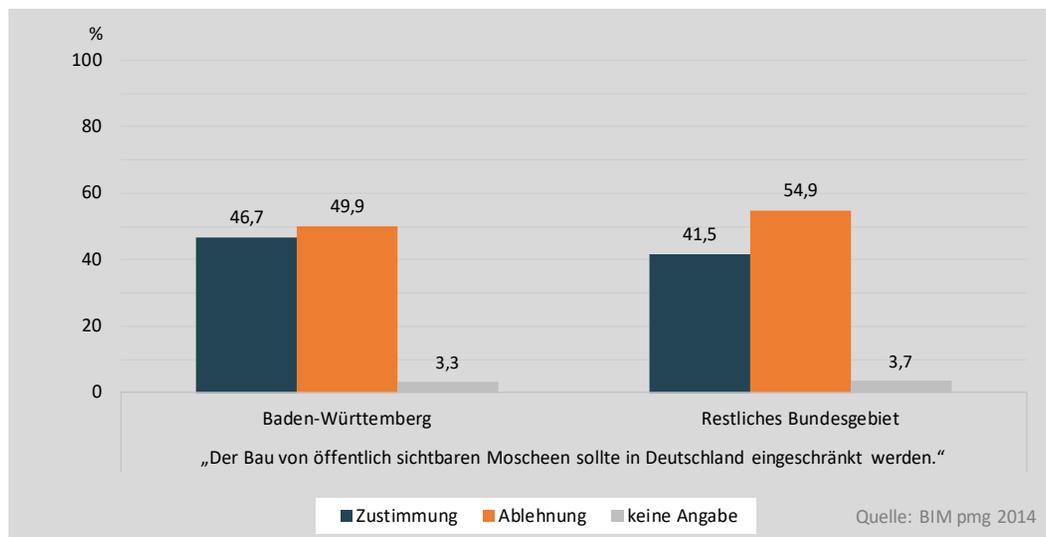


Abbildung 7: Einstellungen zum Moscheebau in der Bevölkerung Baden-Württembergs im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet)

Religionsunterricht

Die Verhandlungen zwischen den islamischen Verbänden und dem Kultusministerium, um einen islamischen Religionsunterricht einzuführen, wurden bereits 1999 auf Antrag ersterer begonnen (Innenministerium Baden-Württemberg 2004:90). Dabei reicht die Artikulation des Wunsches nach einem islamischen Religionsunterricht von muslimischer Seite sogar bis in die 1980er Jahre zurück (Landtag Baden-Württemberg 2013b:5). Damals führte man als Ersatz einen sogenannten „Konsularunterricht“ ein, der die religiöse Bildung den Entsendestaaten selbst

überließ. Diese konnten ihn nach ihren Maßstäben formen und wurden gleichzeitig von dem Bundesland finanziell unterstützt (Kiefer 2008:173f.).⁶⁴

Zu Beginn des Schuljahres 2006/07 änderte sich dieser Zustand: Auf Grundlage der über Jahre andauernden Gespräche wurde ein Modellprojekt an allerdings nur zwölf Schulen in der Primarstufe (Grundschule) gestartet (Kiefer 2008:175; Kiefer 2009:99), das islamische Religionslehre sunnitischer⁶⁵ Prägung ermöglichte (Landtag Baden-Württemberg 2013b:6).⁶⁶ Eine Steuergruppe, der auch muslimische Verbandsvertreterinnen und Verbandsvertreter angehörten, hatte zuvor die notwendigen Bildungsinhalte erarbeitet (Kiefer 2009:39).

Nicht zu verwechseln ist diese Umsetzung mit einem wirklichen, bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht, den alle Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens besuchen können. Laut Auskunft der Landesregierung stehen dem (aktuell) verfassungsrechtliche sowie weitere Gründe entgegen (Landtag Baden-Württemberg 2013b:6). Konkret wird argumentiert, dass die islamischen Verbände in Baden-Württemberg keine Religionsgemeinschaft darstellen und damit keine juristisch notwendigen Ansprech- und Verhandlungspartnerinnen beziehungsweise Ansprech- und Verhandlungspartner für die Landesregierung existieren (Landtag Baden-Württemberg 2013b:4ff.). Um dennoch eine Art von bekenntnisorientiertem Islamunterricht im Rahmen des Modellprojekts zu ermöglichen, werden derzeit in einer Übergangslösung die Eltern der daran teilnehmenden muslimischen Kinder sowie die gegebenenfalls vor Ort mit einbezogenen Moscheegemeinden statt die Verbände als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner betrachtet (Landtag Baden-Württemberg 2013b:5). Der Bereich der Einflussnahme dieser Akteurinnen und Akteure beschränkt sich allerdings auf die Gestaltung der religiösen Inhalte; die Auswahl sowie die Ausbildung der Lehrkräfte⁶⁷ obliegt allein den staatlichen Stellen (Kiefer 2009:98). Trotz dieser Defizite bewertet Kiefer Baden-Württemberg neben Nordrhein-Westfalen als einen Wegbereiter in Deutschland auf dem Weg in Richtung eines regulären islamischen Religionsunterrichts (Kiefer 2009:114).

Nachdem das Angebot in den darauffolgenden Jahren auf unterschiedliche Schulformen erweitert wurde, nahmen im Jahr 2016 mehr als 4.200 muslimische Schülerinnen und Schüler an 68 Schulen an dem Modellprojekt teil (Südkurier 2015). Zusätzlich gründete die Landesregierung mit den islamischen Verbänden im Jahr 2015 einen Projektbeirat, der in der Planung unterstützend tätig sein soll und der einen ersten Schritt dahingehend darstellt, den Verbänden nach Beendigung des

64 Der religiöse Unterricht in dieser Form ist Teil des muttersprachlichen Unterrichts, den die Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Länder seit Jahrzehnten in Baden-Württemberg beziehungsweise generell in Deutschland für Kinder mit Migrationshintergrund anbieten (für Genaueres vgl. Landtag Baden-Württemberg 2004a:2ff). Aktuell unterrichten zum Beispiel noch 246 Konsulatslehrerinnen und Konsulatslehrer im Auftrag der Türkei in Baden-Württemberg (Südwest Presse 2017).

65 Anmerkung: Alevitischer Religionsunterricht wird ebenso angeboten (vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport 2010).

66 Für eine detailliertere Evaluation vgl. Kiefer and Mohr (2009).

67 Die Lehrerinnen und Lehrer waren am Anfang noch meist Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, die keine akademische Ausbildung für ein solches Fach durchlaufen hatten (Kiefer 2009:214).

Modellversuchs im Jahr 2018 die Trägerschaft zu übergeben (Staatsministerium 2015).

Sowohl in Baden-Württemberg als auch im restlichen Bundesgebiet gibt es eine breite Zustimmung (68,0 Prozent bzw. 68,8 Prozent) dafür, dass dort, wo eine große Anzahl von Musliminnen und Muslimen die Schule besucht, ein islamischer Religionsunterricht angeboten wird (Abbildung 8).

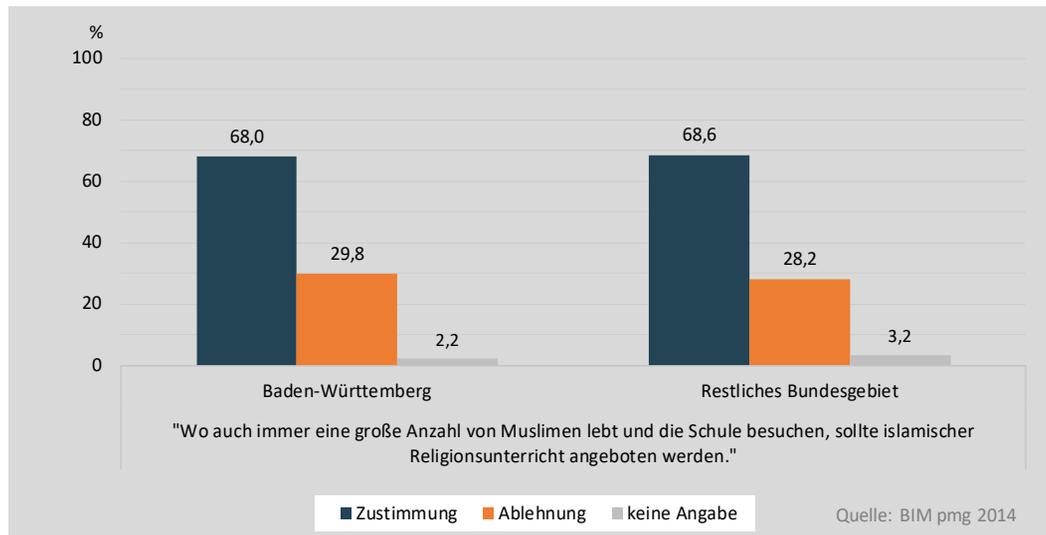


Abbildung 8: Einstellungen zu islamischem Religionsunterricht in der Bevölkerung Baden-Württembergs im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet)

Das Kopftuch im Klassenzimmer

Die Konfrontation mit Religion in der Schule tangiert auch Fragen nach der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates. Diese erzwingt zwar nicht, dass Schule zu einem religiös-weltanschaulich sterilen Raum wird, verhindert aber ein einseitiges Bekenntnis des Staates zu einer Religion. Wie schwierig hier eine Grenzziehung sein kann, zeigt sich besonders an der Frage religiöser Symbole.

Die sogenannte „Kopftuchdebatte“ beziehungsweise der „Kopftuchstreit“ ist dabei eine Episode des besonders konflikthafter Teils der Integrationsgeschichte Baden-Württembergs und eng mit dem Fall Ludin⁶⁸, einer deutschen Staatsbürgerin muslimischen Glaubens, verknüpft. Nach Beendigung ihres Referendariats und der Bewerbung auf eine Einstellung im Schuldienst hinderte sie das Oberschulamt Stuttgart im Jahr 1998 daran, eine Stelle als Lehrerin aufzunehmen, nachdem sie im Bewerbungsgespräch offengelegt hatte, ihr Kopftuch auch während des Unterrichts tragen zu wollen (Wiese 2008:36). Den Widerspruch der angehenden

68 Für den verwandten Fall Doris Graber vgl. Wiese (2008:36ff.).

Lehrerin lehnte das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport ab und bestätigte damit die Entscheidung des Oberschulamts (Wiese 2008:36). Begleitet wurde dieser Vorgang einerseits durch die Agitationen der damals im baden-württembergischen Landtag⁶⁹ vertretenen, rechtsextremen Partei „Die Republikaner“ gegen Ludin und andererseits durch eine bundesweit geführte Debatte (Weber 2012:106f.). Während christliche Symbole von Lehrerinnen und Lehrern in diesen Diskussionen nicht zur Disposition gestellt wurden, argumentierte die damalige Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Annette Schavan, dass das Kopftuch ein politisches Symbol sei, welches die religiöse Freiheit der Schüler unzulässig einschränke (Weber 2012:108). Ludin ging zwar gerichtlich gegen diese Entscheidung vor, verlor die Prozesse vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart, dem Verwaltungsgerichtshof und dem Bundesverwaltungsgericht aber allesamt (Wiese 2008:36). Die Gerichte verwiesen als Begründung erstens auf die Neutralität des Staates, zweitens die Unmöglichkeit, ihren Pflichtgen unter gegebenen Umständen gemäß ihres Berufs als Staatsdienerin nachzukommen und drittens auf die Sichtbarkeit sowie den demonstrativen Charakter des Kopftuchs (Weber 2012:108). In einem darauf folgenden Prozess entschied das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2003 letztlich doch für Ludin, da auf der Ebene der Bundesländer kein entsprechendes Gesetz existierte, welches das Verhältnis zwischen Religion und Staat in der Schule hätte regeln können. Ein Kopftuchverbot ohne gesetzliche Grundlage wurde daher als unzulässig eingeschätzt (Bundesverfassungsgericht 2003).

Als Reaktion auf dieses Urteil und um das Tragen von Kopftüchern im Schuldienst weiterhin verbieten zu können, führte Baden-Württemberg neben weiten Bundesländern ein neues Gesetz ein, das Lehrkräfte an öffentlichen Schulen daran hindern sollte, „politisch[e], religiös[e], weltanschaulich[e] oder ähnliche äußer[e] Bekundungen [abzugeben], die geeignet sind, die Neutralität des Landes gegenüber Schülern und Eltern oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden zu gefährden oder zu stören“ (Landtag Baden-Württemberg 2004b). Explizit ausgenommen von dieser Regelung wurde nur die „Darstellung christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen“ (Landtag Baden-Württemberg 2004b) – was das Gesetz effektiv zu einem Kopftuchverbot werden ließ. Ludin zog gegen diese Gesetzesänderung vor das Bundesverwaltungsgericht, das auf Grundlage des neuen Gesetzestextes sich wieder mit dem Fall zu beschäftigen hatte, verlor den Prozess diesmal jedoch und entschied sich dafür, den gerichtlichen Weg nicht weiter zu beschreiten (Weber 2012:108f.). Das Bundesverwaltungsgericht argumentierte in seiner Entscheidung, dass das Gleichheitsgebot durch die erlaubte „Darstellung christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte“ (Bundesverwaltungsgericht 2004) nicht verletzt werde und das Gesetz somit rechtmäßig sei.

69 Für eine kritische Analyse der damaligen Parlamentsdebatten aller baden-württembergischen Parteien im Hinblick auf die diskursive Konstruktion einer „deutschen Identität“ und ihrer angeblichen Unvereinbarkeit mit einer „muslimischen Identität“ vgl. Sinclair (2012).

Erst durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2015 wurde die Gesetzeslage in den Bundesländern wieder gekippt. Mit der im März 2015 bekanntgegebenen Entscheidung stellte das Bundesverfassungsgericht (2015) zum einen klar, dass sich auch Lehrerinnen und Lehrer bei der Einhaltung von religiösen Bedeckungsvorschriften grundsätzlich auf die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit berufen können. Ein entsprechendes Verbot, allein aufgrund der abstrakten Gefährdung des Schulfriedens bzw. der staatlichen Neutralität angestrebt, stellt dabei einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte der Lehrerinnen und Lehrern dar. Damit wendet sich das Bundesverfassungsgericht von seiner Rechtsprechung im ersten Kopftuchurteil ab. Außerdem müssen dabei grundsätzlich alle Glaubens- und Weltanschauungsrichtungen gleich behandelt werden. Trotzdem sieht das Bundesverfassungsgericht unter bestimmten Umständen Möglichkeiten für ein Verbot des Kopftuches und anderer religiöser Bekleidungen

„wenn das äußere Erscheinungsbild von Lehrkräften zu einer hinreichend konkreten Gefährdung oder Störung des Schulfriedens oder der staatlichen Neutralität führt oder wesentlich dazu beiträgt. Dies wäre etwa in einer Situation denkbar, in der – insbesondere von älteren Schülern oder Eltern – über die Frage des richtigen religiösen Verhaltens sehr kontroverse Positionen mit Nachdruck vertreten und in einer Weise in die Schule hineingetragen würden, welche die schulischen Abläufe und die Erfüllung des staatlichen Erziehungsauftrags ernsthaft beeinträchtigte, sofern die Sichtbarkeit religiöser Überzeugungen und Bekleidungspraktiken diesen Konflikt erzeugte oder schürte“ (Bundesverfassungsgericht 2015).

Der baden-württembergische Gesetzgeber musste entsprechend reagieren und strich ein generelles Verbot des Kopftuches aus dem Gesetz. Stattdessen ist aktuell ein Verbot nur möglich, wenn eben jene konkrete Gefährdungslage festgestellt wird (Landtag Baden-Württemberg 2015b:1).

In der Bevölkerung Baden-Württembergs wird das Tragen des Kopftuches bei Lehrerinnen eher abgelehnt (53,3 Prozent). 43,8 Prozent der Befragten hingegen befürworten dies. Im restlichen Bundesgebiet hält sich Zustimmung und Ablehnung die Waage (Abbildung 9). Da sich Baden-Württemberg nicht signifikant vom restlichen Bundesgebiet unterscheidet, kann nicht gesagt werden, ob die leicht stärkere Ablehnung in Baden-Württemberg tatsächlich auf Baden-Württemberg spezifische Faktoren zurückgeführt werden kann oder es sich dabei nur um eine Zufallsvariation handelt. Um genauere Aussagen diesbezüglich treffen zu können, benötigt es weitere Daten – zumal das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuch bei Lehrerinnen vorhandene Einstellungen in der Bevölkerung beeinflusst haben könnte.

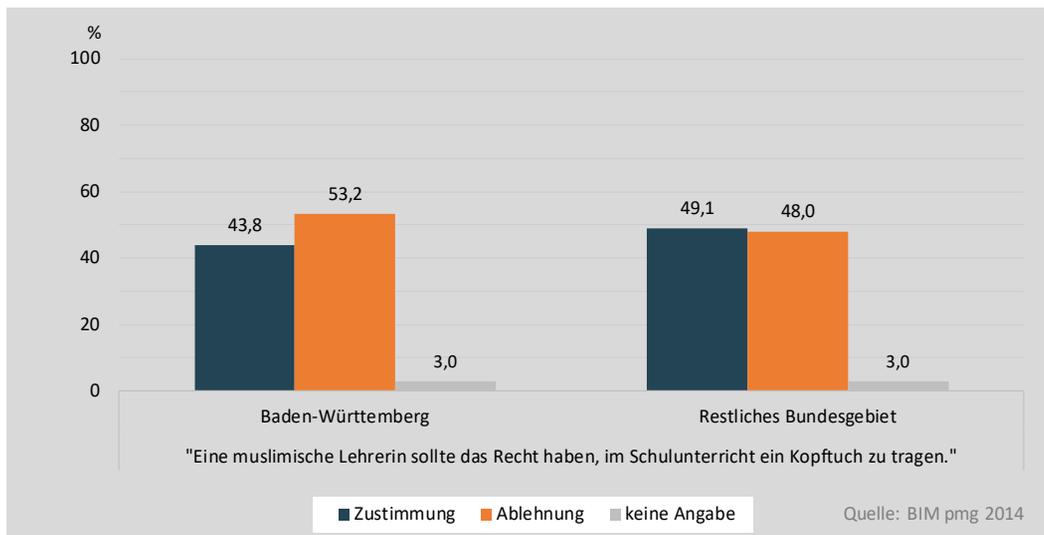


Abbildung 9: Einstellungen zum Tragen des Kopftuches bei Lehrerinnen in der Bevölkerung Baden-Württembergs im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet (in Prozent, gewichtet)

Zwischenfazit III

Bei den religionspolitischen Themen variieren die Einstellungen in der Bevölkerung Baden-Württembergs abhängig vom spezifischen Sachverhalt. So befürwortet eine Mehrheit der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger den islamischen Religionsunterricht an Schulen (68,6 Prozent). Die Beschneidung von Jungen wird dagegen mehrheitlich abgelehnt (60,6 Prozent). Nicht so klar ist es bei den Themen Moscheebau und Kopftuch bei Lehrerinnen. Bei dem ersteren äußert sich eine knappe Mehrheit gegen Einschränkungen beim Bau von öffentlich sichtbaren Moscheen (49,9 Prozent vs. 46,7 Prozent) und bei dem letzteren lehnt zwar eine Mehrheit das Kopftuch bei Lehrerinnen ab, aber der Unterschied ist relativ klein (53,2 Prozent vs. 43,8 Prozent). Im Allgemeinen unterscheidet sich Baden-Württemberg nicht signifikant vom restlichen Bundesgebiet. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass religionspolitische Themen im Zusammenhang mit dem Islam weiterhin das Potential für kontroverse Debatten besitzen und für politische Mobilisierungen genutzt werden können.

3. Wissens- und Kontaktbezüge: Wissen über und Kontakt zu Musliminnen und Muslimen

Im vorangegangenen Kapitel wurde dargestellt, welche Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen vorherrschen. Die postmigrantische Gesellschaft ist aber auch durch eine Zunahme der gegenseitigen

Wahrnehmung, Interaktionen und personalen/familiären Bezüge zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen geprägt. Bei diesem Kapitel handelt es sich um eine Komponente der Befragung, in der nachgespürt werden soll, wie es um jene Wahrnehmungs- und Interaktionsbezüge in der Baden-Württemberg Bevölkerung bestellt ist. Wir zeigen dies an drei Faktoren, die auch immer wieder als positive Einflussquellen für den Abbau von Stereotypen genannt werden: Wissen, Wissensquellen (bspw. Medien) und Kontakt.⁷⁰

Wissen

Mit der Frage nach dem Wissen kann festgestellt werden, auf welcher selbsteingeschätzten Wissensbasis die befragten baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger ihre Einschätzungen abgegeben haben. Zunächst zeigt sich, dass 10,3 Prozent der Befragten gar nichts und 51,8 Prozent nicht so viel über Musliminnen und Muslime wissen. 36,6 Prozent hingegen meinen viel bzw. sehr viel zu wissen (Abbildung 10).

Damit wird das eigene Wissen über Musliminnen und Muslime insgesamt als eher gering eingestuft. Die Einschätzung des eigenen Wissens ist im Allgemeinen so ähnlich wie im restlichen Bundesgebiet.

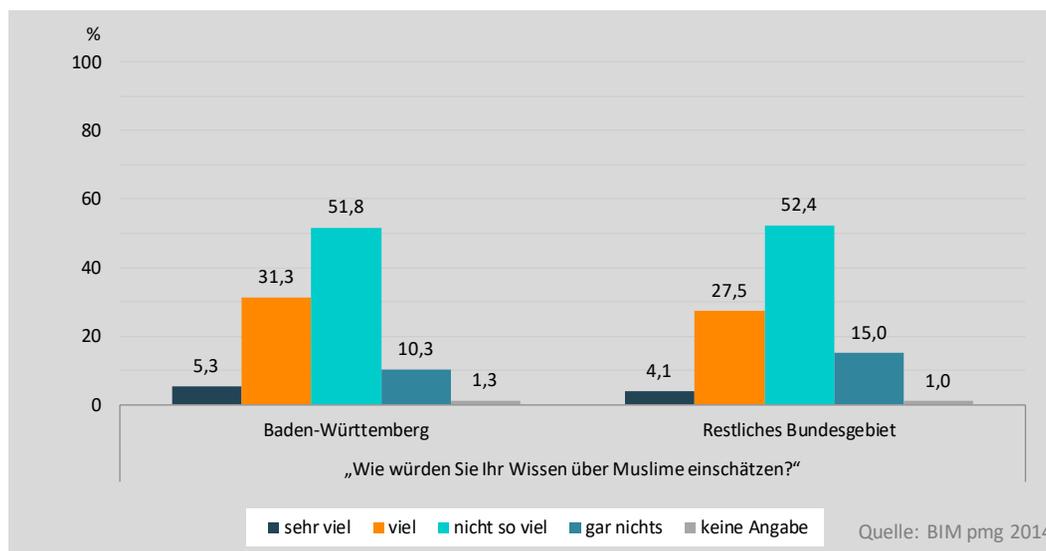


Abbildung 10: Einschätzung des eigenen Wissens über Muslime (in Prozent, gewichtet)

70 Dieses Kapitel sowie folgende beruht in Teilen auf dem Kapitel „Wissens- und Kontaktbezüge: Wissen über und Kontakt zu Musliminnen und Muslimen“ des Hefts „Schleswig-Holstein postmigrantisch“ (Foroutan et al. 2016:49ff.).

Wissensquellen

Über die Einschätzung des eigenen Wissens hinaus wurde auch nach den Wissensquellen gefragt, wobei Befragte die Möglichkeit der Mehrfachnennung hatten.⁷¹ Wie aus der Tabelle 3 hervorgeht, wird das Wissen über Musliminnen und Muslime in Baden-Württemberg vor allem aus Gesprächen mit Musliminnen und Muslimen bezogen (50,6 Prozent). Häufig werden auch Medien, insbesondere Zeitungen/Zeitschriften (36,4 Prozent) und Fernsehen (34,3 Prozent) als Wissensquellen genannt.⁷² Im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet fällt auf, dass Befragte in Baden-Württemberg ihr Wissen häufiger aus Gesprächen und weniger aus dem Fernsehen beziehen. Bei den anderen Wissensquellen sind die Unterschiede zwischen Befragten in Baden-Württemberg und Befragten im restlichen Bundesgebiet relativ gering.

Tabelle 3: Am häufigsten genannte Wissensquellen zu Musliminnen und Muslimen (Mehrfachnennung möglich) (in Prozent, gewichtet)

Restliches Bundesgebiet	In %	Baden-Württemberg	In %
Fernsehen	50,6	Gespräche mit Muslimen	45,4
Gespräche mit Muslimen	36,4	Zeitung/Zeitschriften	41,2
Zeitung/Zeitschriften	34,3	Fernsehen	39,4
Erfahrung/Beobachtung	27,1	Erfahrung/Beobachtung	26,2
Gespräche über Muslime	14,9	Gespräche über Muslime	14,3

Quelle: BIM pmg 2014

Bezugsgröße: Wie hoch wird der Anteil der Musliminnen und Muslime in Deutschland geschätzt?

Ergänzend zu der Einschätzung des eigenen Wissens und den Wissensquellen wollten wir erfahren, wie hoch die Befragten den Anteil der Musliminnen und Muslime an der Bevölkerung in Deutschland einschätzen (Tabelle 4). Dies sollte uns auch eine Erkenntnis darüber liefern, wie präsent Musliminnen und Muslime in der Wahrnehmung der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger sind. Wen die Befragten als Musliminnen und Muslime wahrnehmen, ist an dieser Stelle nicht ersichtlich. Grundsätzlich kann es sein, dass Personen aufgrund ihrer vermuteten Herkunft (bspw. aufgrund ihres Aussehens) von außen als muslimisch kategorisiert

71 Personen, die angegeben haben, gar nichts zu wissen, wurden nicht nach ihren Wissensquellen gefragt. Ebenso sind bei dieser Frage muslimische Befragte nicht enthalten. Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich.

72 Die Tabellen und Aussagen sollten vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass mit der Nennung einer Wissensquelle keine Bewertung der damit einhergehenden Information erfolgt. Es kann also im Rahmen dieser Studie keine Aussage darüber getroffen werden, ob die aufgenommene Information positiv, negativ oder neutral war. Inwiefern Wissensquellen, insbesondere Medien, einen Einfluss auf Einstellungen und Wahrnehmungen haben, wird in der Medienwirkungsforschung in verschiedenen theoretischen Modellen (z.B. Framing-Modell) zu klären versucht (Bonfadelli and Friemel 2015; Grimm 2008).

werden, ohne dass diese Musliminnen und Muslime im religiösen Sinne wären.⁷³ Orientiert man sich am realen Anteil der Musliminnen und Muslime an der Gesamtbevölkerung, der im Jahr 2008 mit 4 bis 5 Prozent angegeben wurde (Haug et al. 2009:80)⁷⁴, so überschätzen 69,9 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung den Anteil der Musliminnen und Muslime an der Gesamtbevölkerung teilweise stark: 19,2 Prozent der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger vermuten dabei den Anteil zwischen 11 und 20 Prozent. Der Anteil derjenigen, die den Anteil mit 21 Prozent und mehr sehr stark überschätzen, liegt bei 27,5 Prozent. Bei der Schätzung des Anteils der Musliminnen und Muslime unterscheidet sich Baden-Württemberg nicht signifikant vom restlichen Bundesgebiet (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Schätzung des Anteils der Musliminnen und Muslime an der Bevölkerung in Deutschland (in Prozent, gewichtet)

Anteilsschätzung	Baden-Württemberg (in %)	Restliches Bundesgebiet (in %)
Bis 4%	8.8	8.2
4-5%	9.9	12.0
6-10%	23.1	24.6
11-20%	19.2	22.0
>20%	27.5	22.3
Weiß nicht/ kA	11.4	11.0

Quelle: pmg 2014

Kontakt

Die demografische Realität Deutschlands und der Wandel in eine postmigranti-sche Gesellschaft haben notwendigerweise Auswirkungen auf Wissensproduktion und -quellen, aber auch auf den Kontakt zwischen muslimischer und nichtmuslimischer Bevölkerung. In der Forschung zählt Kontakt zwischen Menschen und über Gruppenmerkmale hinweg zu einer der Möglichkeiten, um eigene Wahrnehmungen zu verändern und Vorurteile abzubauen (Allport 1979 [1954]; Brewer and Miller 1984). Für Baden-Württemberg zeigt sich im Allgemeinen, dass jeweils eine Mehrheit der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger in den Bereichen Familie, Freundes- bzw. Bekanntenkreis, Nachbarschaft und Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz Kontakt zu muslimischen Personen in unterschiedlicher Intensität hat (Abbildung 11).⁷⁵

73 Zur verstärkten Wahrnehmung von Personen als Musliminnen und Muslimen vgl. Spielhaus (2013).

74 Diese Zahl dürfte aufgrund der neueren Migrationsbewegungen gestiegen sein. Aktuelle Schätzungen gehen von einem Anteil von 5,4-5,7 Prozent aus (Stichs 2016:5). Da die Daten dieser Studie vor jenen Migrationsbewegungen erhoben wurden, kann die Zahl aus dem Jahr 2008 als akzeptable Referenz betrachtet werden.

75 Die Frage nach Kontakten mit Musliminnen und Muslimen wurde nur nichtmuslimischen Personen gestellt.

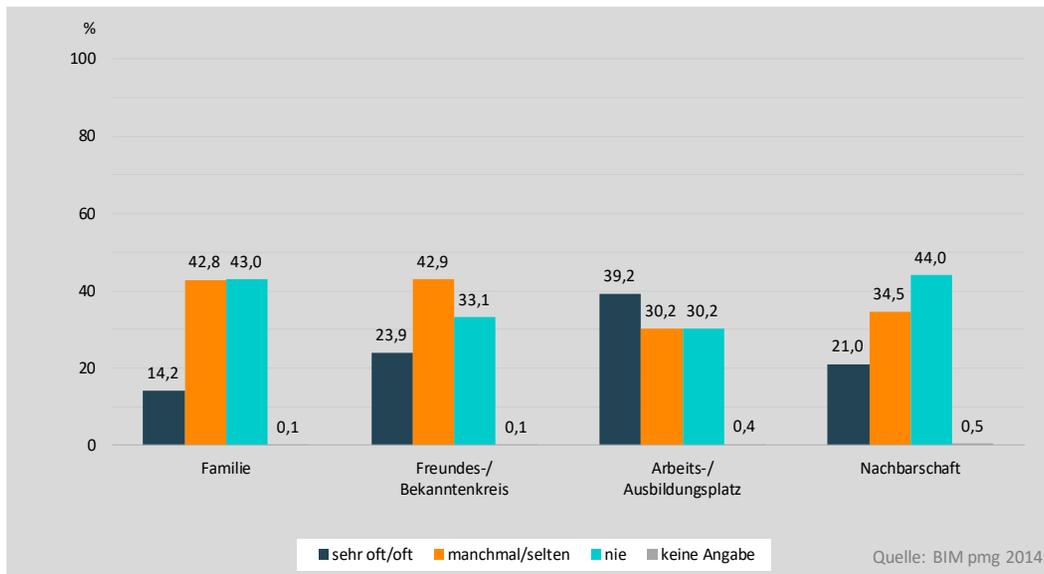


Abbildung 11: Kontakt der Bevölkerung Baden-Württembergs zu Musliminnen und Muslimen in unterschiedlichen Bereichen (in Prozent, gewichtet)

Die Kontaktintensität ist am höchsten (sehr oft oder oft) am Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz (39,2 Prozent). Im Vergleich dazu sind häufige Kontakte im Freundes- bzw. Bekanntenkreis (23,9 Prozent), in der Nachbarschaft (21,0 Prozent) sowie in der Familie (14,2 Prozent) seltener. Die Kontakthäufigkeit der befragten baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Bereichen fällt im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet höher aus (Abbildung 12). Das kann damit zusammenhängen, dass in Baden-Württemberg im Unterschied zu anderen Regionen in Deutschland mehr Musliminnen und Muslimen leben, so dass eine bessere Möglichkeit des Kontaktes vorhanden ist.

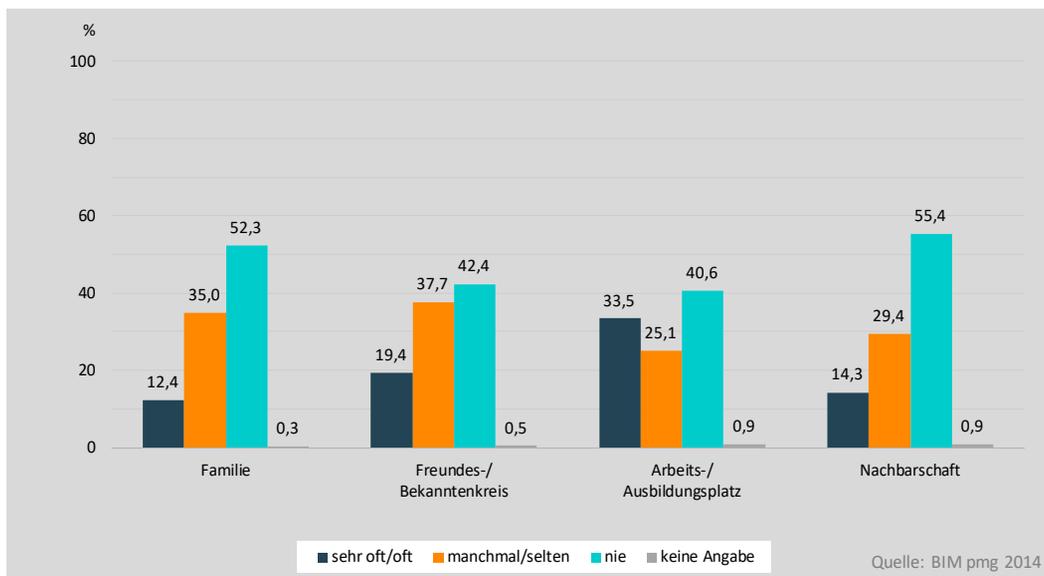


Abbildung 12: Kontakt zu Musliminnen und Muslimen im restlichen Bundesgebiet in unterschiedlichen Bereichen (in Prozent, gewichtet)

Zwischenfazit IV

Wenn es um Wissen über Musliminnen und Muslimen geht, kann festgehalten werden, dass ein Großteil der baden-württembergischen Befragten (ca. 62,1 Prozent) ihr Wissen als gering einschätzt. Ihr Wissen beziehen baden-württembergische Bürgerinnen und Bürger vor allem aus Gesprächen mit Musliminnen und Muslimen (ca. 50,6 Prozent). Kontakte zwischen baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürgern und Musliminnen und Muslimen sind in verschiedenen Bereichen mit unterschiedlichen Intensitäten vorhanden. So haben bspw. in Baden-Württemberg 23,9 Prozent sehr oft/oft und 42,9 Prozent manchmal/selten Kontakt zu Musliminnen und Muslimen im Freundes-/Bekanntenkreis. Am Arbeitsplatz hingegen haben 39,2 Prozent sehr oft/oft und 30,2 Prozent manchmal/selten Kontakt. Im Unterschied zum restlichen Bundesgebiet sind die Kontaktbezüge in Baden-Württemberg stärker ausgeprägt.

Die Verbreitung von Wissen und die Zunahme von Kontakthäufigkeiten sind unweigerlich mit Migrationsgesellschaften verbunden. Sie können gleichzeitig als wichtige Faktoren betrachtet werden, wenn es darum geht, Stereotype zu hinterfragen. Im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet scheint die Migrationsgesellschaft in Baden-Württemberg stärker ausgeprägt zu sein – wenn man die Kontaktbezüge betrachtet. Gleichzeitig aber sieht es so aus, dass trotz der Omnipräsenz des Themas Migration und Integration das Wissen über dieses Thema bei der baden-württembergischen Bevölkerung nicht in entsprechender Weise ankommt. So lässt sich beispielsweise auch in Baden-Württemberg eine starke Neigung zur Überschätzung des Anteils der in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime feststellen.

Gesamtfazit

Gegenwärtig haben fast 27 Prozent der Bevölkerung Baden-Württembergs einen Migrationshintergrund. In Baden-Württemberg ist damit Migration kein Randphänomen und Migrantinnen und Migranten bereits über Generationen im Stadt- und Landbild vertreten. Migrantinnen und Migranten sowie ihre Nachkommen handeln die Politik und die gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Bundesland mit aus, auch hier wird Migration omnipräsent diskutiert, die Kontakte und Interaktionen steigen, die Offenheit gegenüber sichtbarer Pluralisierung zeigt sich in Positionierungen und symbolischer Anerkennung von Minderheiten (im Falle dieser Studie von Muslimen). Gleichzeitig gibt es eine präsente Pluralitätsabwehr, die sich nicht nur in einer gestärkten Rechtsextremismusszene zeigt, sondern auch in einer Präsenz und Organisation salafistischer Gruppierungen. Baden-Württemberg kann somit als ein postmigrantisches Bundesland bezeichnet werden, das besonders von der Arbeitsmigration der 1950/60er Jahre geprägt ist, aber auch von Internationalisierungen und neuer Migration aus Südeuropa im Zuge der Finanzkrise und Fluchtmigration im Zuge des Sommers der Migration 2015. Die baden-württembergische Politik setzte sich erst in den 2000er Jahren mit der vorhandenen Diversität in ihrem Bundesland tiefergehend auseinander. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung fiel vielfältig aus. Es wurden beispielsweise Studien in Auftrag gegeben, um mehr Wissen zum Thema Migration und Integration zu erhalten, das einjährige Modellprojekt „Anonym Bewerben in Baden-Württemberg“ wurde initiiert oder ein Landesprogramm zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration wurde eingeführt. Dennoch verläuft das Integrationsgeschehen in Baden-Württemberg nicht immer konfliktfrei. So kommt es zum Beispiel oftmals zu Reibungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteurinnen oder Akteuren beim Thema Islam und dessen Eingliederung. Mit der AfD hat zudem eine national-konservative Partei in Baden-Württemberg Fuß gefasst, die stärker auf Homogenität statt Diversität setzt. Darüber hinaus sieht sich Baden-Württemberg mit extremistischen Gruppierungen wie rechtsextremen oder radikal-salafistischen Gruppen konfrontiert.

Die Einstellungen der baden-württembergischen Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen sind eher positiv - negative Einstellungen werden mehrheitlich nicht geteilt. So sind ungefähr 63,5 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg der Meinung, dass Musliminnen und Muslimen mehr Anerkennung entgegengebracht werden sollte. 73,1 Prozent der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger meinen zudem, dass Musliminnen und Muslime keine soziale Belastung in Deutschland sind. Gleichzeitig gibt es aber auch eine nicht unerhebliche Zahl an Befragten, bei denen Stereotypisierungen über Musliminnen und Muslime Anklang finden. So meinen 28,3 Prozent der befragten baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger, Musliminnen und Muslime seien aggressiver als sie selbst oder 32,5 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung betrachten Musliminnen und Muslime nicht in gleichem Maße als bildungsorientiert wie sie selbst. Dies ist insofern problematisch, als Stereotype Verallgemeinerungen und verzerrend sind, weil sie Gründe für soziale Ungleichheiten verbergen. So könnte Bildungsferne mit Musliminnen und Muslimen assoziiert werden, obwohl

die Gründe für Bildungsungleichheiten weniger mit der Religion zusammenhängen als mit sozial-strukturellen Faktoren (vgl. Canan 2012) Gegenwärtige Chancengerechtigkeiten im Bildungssystem können so allerdings nicht beseitigt werden – vielmehr werden sie dadurch verschleiert und deren Beseitigung verhindert, wenn als Argument kulturelle Inkompatibilitäten hervorgehoben werden. Daraus resultieren wiederum Vermeidungsstrategien, die soziale Ungleichheiten weiter festigen, zum Beispiel Segregationshandlungen. Stereotype können so die Reproduktion von sozialen Ungleichheiten begünstigen, die aus Chancengerechtigkeiten entstehen. Was Einstellungen oder Stereotypisierungen zu Musliminnen und Muslimen angeht, liegt Baden-Württemberg im Bundesdurchschnitt.

Bei den religionspolitischen Themen variieren die Einstellungen in der Bevölkerung Baden-Württembergs abhängig vom spezifischen Sachverhalt. So befürwortet eine Mehrheit der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger den islamischen Religionsunterricht an Schulen (68,6 Prozent). Die Beschneidung von Jungen wird dagegen mehrheitlich abgelehnt (60,6 Prozent). Nicht so klar ist es bei den Themen Moscheebau und Kopftuch bei Lehrerinnen. Bei dem ersteren äußert sich eine knappe Mehrheit gegen Einschränkungen beim Bau von öffentlich sichtbaren Moscheen (49,9 Prozent vs. 46,7 Prozent) und bei dem letzteren lehnt zwar eine Mehrheit das Kopftuch bei Lehrerinnen ab, aber der Unterschied ist relativ klein (53,2 Prozent vs. 43,8 Prozent). Im Allgemeinen unterscheidet sich Baden-Württemberg nicht signifikant vom restlichen Bundesgebiet. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass religionspolitische Themen im Zusammenhang mit dem Islam weiterhin das Potential für kontroverse Debatten besitzen und für politische Mobilisierungen genutzt werden können.

Vor diesem Hintergrund kann festgehalten werden, dass ein Großteil der baden-württembergischen Befragten (ca. 62,1 Prozent) ihr Wissen über Musliminnen und Muslimen als gering einschätzt. Ihr Wissen beziehen baden-württembergische Bürgerinnen und Bürger vor allem aus Gesprächen mit Musliminnen und Muslimen (ca. 50,6 Prozent). Kontakte zwischen baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürgern und Musliminnen und Muslimen sind in verschiedenen Bereichen mit unterschiedlichen Intensitäten vorhanden. So haben bspw. in Baden-Württemberg 23,9 Prozent sehr oft/oft und 42,9 Prozent manchmal/selten Kontakt zu Musliminnen und Muslimen im Freundes-/Bekanntenkreis. Am Arbeitsplatz hingegen haben 39,2 Prozent sehr oft/oft und 30,2 Prozent manchmal/selten Kontakt. Im Unterschied zum restlichen Bundesgebiet sind die Kontaktbezüge in Baden-Württemberg stärker ausgeprägt.

Die Verbreitung von Wissen und die Zunahme von Kontakthäufigkeiten sind unweigerlich mit postmigrantischen Gesellschaften verbunden. Sie können gleichzeitig als wichtige Faktoren betrachtet werden, wenn es darum geht, Stereotype zu hinterfragen. Im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet scheint die Migrationsgesellschaft in Baden-Württemberg stärker ausgeprägt zu sein - wenn man die Kontaktbezüge betrachtet. Gleichzeitig aber sieht es so aus, dass trotz der Omnipräsenz des Themas Migration und Integration das Wissen über dieses Thema bei der baden-württembergischen Bevölkerung nicht in entsprechender Weise

ankommt. So lässt sich beispielsweise auch in Baden-Württemberg eine starke Neigung zur Überschätzung des Anteils der in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen feststellen.

III. Schlussfolgerungen/ Empfehlungen

1. Institutionelle Verankerung erneuern

Mit der bundesweit erstmaligen Gründung eines eigenständigen Ministeriums für Integration im Jahr 2011 war Baden-Württemberg in dieser Hinsicht Vorreiter. Es bezeugte einerseits symbolisch die Relevanz dieses Themengebietes für die Landesregierung und konnte andererseits die Ressourcen sowie die Kompetenzen für die Integrationspolitik bündeln. Gleichwohl das Ministerium als eigenständige Institution somit gänzlich neu war, konnte es in der Zeit seines Bestehens doch eine Reihe von neuen Impulsen setzen. Neben zahlreichen initiierten Studien, mithilfe derer ein besseres Verständnis der Situation in Baden-Württemberg erreicht werden sollte, war das Integrationsministerium in seiner Koordinierungsfunktion federführend an zahlreichen neuen Gesetzesnovellen sowie integrationsspezifischen Programmen beteiligt. Einher ging diese Entwicklung mit der Konstituierung weiterer institutioneller Organe, wie den Runden Tisch Islam, die den Dialog fördern sollen. Mit der Abschaffung des Ministeriums für Integration 2016 wurde diese zentrale institutionelle Verankerung aufgelöst, was bislang parallel verläuft mit einer verminderten Aktivität auf diesem Politikfeld. Sinnvoll wäre es daher, mithilfe einer Neugründung die Koordinierungsfunktion wieder nur einem Ministerium zu übertragen, um effizient die Fäden der zukünftigen Integrationspolitik an einem Ort zusammenlaufen zu lassen. Flankiert werden sollte dies mit weiteren partnerschaftlichen Orten des Austausches, wie zum Beispiel dem bewährten Runden Tisch Islam, die weitere Impulse setzen und den Dialog fördern können.

2. Islamischen Religionsunterricht ausweiten – strukturelle Anerkennung des Islams vorantreiben

Gleichwohl seit 2006 ein islamischer Religionsunterricht in Baden-Württemberg als Modellprojekt an den staatlichen Schulen existiert und bereits mehrfach ausgedeutet wurde, ist er bislang nur für eine kleine Minderheit der muslimischen Schülerinnen und Schüler belegbar. Darüber hinaus existieren im Rahmen dieser Übergangslösung weiterhin gewisse Restriktionen, die dazu führen, dass ein bekenntnisorientierter Islamunterricht nicht möglich und die Einflussnahme einer gemeinschaftlichen islamischen Interessenvertretung limitiert ist. Um diesen Umstand abzuwenden und die Interessen der Musliminnen und Muslime besser zu repräsentieren, wäre – wie bereits für 2018 angedacht – die Einführung eines Islamischen Religionsunterrichts nach Art. 7 Abs. 3 GG für alle Schülerinnen und Schüler notwendig. Dies würden dann allerdings auch bedeuten, einen oder mehrere muslimische Verbände als Religionsgemeinschaft anzuerkennen und ihnen grundsätzlich die gleichen Rechte zuzugestehen wie christlichen Kirchen. Zu verzichten wäre auf einen ‚Staatsislam‘, bei dem von Landesseite eine Auswahl

darüber getroffen wird, wer Musliminnen und Muslime in Baden-Württemberg repräsentieren kann. Menschen, die sich nicht von den großen Verbänden repräsentiert fühlen, sollten vielmehr ermutigt werden, innerhalb dieser Veränderungen anzustreben, sich kleineren Verbänden anzuschließen oder gegebenenfalls eigene Interessenvertretungen zu gründen.

Die als Religionsgemeinschaften anerkannten muslimischen Verbände könnten sich dann in einem Beirat zusammenschließen, um einen gemeinsamen Islamischen Religionsunterricht zu realisieren. Vorbildwirkung könnte hierbei der niedersächsische Beirat haben

3. Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Teilbereichen vorantreiben

Auch wenn einzelne Teilbereiche des gesellschaftlichen Miteinanders immer noch nicht optimal eingestellt sind auf die gewachsene Diversität und den Pluralismus, so hat doch in den letzten Jahren ein Umdenken in Baden-Württemberg stattgefunden. Die ausgebaute islamische Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten sowie die Novellierung des Bestattungsgesetzes zeugen beispielhaft davon. Gerade hier im konkreten Alltag hat es oftmals an Anstrengungen gemangelt, den verschiedenen Lebensformen eine ausreichende Anerkennung zukommen zu lassen. Dies führte in den beiden genannten Fällen dazu, dass viele Musliminnen und Muslime keine muslimische Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten in Anspruch nehmen konnten oder ihre Bestattung in den Herkunftsländern vornahmen. Es gilt also, diesen Weg weiter zu beschreiten und zum Beispiel die Seelsorge nicht nur im Gefängnis anzubieten, sondern für alle staatlichen Institutionen, wo dies notwendig ist. Alles in allem könnte ein solcher Schritt die Anerkennung der Lebensrealität der muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Baden-Württemberg fördern.

Literaturverzeichnis

- Allport, Gordon W. 1979 [1954]. *The Nature of Prejudice*. 25th ed. New York: Perseus Books Publishing.
- Amadeu Antonio Stiftung. 2016. "Jahresrückblick 2016, Baden-Württemberg: Die AfD kommt in den Landtag und beschäftigt sich mit sich selbst." Retrieved April 5, 2017 (<http://www.belltower.news/artikel/jahresr%C3%BCckblick-2016-baden-w%C3%BCrttemberg-afd-81090>).
- Aras, Muhterem. 2015. "Der Islam gehört zu Baden-Württemberg." Retrieved April 5, 2017 (<http://muhterem-aras.de/2015/02/09/der-islam-gehoert-zu-baden-wuerttemberg-3/>).
- Bade, Klaus J. 2013. *Kritik und Gewalt: Sarrazin-Debatte, "Islamkritik" und Terror in der Einwanderungsgesellschaft*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl.
- Bäßler, Rüdiger, Hans G. Frank, Wolf Goldschmidt, Volker Knopf, and Heinz Siebold. 2011. "Auch in Baden-Württemberg sind Neonazis aktiv: Rechtsextremismus - ein ostdeutsches Phänomen? Nein. Auch in Baden-Württemberg gibt es eine aktive Neonazi-Szene. Der Fall des mutmaßlichen Bombenbastlers aus Weil am Rhein ist ein Beispiel von vielen." *Badische Zeitung*, November 18. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/auch-in-baden-wuerttemberg-sind-neonazis-aktiv--52150702.html>).
- Bäßler, Rüdiger. 2015. "Die Salafistenszene in Baden-Württemberg: Im Land gibt es Razzien im Vier-Wochen-Takt." *Stuttgarter Zeitung*, March 17. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.die-salafistenszene-in-baden-wuerttemberg-im-land-gibt-es-razzien-im-vier-wochen-takt.acd164c4-0e62-4fc2-a249-186410f21b98.html>).
- Beigang, Steffen, Dorina Kalkum, and Markus Schrenker. 2014. "Methodenbericht zur Studie „Deutschland postmigrantisch.“" Retrieved August 28, 2014 (<http://junited.hu-berlin.de/Forschung/repraesentativbefragung>).
- Biermann, Kai, and Astrid Geisler. 2017. "Der Nazidruide aus Schwetzingen: Ein selbst ernannter rechtsextremistischer Druide soll eine bewaffnete Terrorzelle gegründet haben. Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen ihn und sechs Komplizen." *Die Zeit*, January 25. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.zeit.de/gesellschaft/2017-01/rechtsextremismus-schwetzingen-druide-terrorzelle-razzia-bundesanwaltschaft>).
- Bonfadelli, Heinz, and Thomas N. Friemel. 2015. *Medienwirkungsforschung*. 5th ed. Konstanz, München: UVK.
- Brewer, Marilyn B., and Norman Miller. 1984. "Beyond the contact hypothesis: Theoretical perspectives on desegregation." Pp. 281–302, in *Groups in contact: the psychology of desegregation*, edited by N. Miller and M. B. Brewer. Orlando: Academic Press.
- Brinker, Trude. 2016. "Identitäre Bewegung: Aus den sozialen Netzwerken auf die Straße." Retrieved April 5, 2017 (<http://www.belltower.news/artikel/identitaere-aus-den-sozialen-netzwerken-auf-die-stra%C3%9Fe-82821>).
- Broden, Anne, and Paul Mecheril. 2007. "Migrationsgesellschaftliche Re-Präsentationen: Eine Einführung." Pp. 7–28, in *Re-Präsentationen: Dynamiken der Migrationsgesellschaft*, edited by A. Broden and P. Mecheril. Düsseldorf.
- Brunn, Christine. 2012. *Religion im Fokus der Integrationspolitik: Ein Vergleich zwischen Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich*. Wiesbaden: Springer VS.

- Bude, Heinz. 2015. *Pegida, die Gesellschaft der Angst und der Protestbegriff des Volkes*. Dresden. Retrieved February 25, 2015 (http://www.staatsschauspiel-dresden.de/download/21131/dresdner_rede_heinz_bude_01022015.pdf).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 2017. "Erstverteilung der Asylsuchenden (EASY)." Retrieved April 5, 2017 (<http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingsschutz/AblaufAsylv/Erstverteilung/erstverteilung-node.html>).
- Bundesamt für Verfassungsschutz. 2017. "Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet „Identitäre Bewegung Deutschland“." Retrieved April 5, 2017 (<https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2016-001-maassen-dpa-2016-08>).
- Bundesministerium des Inneren. 2016. "Presemitteilung zum Vereinsverbot der Vereinigung "Die wahre Religion (DWR)" alias "Stiftung LIES": Bundesminister Dr. Thomas de Maizière verbietet größtes deutsches Sammelbecken jihadistischer Islamisten." Retrieved April 5, 2017 (<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/11/vereinsverbot-dwr.html?nn=3314802>).
- Bundesverfassungsgericht. 2003. *Leitsätze zum Urteil des Zweiten Senats vom 24. September 2003*. Retrieved April 6, 2017 (http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20030924_2bvr143602).
- Bundesverfassungsgericht. 2004. *Die Revision der Klägerin gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 26. Juni 2001 wird zurückgewiesen*. Retrieved April 6, 2017 (<http://www.bverwg.de/entscheidungen/entscheidung.php?ent=240604U2C45.03.0>).
- Bundesverfassungsgericht. 2015. *Beschluss des Ersten Senats*. Retrieved April 6, 2017 (https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2015/01/rs20150127_1bvr047110.html).
- Bündnis 90/Die Grünen/SPD. 2011. *Der Wechsel beginnt. Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD Baden-Württemberg: Baden-Württemberg 2011-2016*. Retrieved April 5, 2017 (<https://www.gruene-bw.de/app/uploads/2015/10/Koalitionsvertrag-Der-Wechsel-beginnt.pdf>).
- Canan, Coskun. 2012. "Über Bildung, Einwanderung und Religionszugehörigkeit." Pp. 135–53, in *Der Mythos vom Niedergang der Intelligenz: Von Galton zu Sarrazin: Die Denkmuster und Denkfehler der Eugenik*, edited by M. Haller and M. Niggeschmidt. Wiesbaden: Springer VS.
- Canan, Coskun. 2015. *Identitätsstatus von Einheimischen mit Migrationshintergrund: Neue styles?* Wiesbaden: Springer VS.
- Canan, Coskun, and Naika Foroutan. 2016. "Deutschland postmigrantisch III. Migrantische Perspektiven auf deutsche Identitäten – Einstellungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu nationaler Identität in Deutschland." Unter Mitarbeit von Mara Simon und Rafael Sollorz. Retrieved August 27, 2016 (<http://www.bim.hu-berlin.de/media/Deutschland%20postmigrantisch%203%20online.pdf>).
- Canan, Coşkun, Naika Foroutan, Mara Simon, Steffen Beigang, Albrecht Hänig, Dorina Kalkum, and Rafael Sollorz. 2016. *Nordrhein-Westfalen postmigrantisch: Einstellungen der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland: Länderstudie Nordrhein-Westfalen*. Berlin: BIM, Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung.
- CDU/FDP Baden-Württemberg. 2006. *Vereinbarung zwischender Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Landesverband Baden-Württemberg, und der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Baden-Württemberg, über die Bildung einer Koalitionsregierung für die 14. Legislaturperiode des Landtags von Baden-Württemberg*. Retrieved April 5, 2017 (<https://www.nachhaltigkeit.info/media/1234776207phpeB3fSx.pdf>).

- Ceylan, Rauf, and Michael Kiefer. 2013. *Salafismus: Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention*. Wiesbaden: Springer VS.
- Darnstädt, Thomas. 2012. "Beschneidungsdebatte: Ein großer Schnitt für den Rechtsstaat." Spiegel-Online, July 24. Retrieved September 4, 2014 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/beschneidungsdebatte-politische-und-juristische-komplikationen-a-845836.html>).
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, and Elmar Brähler. 2014. "Die stabilisierte Mitte: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014." Retrieved September 1, 2014 (http://www.uni-leipzig.de/~kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf).
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, and Elmar Brähler. 2015. "Rechtsextreme Einstellungen in den Bundesländern." Pp. 71–80, in *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*, edited by O. Decker, J. Kiess, and E. Brähler. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Deutscher Bundestag. 2016. Islamunterricht und Islamische Theologie/Präventionsprojekte gegen Islamismus: WD 8 - 3000 - 025/16. Retrieved April 5, 2017 (<https://www.bundestag.de/blob/436842/d6bb6c994d840efef2f25b224772f68/wd-8-025-16-pdf-data.pdf>).
- Deutscher Bundestag (BT). 2012. *Rechtliche Regelung der Beschneidung minderjähriger Jungen: Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP* (Drucksache17/10331Text. Retrieved August 6, 2014 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/103/1710331.pdf>).
- Diehl, Claudia, Patrick Fick, Thomas Hinz, Sven Kristen, Anna Stein, Wiebke von Wietersheim, and Thomas Wöhler. 2014. *Integration gelungen?: Die fünf größten Zuwanderergruppen in Baden-Württemberg im Generationenvergleich*. Retrieved April 5, 2017 (https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Integration-gelungen_Zuwanderergruppen-Generationenvergleich_Okt-2014.pdf).
- Dovidio, John F., Miles Hewstone, Peter Glick, and Victoria M. Esses. 2010. "Prejudice, Stereotyping, and Discrimination. Theoretical and Empirical Overview." Pp. 3–28, in *Handbook of Prejudice, Stereotyping and Discrimination*, edited by J. F. Dovidio, M. Hewstone, P. Glick, and V. M. Esses. Lonon: Sage Publishing House.
- Fincke, Gunilla, and Simon Lange. 2012. "Segregation an Grundschulen: Der Einfluss der elterlichen Schulwahl." Retrieved January 19, 2016 (http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2014/11/Segregation_an_Grundschulen_SVR-FB_WEB.pdf).
- Foroutan, Naika, Coskun Canan, Sina Arnold, Benjamin Schwarze, Steffen Beigang, and Dorina Kalkum. 2014a. *Deutschland postmigrantisch I: Gesellschaft, Religion, Identität. Erste Ergebnisse*. Berlin. Retrieved February 9, 2015 (: <http://junitied.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch>).
- Foroutan, Naika, Coskun Canan, Benjamin Schwarze, Sina Arnold, Steffen Beigang, and Dorina Kalkum. 2014b. *Hamburg postmigrantisch: Einstellungen der Hamburger Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland*. Berlin. Retrieved February 9, 2015 (<https://junitied.hu-berlin.de/hamburg-postmigrantisch-2014>).
- Foroutan, Naika, Coskun Canan, Benjamin Schwarze, Steffen Beigang, and Dorina Kalkum. 2015a. *Berlin postmigrantisch: Einstellungen der Berliner Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland*. Berlin. Retrieved October 12, 2015 (<http://junitied.hu-berlin.de/berlin-postmigrantisch-2015>).
- Foroutan, Naika, Coskun Canan, Benjamin Schwarze, Steffen Beigang, and Dorina Kalkum. 2015b. *Deutschland postmigrantisch II: Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität*. Berlin. Retrieved April 21, 2015 (<http://junitied.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch-2>).

- Foroutan, Naika. 2016. "Postmigrantische Gesellschaften." Pp. 227–55, in *Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration*, edited by H. U. Brinkmann and Sauer Martina. Wiesbaden: Springer.
- Foroutan, Naika, Coskun Canan, Benjamin Schwarze, Steffen Beigang, and Dorina Kalkum. 2016. *Schleswig-Holstein postmigrantisch: Einstellungen der Bevölkerung Schleswig-Holsteins zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland*. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Retrieved February 9, 2016 (<http://www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/schleswig-holstein-postmigrantisch-2016>).
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz. 2017. "Königsteiner Schlüssel." Retrieved April 5, 2017 (<http://www.gwk-bonn.de/themen/koenigsteiner-schluessel/>).
- Generalbundesanwalt. 2012. "Bundesanwaltschaft erhebt Anklage im "NSU"-Verfahren: (32/2012)." Retrieved April 5, 2017 (<http://www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?newsid=460>).
- Gesemann, Frank, and Roland Roth. 2014. *Integration ist (auch) Ländersache: Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Gostomski, Christian Babka von, Beate Küpper, and Wilhelm Heitmeyer. 2007. "Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern: Die schwierige Lage in Ostdeutschland." Pp. 102–28 in Edition Suhrkamp, 2290 ; 2332 ; 2388 ; 2454 ; 2484 ; 2525 ; 2552, *Deutsche Zustände.: Folge 5*, edited by W. Heitmeyer. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Grimm, Jürgen. 2008. "Medienwirkungsforschung." Pp. 314–26, in *Handbuch Medienpädagogik*, edited by U. Sander, F. von Gross, and K.-U. Hugger. 1st ed. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hafeneger, Benno. 2014. *Die Identitären. Vorübergehendes Phänomen oder neue Bewegung?* Retrieved April 5, 2017 (<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10649.pdf>).
- Halm, Dirk. 2008. *Der Islam als Diskursfeld: Bilder des Islams in Deutschland*. 2nd ed. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage, Wiesbaden.
- Halm, Dirk, Martina Sauer, Jana Schmidt, and Anja Stichs. 2012. *Islamisches Gemeindeleben in Deutschland – im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DIK/DE/Downloads/WissenschaftPublikationen/islamisches-gemeindeleben-in-deutschland-lang-dik.pdf?__blob=publicationFile).
- Hamdan, Hussein, and Hansjörg Schmid. 2014. *Junge Muslime als Partner: Ein empiriebasierter Kompass für die praktische Arbeit*. Weinheim, Basel: BeltzJuventa.
- Hamdan, Hussein. 2016. "Muslime in Baden-Württemberg." Retrieved April 5, 2017 (https://www.lpb-bw.de/fileadmin/Abteilung_III/jugend/pdf/ws_beteiligung_dings/ws5/uebersicht_muslimische_verbaende_bw.pdf).
- Haug, Sonja, Stephanie Müssig, and Anja Stichs. 2009. "Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz." Retrieved March 4, 2015 (http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/publicationFile/31710/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf).
- Häusler, Alexander. 2013. *Die "Alternative für Deutschland" - eine neue rechtspopulistische Partei?: Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung*. Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen. Retrieved April 5, 2017 (https://www.boell.de/sites/default/files/afd_studie_nrw.pdf).
- Häusler, Alexander. 2015. *Die AfD - Partei des rechten Wutbürgertums am Scheideweg*. Retrieved April 5, 2017 (<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11390-20150911.pdf>).

- Heilig, Ernst, and Walter-S. Kircher. 2004. "Migration nach Deutschland: Gastarbeiter." Zuwanderung von Arbeitskräften in den Jahren 1955-2000. Pp. 40-41 in *Deutschland & Europa, Migration*, edited by Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. 3rd ed.
- Heitmeyer, Wilhelm, editor. 2012. *Deutsche Zustände: Folge 10*. Berlin: Suhrkamp.
- Herzinger, Richard. 2012. "Dieter Graumann. "Viele haben die Beschneidungsdebatte missbraucht"." *Die Welt*, December 28. Retrieved December 1, 2015 (<http://www.welt.de/politik/deutschland/article112264302/Viele-haben-die-Beschneidungsdebatte-missbraucht.html>).
- Holdenried, Ramona. 2015. "Radikalisierung im Gefängnis: Werden in Karlsruhe Islamisten angeworben?" *ka-news*, March 13. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Karlsruhe~/Radikalisierung-im-Gefaengnis-Werden-in-Karlsruhe-Islamisten-angeworben;art6066,1596772>).
- Innenministerium Baden-Württemberg. 2004. *Integration in Baden-Württemberg*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.bqnet.de/content/0/1060/1072/2857/2870/447_IntegrationsberichtBW2004.pdf).
- Innenministerium Baden-Württemberg. 2012. *Kontakte von zwei baden-württembergischen Polizeibeamten zum European White Knights of the Ku Klux Klan (EWK KKK) -- Mögliche rechtsextremistische Aktivitäten innerhalb der Polizei Baden-Württemberg: Az. 3-0316.4/218*. Retrieved April 5, 2017 (https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/Altdateien/202/Bericht_KKK.pdf).
- Innenministerium Baden-Württemberg. 2016. "Fremdenfeindlichkeit entschlossen entgegnetreten." Retrieved April 5, 2017 (<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/fremdenfeindlichen-einstellungen-und-gewaltbereitschaft-entschlossen-entgegnetreten/>).
- Integrationsbeauftragte der Landesregierung. 2008. *Integrationsplan Baden-Württemberg: „Integration gemeinsam schaffen“*. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.swr.de/international/de/-/id=5931640/property=download/nid=233334/gqrye/index.pdf>).
- Integrationsbeauftragte der Landesregierung. 2010. *Tätigkeitsbericht des Integrationsbeauftragten der Landesregierung: 2008-2010*. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.swr.de/-/id=6864222/property=download/nid=233334/1pqatz1/index.pdf>).
- Islam iQ. 2014. "Religionsfreiheit: Befreiung vom Schwimmunterricht: Glaubenskonflikt von Schülern ist Baden-Württemberg egal." Retrieved April 5, 2017 (<http://www.islamiq.de/2014/11/10/befreiung-vom-schwimmunterricht-glaubenskonflikt-von-schuelern-ist-baden-wuerttemberg-egal/>).
- Jugendstiftung Baden-Württemberg. 2015. *Jugendstudie Baden-Württemberg 2015: Die Ergebnisse von 2011 bis 2015 im Vergleich und die Stellungnahme des 11. Landesschülerbeirats*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.jugendstiftung.de/fileadmin/Dateien/Jugendstudie/2015/Jugendstudie-2015_06.07.2015.pdf).
- Justizministerium Baden-Württemberg. 2016. "Ausbildungsprojekt zur islamischen Gefangenseelsorge gestartet." Retrieved April 5, 2017 (<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/ausbildungsprojekt-zur-islamischen-gefangenseelsorge-gestartet/>).
- Kaiser, Sebastian. 2017. "Mehr als 100 islamistische Gefährder im Südwesten bekannt." *Badische Zeitung*, January 2. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/mehr-als-100-islamistische-gefaehrder-im-suedwesten-bekannt--131974395.html>).
- Karakayali, Jule, and Birgit zur Nieden. 2014. "Klasseneinteilungen: Zur Geschichte und Gegenwart von Segregation in Berliner Schulen." *Berliner Blätter* (65):77-93.

- Khorchide, Mouhanad. 2009. *Der islamische Religionsunterricht zwischen Integration und Parallelgesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Kiefer, Michael. 2008. "Muslime und Zuwanderungsgesellschaft – Beidseitige Versäumnisse und Fehlentwicklungen." Pp. 170–82, in *Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung": Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*, edited by A. Häusler. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kiefer, Michael. 2009. "Islamkunde in Nordrhein-Westfalen und der Schulversuch islamischer Religionsunterricht in Baden-Württemberg im Vergleich – Einblicke in die Rahmenbedingungen und in die Praxis der Unterrichtsmodelle." Pp. 97–116, in *Islamunterricht - Islamischer Religionsunterricht - Islamkunde: Viele Titel – ein Fach?*, edited by M. Kiefer and I.-C. Mohr. Bielefeld: transcript-Verlag.
- Kiefer, Michael, and Irka-Christin Mohr, editors. 2009. *Islamunterricht - Islamischer Religionsunterricht - Islamkunde: Viele Titel – ein Fach?* Bielefeld: transcript-Verlag.
- Knobloch, Charlotte. 2012. "Wollt ihr uns Juden noch?" *Süddeutsche Zeitung*, September 5, p. 2.
- Kostner, Sandra. 2015. "Integrationspolitik: Neuausrichtung und/oder Kontinuität?" *Der Bürger im Staat* 65(4):214–22.
- Kraetzer, Ulrich. 2014. *Salafisten: Bedrohung für Deutschland?* Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- Kraft, Sabine. 2002. *Islamische Sakralarchitektur in Deutschland: Eine Untersuchung ausgewählter Moschee-Neubauten*. Vol. 21. Münster, Hamburg, London: Lit.
- Krause, Annabelle, Ulf Rinne, and Klaus F. Zimmermann. 2014. *Abschlussbericht des Projektes „Anonym Bewerben in Baden-Württemberg“*. Retrieved April 5, 2017 (https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Forschung-Wissenschaft/Anonym-bewerben-BW_Abschlussbericht.pdf).
- Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. 2014. "Salafistische Strömungen." Retrieved April 5, 2017 (<http://verfassungsschutz-bw.de/Lde/Startseite/Aktuelles/Salafistische+Stroemungen>).
- Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. 2016. *Extremismus erkennen.: Handreichung für Betreiber von Flüchtlingsunterkünften*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.verfassungsschutz-bw.de/site/lfv/get/documents/IV.Dachmandant/Datenquelle/PDF/2016_aktuell/Extremismus_erkennen_Handreichung_fur_Betreiber_von%20Fluechtlingsunterkunften.pdf).
- Landesinstitut für Schulentwicklung, Landeszentrale für politische Bildung, and Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. 2016. *Jugendliche im Fokus salafistischer Propaganda.: Was kann schulische Prävention leisten? - Teilband 1 -*. Retrieved April 5, 2017 (https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/publikationen/jugend_salafismus.pdf).
- Landeskriminalamt Baden-Württemberg. 2016. *Politisch motivierte Kriminalität: Jahresbericht 2015*. Retrieved April 5, 2017 (https://www.polizei-bw.de/Dienststellen/LKA/Documents/2015_Politisch_motivierte_Kriminalitaet.pdf).
- Landeszentrale für politische Bildung. 2014. *Jugendszenen zwischen Islam und Islamismus.: Ein Glossar*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/publikationen/islam_glossar.pdf).

- Landeszentrale für politische Bildung. 2016. "Mit Zivilcourage gegen Extremismus: Team meX." Retrieved April 5, 2017 (<http://www.team-mex.de/8724.html>).
- Landeszentrale für politische Bildung. 2017. "Flüchtlinge in Baden-Württemberg." Retrieved April 5, 2017 (https://www.lpb-bw.de/fluechtlinge_baden_wuerttemberg.html).
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. 2017. "Gründung des Landes Baden-Württemberg: am 25. April 1952." Retrieved April 20, 2017 (http://www.lpb-bw.de/entstehung_baden-wuerttembergs.html).
- Landtag Baden-Württemberg. 1998. *Protokoll über die 56. Sitzung vom 12. November 1998: Plenarprotokoll 12/56*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP12/PIP/12_0056_12111998.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2001. *Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums. Integration von Migranten in Baden-Württemberg: Drucksache 13/432*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP13/Drucksachen/0000/13_0432_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2004a. *Antrag der Abg. Renate Rastätter u. a. GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport. Bestandsaufnahme des muttersprachlichen Unterrichts für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg: Drucksache 13/3687*. Retrieved April 6, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP13/Drucksachen/3000/13_3687_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2004b. *Gesetzesbeschluss des Landtags. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes: Drucksache 13/3091*. Retrieved April 6, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP13/Drucksachen/3000/13_3091_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2005. *Kleine Anfrage der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Antwort des Innenministeriums. Einbürgerungsfragen für Muslime: Drucksache 13/5015*. Retrieved April 6, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP13/Drucksachen/5000/13_5015_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2011. *Antrag der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU und Stellungnahme des Innenministeriums. Islamismus in Baden-Württemberg: Drucksache 15/281*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/0000/15_0281_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2012a. *Antrag der Abg. Thomas Blenke u.a. CDU und Stellungnahme des Innenministeriums. Verbindungen baden-württembergischer Polizisten zum rassistischen Ku-Klux-Klan: Drucksache 15/2233*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/2000/15_2233_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2012b. *Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Integration. Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionen: Drucksache 15/1654*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/1000/15_1654_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2013a. *Antrag der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch u. a. CDU und Stellungnahme des Innenministeriums. Frauen und Mädchen in der rechtsradikalen Szene in Baden-Württemberg: Drucksache 15/3669*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/3000/15_3669_D.pdf).

- Landtag Baden-Württemberg. 2013b. *Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Integration. Staatsvertrag mit islamischen Glaubensgemeinschaften: Drucksache 15/3228*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/3000/15_3228_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2014a. *Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP. Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“: Drucksache 15/6049*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/6000/15_6049_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2014b. *Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes: Drucksache 15/4543*. Retrieved April 5, 2017 (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/4000/15_4543_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2015a. *Antrag der Abg. Sabine Wölfle u. a. SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren. Muslimische Jugendorganisationen: Drucksache 15/ 6947*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/6000/15_6947_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2015b. *Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und des Kindertagesbetreuungsgesetzes: Drucksache 15/7061*. Retrieved April 6, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/7000/15_7061_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2015c. *Gesetzentwurf der Landesregierung. Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in Baden-Württemberg: Drucksache 15/7555*. Retrieved April 5, 2017 (https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_PartIntG/Gesetzentwurf_Verbesserung-Chancengerechtigkeit-Teilhabe_Drucksache-15_7555.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2015d. *Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung. Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus: Drucksache 15/6596*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/6000/15_6596_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2015e. *Kleine Anfrage des Abg. Peter Hauk CDU und Antwort des Innenministeriums. Ku-Klux-Klan (KKK) in Baden-Württemberg: Drucksache 15/6710*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/6000/15_6710_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2016a. *Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport. Flächendeckender Ausbau des islamischen Religionsunterrichts an den Schulen in Baden-Württemberg: Drucksache 16/294*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/0000/16_0294_D.pdf).
- Landtag Baden-Württemberg. 2016b. *Kleine Anfrage des Abg. Lars Patrick Berg ABW und Antwort des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration. Islamistische Radikalisierung unter Flüchtlingen, anerkannten Asylanten und Asylbewerbern in Baden-Württemberg: Drucksache 16/429*. Retrieved April 5, 2017 (http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/0000/16_0429_D.pdf).

- Leggewie, Claus, Angela Joost, and Stefan Rech. 2002. "Der Weg zur Moschee - eine Handreichung für die Praxis." Retrieved September 3, 2014 (http://www.herbert-quandt-stiftung.de/files/publications/der_weg_zur_moschee_leggewie_joost_rech_6_19cb84.pdf).
- Lehmann, Stefanie, and Rüdiger Wapler. 2009. *Integration von Migranten in Baden-Württemberg: Die Situation im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt* (2Text. Retrieved April 5, 2017 (<https://www3.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/documents/webdatei/mdaw/mta1/~edisp/16019022dstbai390651.pdf>).
- Löer, Wigbert. 2016. "AfD-Frau verlässt Landtagsfraktion und kritisiert Parteichef Meuthen." *Stern*, December 16. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.stern.de/politik/deutschland/afd-chef-joerg-meuthen-verliert-abgeordnete---zuviel-islam-kritik-und-fluechtlingspolitik-7243766.html>).
- Maier, Ulrich. 2004a. "Auswanderung nach Nordamerika im 18. und 19. Jahrhundert: Neuländer, Menschendiebe und Seelenverkäufer." Auswanderung in die englischen Kolonien Nordamerikas im 18. Jahrhundert. Pp. 18–19 in *Deutschland & Europa, Migration*, edited by Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. 3rd ed.
- Maier, Ulrich. 2004b. "Schwabenzüge: die Auswanderung nach Russland, Polen und die Donauländer." Pp. 11–12 in *Deutschland & Europa, Migration*, edited by Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. 3rd ed.
- Mannheimer Institut für Integration und interreligiösen Dialog. 2014. *Islamische Seelsorge: Perspektiven*. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.mannheimer-institut.de/downloads/islamische-seelsorge-broschuere-screen-version.pdf>).
- Meier-Braun, Karl-Heinz. 2005. "Die (fast endlose) Geschichte vom Einwanderungsland Deutschland: Zur Ausländerpolitik des Bundes und des Landes Baden-Württemberg." Pp. 65–99 in *Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 32, Kulturelle Vielfalt: Baden-Württemberg als Einwanderungsland*, edited by K.-H. Meier-Braun and R. Weber. Stuttgart: Kohlhammer.
- Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren. 2014. "Engagementstrategie Baden-Württemberg – Lebensräume zu „Engagement-Räumen“ entwickeln: Ergebnisse des Beteiligungsprozesses und Bewertung." Retrieved April 5, 2017 (https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_B%C3%BCrgerengagement/Engagementstrategie_BW_2014.pdf).
- Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. 2016. Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg. Retrieved April 5, 2017 (http://www.verfassungsschutz-bw.de/site/lfv/get/documents/IV.Dachmandant/Datenquelle/PDF/2016_aktuell/Verfassungsschutzbericht_BW_2015.pdf).
- Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. 2017. "Zahlen und Daten." Retrieved April 5, 2017 (<https://im.baden-wuerttemberg.de/de/migration/auslaender-und-fluechtlingspolitik/zahlen-und-daten/>).
- Ministerium für Integration. 2015. "Runder Tisch Islam beschäftigt sich mit dem Thema „Innerislamischer Dialog“." Retrieved April 5, 2017 (<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/runder-tisch-islam-beschaefigt-sich-mit-dem-thema-innerislamischer-dialog/>).
- Ministerium für Integration Baden-Württemberg. 2012. *Gelebte Vielfalt: Ergebnisse und Analysen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Integration in Baden-Württemberg 2012*. Retrieved February 8, 2017 (https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Gelebte-Vielfalt_Bevoelkumfrage-Integration_Okt-2012.pdf).

- Ministerium für Integration Baden-Württemberg. 2013. *Deutsche Sprache. Deutsche Vielfalt. Deutscher Pass: Leichter mitbestimmen, freier reisen, beruflich weiterkommen. Mit der deutschen Staatsangehörigkeit.* Retrieved April 5, 2017 (https://www.villingen-schwenningen.de/fileadmin/04SozGesFamGes/Integration/Broschuere_zur_Einbuengerung.pdf).
- Ministerium für Integration Baden-Württemberg. 2014. *Land der Vielfalt – Land der Chancen: Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung Baden-Württemberg.* Retrieved April 5, 2017 (http://www.vielfalt-macht-karriere.de/fileadmin/storage/Downloads/IKOE_der_Landesverwaltung_BW_-_IntM.pdf).
- Ministerium für Integration Baden-Württemberg. 2015a. "Partizipations- und Integrationsgesetz tritt in Kraft." Retrieved April 5, 2017 (<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/partizipations-und-integrationsgesetz-tritt-in-kraft/>).
- Ministerium für Integration Baden-Württemberg. 2015b. *Toleranzgrenzen. Zur Akzeptanz des muslimischen Kopftuchs in der Bevölkerung: Ergebnisse und Kurzanalysen zweier repräsentativer telefonischer Befragungen durchgeführt von TNS Infratest Politikforschung im Januar 2014 Infratest Politikforschung im Januar 2014.* Retrieved April 5, 2017 (https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Forschung-Wissenschaft/Toleranzgrenzen_Akzeptanz-Kopftuch_Kurzstudie_2015.pdf).
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. 2010. "Modellprojekt „Islamischer Religionsunterricht“." Retrieved April 6, 2017 (<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/modellprojekt-islamischer-religionsunterricht/>).
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. 2017. "Bildungsangebote für Flüchtlinge und Zuwanderer." Retrieved April 5, 2017 (<http://km-bw.de/Fluechtlingsintegration>).
- Ministerium für Soziales und Integration. 2013. "Integration in den letzten zwei Jahren vorangebracht." Retrieved April 5, 2017 (<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/integration-in-den-letzten-zwei-jahren-vorangebracht/>).
- Ministerium für Soziales und Integration. 2017. "Überblick der Förderprogramme und Informationen." Retrieved April 5, 2017 (<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/integration/integration-von-fluechtlingen/>).
- Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg. 2017a. "Berichte." Retrieved April 5, 2017 (http://www.integrationsmonitoring-bw.de/integrationsberichterstattung_BaWue/berichte/index.php).
- Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg. 2017b. "Förderprogramm VwV-Integration: Integrationsarbeit in den Kommunen stärker und nachhaltiger gestalten." Retrieved April 5, 2017 (<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/integration/vwv-integration/>).
- Münster, Karis. 2014. *Muslimen in den Rundfunkrat?: Über den Zusammenhang von Medienpolitik und religiöser Vielfalt.* Retrieved April 5, 2017 (http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2014/03_2014/ansichtssache_muslimen_in_den_rundfunkrat.pdf).
- Neubacher, Bernd. 2001. "Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag - von einer rechtsextremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei?" Dissertationsschrift, Institut für Sozialwissenschaften, Universität Stuttgart. Stuttgart.

- Neu, Hermann. 2016. "Islamisten bleiben größte Bedrohung: Verfassungsschutz legt Bilanz vor - Extremisten werben unter Asylbewerbern - Mehr rechte Straf- und Gewalttaten - Keine Beobachtung der AfD." *Esslinger Zeitung*, June 25. Retrieved April 5, 2017 (http://www.esslinger-zeitung.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-islamisten-bleiben-groesste-bedrohung-_arid,2055776.html).
- n-tv. 2012. "In Baden-Württemberg straffrei: Beschneidungsurteil irritiert." *n-tv*, August 4. Retrieved May 3, 2017 (<http://www.n-tv.de/politik/Beschneidungsurteil-irritiert-article6891101.html>).
- Pazarkaya, Vtku. 2005. "Muslime in Baden-Württemberg: Vielfalt statt Einheit." Pp. 164–84 in *Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 32, Kulturelle Vielfalt: Baden-Württemberg als Einwanderungsland*, edited by K.-H. Meier-Braun and R. Weber. Stuttgart: Kohlhammer.
- Petersen, Thomas. 2012. "Die Furcht vor dem Morgenland im Abendland." *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, November 22. Retrieved July 8, 2014 (<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-studie-die-furcht-vor-dem-morgenland-im-abendland-11966471.html>).
- Pollack, Detlef. 2010. "Studie "Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt": Bevölkerungsumfrage des Exzellenzclusters "Religion und Politik" unter Leitung des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack." Retrieved July 7, 2014 (https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2010/12_2010/studie_wahrnehmung_und_akzeptanz_religioeser_vielfalt.pdf).
- Pollack, Detlef, and Olaf Müller. 2013. "Religionsmonitor: Verstehen was verbindet." Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland. Retrieved January 19, 2016 (http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Religionsmonitor_verstehen_was_verbindet_Religioesitaet_und_Zusammenhalt_in_Deutschland.pdf).
- Rech, Heribert. 2005. "Integrationspolitik in Baden-Württemberg." Pp. 100–09 in *Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 32, Kulturelle Vielfalt: Baden-Württemberg als Einwanderungsland*, edited by K.-H. Meier-Braun and R. Weber. Stuttgart: Kohlhammer.
- Rohe, Mathias. 2012. "Zur religiös motivierten Beschneidung von Jungen und Männern im Islam." Retrieved December 1, 2015 (<http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/Magazin/Recht/Beschneidung-Grundlagen/beschneidung-grundlagen-node.html>).
- Rommelspacher, Birgit. 2009. "Konflikt als Chance: Der Moscheebau als Medium der Integration." Pp. 57–67 in *Interkulturelle Beiträge, vol. 25, Antimuslimischer Rassismus: Konflikte als Chance*, edited by J. Micksch. Frankfurt am Main: Lembeck.
- Ruf, Reiner. 2017. "NSU in Baden-Württemberg: Der große Unbekannte." *Stuttgarter Zeitung*, February 24. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nsu-in-baden-wuerttemberg-der-grosse-unbekannte.80c36f69-fd4a-42b9-9001-648357398eab.html>).
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. 2015. Fakten zur Einwanderung in Deutschland (Kurz und Bündig). Retrieved December 1, 2015 (<http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2015/01/Fakten-zur-Einwanderung-kurz-und-buendig.pdf>).
- Schmid, Hansjörg, Ayse A. Akca, and Klaus Barwig. 2008. *Gesellschaft gemeinsam gestalten: Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg*. 1st ed. Baden-Baden: Nomos.
- Schneiders, Thorsten G. 2012. *Verhärtete Fronten: Der schwere Weg zu einer vernünftigen Islamkritik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Shakush, Mohammed. 2010. "Der Islam im Spiegel der Politik von CDU und CSU." Retrieved April 5, 2017 (<https://www.heise.de/tp/features/Der-Islam-im-Spiegel-der-Politik-von-CDU-und-CSU-3387933.html>).
- Shooman, Yasemin. 2014. "... weil ihre Kultur so ist.": *Narrative des antimuslimischen Rassismus*. Bielefeld: transcript.
- Sinclair, Stefanie. 2012. "National identity and the politics of the 'headscarf debate' in Germany." *Culture and Religion* 13(1):19–39.
- Soldt, Rüdiger. 2016. "AfD in Baden-Württemberg: Auf alles einschlagen." *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, April 25. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-feiert-erfolg-bei-landtagswahl-in-baden-wuerttemberg-14196670.html>).
- Speit, Andreas. 2016. "Rechtsextremisten in der AfD-Jugend: Unterwandert von den Rechten." *die tageszeitung*, March 7. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.taz.de/!5284408/>).
- Spiegel-Online. 2012. "Umstrittene Rechtslage: Kanzlerin warnt vor Beschneidungsverbot." *Spiegel-Online*, July 16. Retrieved December 1, 2015 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeskanzlerin-merkel-warnt-vor-beschneidungsverbot-a-844671.html>).
- Spielhaus, Riem. 2013. *Muslime in der Statistik: Wer ist Muslim und wenn ja wie viele?* Ein Gutachten im Auftrag des Mediendienst Integration. Berlin. Retrieved February 11, 2015 (http://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Muslime_Spielhaus_MDI.pdf).
- Staatsministerium. 2005. *Muslime in Baden-Württemberg: Bericht für den Ministerrat vom 15.03.2005*. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=15350>).
- Staatsministerium. 2015. *Projektbeirat Islamischer Religionsunterricht nimmt Arbeit auf*. Retrieved April 6, 2017 (<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/projektbeirat-islamischer-religionsunterricht-nimmt-arbeit-auf/>).
- Statistisches Bundesamt. 2014. *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund*. Ergebnisse des Mikrozensus 2014. Retrieved April 5, 2017 (https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220147004.pdf;__blob=publicationFile).
- Statistisches Bundesamt. 2017. "*Migrationshintergrund*." Retrieved May 2, 2017 (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Glossar/Migrationshintergrund.html>).
- Steinberg, Guido. 2012. *Wer sind die Salafisten?: Zum Umgang mit einer schnell wachsenden und sich politisierenden Bewegung*. Stiftung Wissenschaft und Politik. Retrieved April 5, 2017 (https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A28_sbg.pdf).
- Stichs, Anja. 2016. *Wie viele Muslime leben in Deutschland?: Eine Hochrechnung über die Anzahl der Muslime in Deutschland zum Stand 31. Dezember 2015*. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Retrieved April 4, 2017 (https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp71-zahl-muslime-deutschland.pdf?__blob=publicationFile).
- Stuttgarter Nachrichten. 2015. "Rechtsextreme in Baden-Württemberg: Keine „Hochburgen“, aber steigende Gewalt." *Stuttgarter Nachrichten*, September 3. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.rechtsextreme-in-baden-wuerttemberg-keine-hochburgen-aber-steigende-gewalt.11b95fe3-ed98-40c7-bc4d-11fbb7fa3452.html>).
- Süddeutsche Zeitung. 2011. ""Gesinnungstest" für Ausländer vor dem Aus." *Süddeutsche Zeitung*, July 25. Retrieved April 6, 2017 (<http://www.sueddeutsche.de/politik/baden-wuerttemberg-gesinnungstest-fuer-auslaender-vor-dem-aus-1.1124496>).

- Südkurier. 2015. "Landesregierung will ab 2018 regulären Islamunterricht an Schulen." *Südkurier*, November 11. Retrieved April 6, 2017 (<http://www.suedkurier.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/Landesregierung-will-ab-2018-regulaeren-Islamunterricht-an-Schulen;art417930,8298228>).
- Südwest Presse. 2016. "Muslimische Seelsorger für die Gefängnisse: Islamisten werben auch in den Gefängnissen für die Idee des Dschihad." *Südwest Presse*, February 2. Retrieved May 16, 2017 (<http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/muslimische-seelsorger-fuer-die-gefaengnisse-12186800.html>).
- SüdwestPresse. 2017. "Gewerkschaft will Ausfür türkischen Konsulatsunterricht." *Südwest Presse*, March 8. Retrieved April 6, 2017 (<http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/gewerkschaft-will-aus-fuer-tuerkischen-konsulatsunterricht-14561276.html>).
- Südwestrundfunk. 2016a. "Keine Missionierung aus Fellbach: Verfassungsschutz warnt vor Salafisten." *Südwestrundfunk*, August 22. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.swr.de/swraktuell/bw/stuttgart/keine-missionierung-aus-fellbach-verfassungsschutz-warnt-vor-salafisten/-/id=1592/did=18007176/nid=1592/11bez9g/>).
- Südwestrundfunk. 2016b. "Fraktionsspaltung im Stuttgarter Landtag aufgehoben: AfD und ABW sind wieder vereint." *Südwestrundfunk*, October 11. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.swr.de/swraktuell/bw/afd-und-abw-sind-wieder-vereint/-/id=1622/did=18285884/nid=1622/becwk5/>).
- Südwestrundfunk. 2017. "SWR-Recherchen zur rechten Szene in BW: Mehr als 1.000 "Reichsbürger"." *Südwestrundfunk*, March 7. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.swr.de/swraktuell/bw/swr-recherchen-zur-rechten-szene-in-bw-mehr-als-1/-/id=1622/did=19143442/nid=1622/8cu2fg/index.html>).
- Tajfel, Henry, and John C. Turner. 1986. "The social identity theory of intergroup behavior." Pp. 7–24, in *Psychology of intergroup relations*, edited by S. Worchel and W. G. Austin. Chicago: Nelson-Hall Publishers.
- Task Force Flüchtlinge in Ausbildung. 2016. *Förderprogramme, Angebote und Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung in Baden-Württemberg. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau*. Retrieved April 5, 2017 (http://wm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-wm/intern/Dateien_Downloads/Arbeit/Berufliche_Bildung/Angebote_zur_Integration_von_Fluechtlingen_in_Ausbildung_BW.pdf).
- Urban, and Dorothea. 2017. "Jüdische Gemeinden." Retrieved April 12, 2017 (<http://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/juedisch.html>).
- Weber, Beverly M. 2012. "Hijab Martyrdom, Headscarf Debates: Rethinking Violence, Secularism, and Islam in Germany." *Comparative Studies of South Asia, Africa and the Middle East* 32(1):102–15.
- Weber, Reinhold. 2005. "Auf der Suche nach einer neuen Heimat: Zur Geschichte der Aus- und Einwanderung im deutschen Südwesten." Pp. 30–64 in *Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 32, Kulturelle Vielfalt: Baden-Württemberg als Einwanderungsland*, edited by K.-H. Meier-Braun and R. Weber. Stuttgart: Kohlhammer.
- Wiese, Kirsten. 2008. *Lehrerinnen mit Kopftuch: Zur Zulässigkeit eines religiösen und geschlechts-spezifischen Symbols im Staatsdienst*. Vol. 10. 1st ed. Berlin: Duncker & Humblot.
- World Health Organisation. 2007. *Male circumcision: Global trends and determinants of prevalence, safety and acceptability*. Genf. Retrieved February 23, 2015 (http://whqlibdoc.who.int/publications/2007/9789241596169_eng.pdf).

Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung. 2011. *Freiwilligensurvey 2009. Sonderauswertung Baden-Württemberg: Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg und des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg*. Retrieved April 5, 2017 (<http://www.zze-freiburg.de/assets/pdf/11-04-19-FWSBW-Endfassung.pdf>).

Zick, Andreas, Beate Küpper, and Andreas Hövermann. 2011. "Die Abwertung der Anderen: Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung." Retrieved April 4, 2017 (<http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>).

Bisherige Veröffentlichungen der Forschungsgruppe im Rahmen der Erhebung des JUNITED-Projektes

Stand: September 2017

Bundesstudien

Canan, Coskun/ Foroutan, Naika (2016): Deutschland postmigrantisch III. Migrantische Perspektiven auf deutsche Identitäten – Einstellungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu nationaler Identität in Deutschland. Unter Mitarbei von Mara Simon und Rafael Sollorz, Berlin. Online abrufbar unter: <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/deutschland-postmigrantisch-3>

Foroutan, Naika/ Canan, Coskun/ Schwarze, Benjamin/ Beigang, Steffen/ Kalkum, Dorina (2015): Deutschland postmigrantisch II – Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität, Berlin. Online abrufbar unter: <http://junited.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch>

Foroutan, Naika/ Canan, Coskun/ Arnold, Sina/ Schwarze, Benjamin/ Beigang, Steffen/ Kalkum, Dorina (2014): Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität. Erste Ergebnisse, Berlin. Online abrufbar unter: <http://junited.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch>

Die Bundesstudien sind online unter der folgenden Webadresse abrufbar: <http://junited.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch>

Länderstudien

Canan, Coskun/ Foroutan, Naika/ Simon, Mara/ Beigang, Steffen/ Hänig, Albrecht/ Kalkum, Dorina/ Sollorz, Rafael (2016): Nordrhein-Westfalen postmigrantisch – Einstellungen der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland, Berlin. Online abrufbar unter: https://www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/postmigrantisch_nrw_web_pdf/at_download/file

Foroutan, Naika/ Canan, Coskun/ Schwarze, Benjamin/ Beigang, Steffen/ Kalkum, Dorina (2016): Schleswig-Holstein postmigrantisch. Einstellungen der Bevölkerung Schleswig-Holsteins gegenüber Musliminnen und Muslimen in Deutschland, Berlin. Online abrufbar unter: <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/schleswig-holstein-postmigrantisch-2016>

Foroutan, Naika/ Canan, Coskun/ Schwarze, Benjamin/ Beigang, Steffen/ Kalkum, Dorina (2015): Berlin postmigrantisch. Einstellungen der Berliner Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen in Deutschland, Berlin. Online: <http://junited.hu-berlin.de/berlin-postmigrantisch-2015>

Foroutan, Naika/ Canan, Coskun/ Schwarze, Benjamin/Beigang, Steffen/Kalkum, Dorina/ Arnold, Sina (2014): Hamburg postmigrantisch. Einstellungen der Hamburger Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen in Deutschland, Berlin. Online abrufbar unter: <http://junited.hu-berlin.de/hamburg-postmigrantisch-2014>

Methodenbericht

Beigang, Steffen/ Kalkum, Dorina/ Schrenker, Markus (2014): Methodenbericht zur Studie „Deutschland postmigrantisch“. ZeS Berlin. Online abrufbar unter: <http://junitied.huberlin.de/Forschung/repraesentativbefragung>

Kontakt

Humboldt-Universität zu Berlin
www.hu-berlin.de

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
<http://www.bim.hu-berlin.de/>

Stiftung Mercator
[www\[dot\]stiftung-mercator.de](http://www.stiftung-mercator.de)

Forschungsgruppe Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)
<http://juned.hu-berlin.de>

Zentrum für empirische Sozialforschung
<http://www.sowi.hu-berlin.de/lehrebereiche/empisoz/>

Junge Islam Konferenz
www.junge-islamkonferenz.de

Die Forschungsgruppe JUNITED – Junge Islambezogene Themen in Deutschland untersucht das Reaktionsspektrum auf das sich wandelnde Einwanderungsland Deutschland in Bezug auf die Themen Islam und Muslime aus transdisziplinärer Perspektive. Die Forschungsgruppe ist am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelt. JUNITED ist ein Förderprojekt der Stiftung Mercator.

JUNGE ISLAM  KONFERENZ

STIFTUNG
MERCATOR

ISBN: 978-3-945654-14-9